

Das Parlament

Berlin, 21. September 2020

www.das-parlament.de

70. Jahrgang | Nr. 39-40 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Messlatte höher gelegt

Ursula von der Leyen Mehr Klimaschutz, mehr Gemeinsamkeit in der Gesundheitspolitik und endlich eine Asylreform: Die EU-Kommissarinnen hat in ihrer ersten Rede zur Lage der Europäischen Union vergangene Woche ihre Vision für die kommenden Jahre vorgestellt und dabei auch umstrittene Vorschläge gemacht. So sollen die Treibhausgase der EU bis 2030 um mindestens 55 Prozent unter den Wert von 1990 fallen. Bisher lautete das offizielle Ziel minus 40 Prozent. Die Verschärfung solle helfen, das Pariser Klimaabkommen einzuhalten und das Fortschreiten der Erderwärmung zu verlangsamen. Über das ambitionierte Ziel muss von der Leyen noch mit dem EU-Parlament und den EU-Staaten verhandelt (siehe auch Seite 9).

ZAHLE DER WOCHE

3,76 Milliarden

Tonnen Treibhausgase in Kohlendioxid-Äquivalenten emittierte die EU-27 im Jahr 2018. Das entspricht einem Anteil von rund zehn Prozent dieser Emissionen weltweit. Der Ausstoß in Deutschland lag 2018 bei rund 858 Millionen Tonnen.

ZITAT DER WOCHE

»Enorme Herausforderungen mit ungewissem Ausgang.«

Dieter Kempf, BDI-Präsident, macht darauf aufmerksam, dass verschärfte EU-Ziele die Spielräume der von der Coronakrise betroffenen Unternehmen weiter einengen würden.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Corona Noch keine Epidemie-Entwarnung in Sicht Seite 6

INNENPOLITIK
Bundestag Debatte um Vorschläge für eine Wahlrechtsreform Seite 7

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Pandemie Bundestag und Bundesrat beschließen Hilfen für Kommunen Seite 11

KEHRSEITE
Verhüllter Bundestag Ausstellung zur Deutschen Einheit in Potsdam Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Warten auf Taten

NACHHALTIGKEIT Der Bundestag widmet sich dem Handeln für künftige Generationen

Er kommt ans Rednerpult, blickt ins Plenum und lächelt. Als Ralph Brinkhaus zur Auftaktrede im Bundestag ansetzt, wirkt er entspannt, erleichtert fast. Als ob der eigentliche Job schon geschafft wäre, und vielleicht ist er das auch: Zum ersten Mal stellt das Parlament den Großteil einer Sitzungswoche unter das Leitmotiv Nachhaltigkeit. „Wir mussten da aber auch Überzeugungsarbeit leisten“, sagt der Fraktionschef von CDU/CSU über die internen Vorarbeiten der vergangenen Woche, mit „wir“ meint er in diesem Fall Kollegen vom Fraktionspartner SPD. Nachhaltigkeit zählt zu den strapazierten Begriffen der jüngeren Zeit, schwammig, unkonkret, selbst als Marketing-Strategie taugt es nicht mehr. Der Bundestag indes hat sich zum Ziel gesetzt, Nachhaltigkeit zu hinterlegen; Großes soll ein Fundament aus kleinen Maßnahmen erhalten. Die in der vergangenen Woche angesetzten eineinhalb Debattentage zu diesem Thema zählen zu den Verabredungen im Zuge des Klimaschutzpakets.

Das es bei diesem Thema mit der Zeit nicht unbedingt leichter werden dürfte, darauf ließ schon der Verlauf der auf eineinhalb Stunden angesetzten Generalausprache zu Beginn schließen. Brinkhaus setzte an, dass große Ganze zu reflektieren, erinnerte an die Bedeutung von Entscheidungen, die die Generationen nach uns betreffen. „Ich denke, es tut uns allen gut, auch einmal ein wenig langfristiger zu denken.“ Nachhaltigkeit sei mehr als Klimapolitik, es gehe auch um Armut, Bildung, Gerechtigkeit und Technologie. Ziele, die die Union am liebsten mit wenig Regulierung und mehr Technologieoffenheit und Innovation erreichen möchte, wie Brinkhaus befand. Statt auf Verbote möchte er auf Marktinstrumente und Wettbewerb setzen – im Gegensatz zur SPD, die deren Umweltpolizist Matthias Miersch wenig später deutlich machte.

Man werde miteinander ringen müssen, was die Gewichtung von ökonomischen, ökologischen und sozial gerechten Belangen betreffe, befand Miersch. Sozialdemokraten definierten als Erstes, was dieser Staat leisten solle. „Und dann können wir gerne darüber reden, wie wir die Einnahmeseite gestalten, ob Schulden notwendig sind, ja oder nein.“ Das sei nachhaltige Entwicklung auch für künftige Generationen. Miersch sprach die Grundrente, die Bedeutung eines Lieferkettengesetzes, weniger Nitratbelastung und Mobilitätskonzepte als Bausteine von Nachhaltigkeit an.



Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung soll Leitlinien mit konkreten Maßnahmen unterlegen.



© picture-alliance/Geisler-Fotopress (ediert)

Unterm Strich gehe es darum, nachhaltige Entwicklung immer wieder konkret auf die Tagespolitik zurückzuführen. Die Opposition schoss sich dann recht schnell auf ihre bewährten Argumentationslinien ein. AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel geißelte die Politik der Bundesregierung allgemein, von Klimamaßnahmen bis zur Migrationspolitik. „Sie vergeuden Abermilliarden Euro für die Illusion, Deutschland könnte durch die Schleifung seines industriellen Kerns das Klima beeinflussen“, sagte sie etwa an CDU/CSU und SPD gerichtet über deren Klima- und Energiepolitik. Die Autoindustrie werde mutwillig ruiniert; die Maßnahmen zur Euro-Rettung und zur Coronakrise nannte Weidel „als Krisenbewältigung getarnten Geldsozialismus“ der Europäischen Zentralbank. FDP-Chef Christian Lindner brachte ins Gespräch, dass der Bundestag insgesamt das erste CO2-neutrale Parlament der Welt werden könnte oder sollte. Er stellte die

»Der Bundestag könnte das erste CO2-neutrale Parlament der Welt werden.«

Christian Lindner (FDP)

Glaubwürdigkeit der Bundesregierung beim Thema Klima in Frage und kehrte zu den eingeschworenen Leitlinien seiner Fraktion zurück: „Markt und Wettbewerb sind die besten Klimaschutzler“, sagte er. Vorstöße, sich vom Gedanken eines Wirtschaftswachstums zu verabschieden, fand er absurd. „Wir brauchen beides: ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit sowie eine prosperierende Wirtschaft.“ Die Linksfraktion unterstrich ihr Postulat der sozialen Gerechtigkeit und wurde konkret. Die Verkehrswende dürfe nicht zulasten derjenigen gehen, die ohnehin wenig haben, sagte Linksfraktionschefin Amira Mohamed Ali. Es gehe nicht, dass Menschen Angst hätten vor energetischen Sanierungen, weil sie danach die Miete nicht mehr zahlen könnten. „Ohne soziale Sicherheit sind Nachhaltigkeit und Klimaschutz nicht zu erreichen“, so Mohamed Ali. Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter schließlich warf der Bundesregierung vor,

die Bedrohung durch ökologische Krisen und Klimakrise nicht in ihrer Bedeutung verstanden zu haben. Seine Fraktion sei bereit, über Maßnahmen zu sprechen – nur müssten die auch kommen. Der Ausbau von Wind- und Solarenergie müsse wieder anspringen können, zudem brauche es eine sozialökologische Transformation mit Unterstützung für die Beschäftigten in der Industrie. „Die Stahlindustrie sagt einem, sie wollen kein Handlungskonzept Stahl, sondern sie wollen endlich Handlungen“, so Hofreiter. Auf Worte sollen Taten folgen – dieser Ausdruck fiel so oder in ähnlicher Form mehrmals in der Debatte. Ob und in welchem Ausmaß, das soll sich Brinkhaus zufolge künftig messen lassen: Der CDU-Politiker sprach von Verfahren, um Gesetze auf ihre Nachhaltigkeit überprüfen zu können, von einem Generationengerechtigkeitscheck für jedes Gesetz. Er appellierte an die Kontrollfunktion des Parlaments, um Ziele zu überwachen und davon, dass der jetzige Auftakt Schule machen soll. Für kommende Legislaturperioden müsse klar sein: „Einmal im Jahr beschäftigt sich der Deutsche Bundestag intensiv und nachhaltig mit Nachhaltigkeit.“ Kristina Pezzer

EDITORIAL

Nicht neu, aber wichtig

VON JÖRG BIALLAS

Bei politischen Entscheidungen sollten die Folgen bedacht werden. Auch die langfristigen. Das wird niemand ernsthaft bestreiten. Kluge Politik war deshalb schon immer von einem Begriff geprägt, der aktuell Konjunktur hat: Nachhaltigkeit.

Die Tagesordnungen gleich zweier parlamentarischer Sitzungstage standen in der vergangenen Woche im Zeichen der Verantwortung für zukünftige Generationen. In den unterschiedlichen Politikbereichen wurde ventiliert, wie nachhaltig der Kurs der Regierung ist. Dabei ging es darum, die Herausforderungen der Gegenwart zu bewältigen, ohne dass die Bedürfnisse unserer Kinder und Kindeskiner darunter leiden. Kein leichtes Unterfangen. Und gewiss eines, das nicht überall gleichermaßen gut gelingt.

In der Klimapolitik etwa hinkt Deutschland, hinkt die Welt eindeutig den selbst gesteckten Zielen hinterher. Wider besseres Wissen betreiben wir Raubbau an der Natur, der immer weniger zu reparieren ist. Von dem selbst formulierten Grundsatz, nicht mehr Ressourcen zu verbrauchen als regenerierbar sind, ist die Menschheit weit entfernt. Jeder weiß: Geschieht hier nicht bald ein grundlegender Wandel, wird die Katastrophe eines Klimakollapses nicht aufzuhalten sein.

Aber Nachhaltigkeit ist längst nicht nur Aufgabe des Staates. Jeder Einzelne ist gefragt. Die Vielfalt der Nachhaltigkeit fängt im Kleinen an: beim Teilen und Verschenken, bei der Ausgabe nicht mehr benötigter Lebensmittel, bei der ehrenamtlichen Vermittlung von Bildung, beim bewussten Einkauf, beim reflektierten Reisen.

Und doch läuft die Nachhaltigkeit Gefahr, überstrapaziert zu werden. Denn lange vor diesem Schlagwort kannte die christlich geprägte, humanistisch-aufgeklärte Gesellschaft Begriffe, die denselben Effekt hatten: Vernunft, Anstand, Verantwortungsbewusstsein, Hilfsbereitschaft. All das Tugenden, die sehr grundsätzlichen Charakter haben. Und mithin nachhaltig sind.

Gelegentlich blitzt der Verdacht auf, die Forderung nach Nachhaltigkeit a priori könnte den Blick auf Sinn oder Unsinn politischer Projekte verstellen. Nicht alles Notwendige, nicht alles Gute muss zwingend nachhaltig sein. Wo Nachhaltigkeit aber Bewusstsein beeinflusst, wo sie politischen Projekten die nötige Bedeutung verleiht, ist sie wichtig.

Heute leben und an das Morgen denken

DEFINITION Wofür Nachhaltigkeit steht und wie sie im Zuge der Agenda 2030 weltweit umgesetzt werden soll

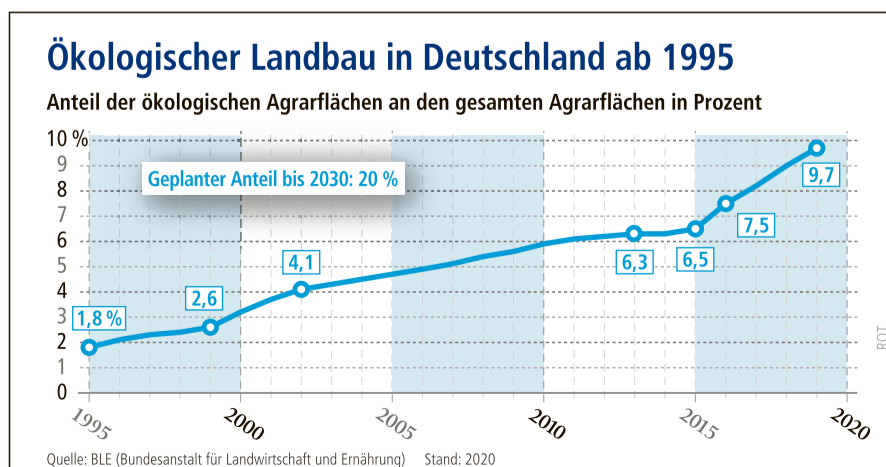
Nachhaltigkeit liegt im Trend. Supermärkte werben mit einem wachsenden Sortiment an nachhaltigen Lebensmitteln, ein amerikanischer Sportschuhhersteller verspricht die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards in den Fabriken Südostasiens; und ob Smoothie-Hersteller oder Bierbrauer – ohne die Kooperation mit Umweltorganisationen wie dem World Wide Fund for Nature (WWF) kommt kaum ein Unternehmen mehr aus. Doch was steckt hinter dem beinahe inflationär gebrauchten Begriff? „Nachhaltigkeit ist ein Querschnittsthema, das die Verantwortung für die heute lebenden Menschen mit der Verantwortung für die zukünftigen Generationen verbindet“, heißt es auf der Homepage des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung. „Es ist nachhaltig, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, die Wirtschaft durch mehr Umweltschutz und innovative Technologien voranzubringen und dabei gleichzeitig Wohlstand und sozialen Fortschritt zu sichern.“ Der Beirat unter Vorsitz von Andreas Lenz (CSU) begleitet seit März 2004 als festes

Bundestagsgremium die Umsetzung der zwei Jahre zuvor beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Diese heißt seit 2016 „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“ und hat zum Ziel, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung national umzusetzen. 2015 von den Vereinten Nationen (UN) als Nachfolgerin der „Millenniumsziele“ aus dem Jahr 2000 beschlossen, verpflichtet sie erstmals In-

dustrie-, Entwicklungs- und Schwellenländer gleichermaßen auf die Erreichung von 17 Nachhaltigkeitszielen (kurz SDGs) – darunter „Armut beenden“, „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“ und „Bildung für alle“. Die Umsetzung wird mithilfe eines von den UN eigens erarbeiteten Indikatorenkatalogs überwacht. Deutschland hat eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der Agenda 2030 versprochen

und will in dieser Woche eine aktualisierte Fassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vorlegen. Bereits geplant ist der Ausbau des ökologischen Landbaus auf 20 Prozent der Anbaufläche bis 2030 und eine Steigerung der privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf mindestens 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Laut einer Studie des Instituts für Handelsforschung achten deutsche Verbraucher gerade bei Lebensmitteln zunehmend auf Nachhaltigkeit. Ein lukrativer Markt, den manches Unternehmen nutzt, um sein Image „grün“ aufzupolieren. Wenn eine Milchwerbung die Tierhaltung auf großen Weiden suggeriert, dahinter jedoch ein typischer Massentierhaltungsbetrieb steht, spricht man von „Greenwashing“ – reiner PR, die mit nachhaltiger Produktion nichts zu tun hat.

Johanna Metz



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

KAUFPRÄMIE FÜR VERBRENNER?

Jetzt ist Krise

PRO



Hagen Strauß, »Saarbrücker Zeitung«

Viele Argumente sprechen gegen eine Kaufprämie für Autos mit Verbrennungsmotor. Das ist wahr. Aber diese Argumente stammen vor allem aus der Vor-Corona-Zeit. Jetzt ist Krise, jetzt muss gehandelt werden. Es geht darum, einen der wichtigsten Industriezweige in Deutschland zu unterstützen, der zentral ist für den Wohlstand des gesamten Landes – die Autobranche. Die Verkaufszahlen sind in der Krise eingebrochen, die Pkw-Halden weiter gewachsen. Eine Prämie könnte daran etwas ändern. Deswegen macht sie Sinn. Zeitlich befristet allerdings, bis das Größte überstanden ist. Denn in der Tat liegt die Zukunft der Branche nicht beim Verbrenner. Das heißt nicht, dass eine Prämie garantiert, dass die Deutschen auch umsteigen auf neue Fahrzeuge und damit wichtige Impulse setzen. Wer derzeit Angst um seinen Job hat, den zieht es wohl nicht so schnell ins Autohaus. Aber einige Tausend Euro staatlichen Zuschusses könnten zumindest die Neigung zum Pkw-Kauf befördern. Sie wären ein Startsignal. Und in der Corona-Krise hat die Regierung ja vielfach versucht, Effekte zu erzielen, ohne genau zu wissen, ob mit Erfolg oder nicht. Bestes Beispiel dafür ist die Mehrwertsteuersenkung. Hinzu kommt: Wer die Umstellung will auf E-Autos und umweltfreundliche Technologien, der muss den Unternehmen auch das ökonomische Fundament belassen. Der Verkauf von Benzinern und Diesel wird finanzielle Spielräume erhalten, um weiter in neue Techniken zu investieren. Hoffentlich. Davon profitieren dann alle, nicht zuletzt auch die rund 800.000 Menschen, die direkt bei Herstellern und Zulieferern arbeiten. Um die geht es nämlich ebenfalls – deren Arbeitsplätze wird die Prämie etwas sicherer machen.

Auslaufmodelle ade

CONTRA



Christopher Jähnert, ARD-Hauptstadtstudio, Berlin

Der Verkehrssektor ist nach wie vor der Bereich mit dem höchsten CO2-Ausstoß. Daran hat sich seit 1990 kaum etwas geändert, in manchen Jahren sind die Emissionen im Verkehrssektor sogar angestiegen statt zurückzugehen. Das liegt auch am Trend zu größeren Autos, die insgesamt mehr Benzin und Diesel verbrauchen. Da hilft es wenig, dass die Motoren effizienter geworden sind. Das zeigt: Wenn der CO2-Ausstoß im Verkehrssektor gedrückt werden soll, müssen wir grundsätzlich etwas an unserer Mobilität ändern –, und nicht noch viel Geld in ein Auslaufmodell stecken, das im Grunde noch auf Technik aus dem 19. Jahrhundert basiert. Egal wie „sauber“ die herkömmlichen Verbrennungsmotoren auch sein mögen, sie blasen immer noch zu viel CO2 in die Atmosphäre. Eine Prämie für Verbrennungsmotoren würde bedeuten, das Problem einfach nur wieder ein paar Jahre zu schieben. Wir müssen unsere Schlüsselindustrie aber jetzt fit für die Zukunft machen. Egal, ob es am Ende um Wasserstoffantriebe geht oder um E-Autos. Diese Fahrzeuge verursachen neben weniger CO2 auch weniger Dreck und Feinstaub, sind also besser für unsere Gesundheit. Und in der Stadt zudem leiser als die üblichen Motoren. Zur Wahrheit gehört dann aber auch: Wenn der Strom für die E-Autos aus dreckigen Kraftwerken kommt, bringt das eher wenig. Auch da muss man ran, was aber mit dem Kohleausstieg schon passiert. Die alternativen Antriebe müssen aber auch sonst für Konsumenten attraktiver werden. Sprich: Mehr Ladesäulen, einheitliche Bezahlsysteme, erschwinglichere Preise. Darin sollte unser Steuergeld investiert werden – und nicht in eine Prämie für Verbrennungsmotoren.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 5. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Hoffmann, Nachhaltigkeit ist seit geraumer Zeit zu einer Art Modewort geworden. Was genau ist dem darunter zu verstehen?

Viele interpretieren den Begriff Nachhaltigkeit in der Tat so, wie sie ihn haben möchten. Dank der Agenda 2030 ist der Begriff der Nachhaltigkeit aber sehr konkret geworden und kann gar nicht mehr beliebig verwendet werden. 2015 hat sich die Weltgemeinschaft auf 17 Nachhaltigkeitsziele verständigt, die alle Bereiche des Lebens betreffen. Diese Ziele machen es konkret.

Einige Ziele stehen aber in Konflikt zueinander...

Das stimmt, und das ist auch gut so. Denn so müssen alle Ziele gemeinsam im Blick gehalten werden. Man darf sich nicht nur eine Rosine herauspicken, sondern muss auch immer schauen, welche Wechselwirkungen mit anderen Zielen damit verbunden sind. Ein Ziel ist beispielsweise sauberes Wasser. Wir haben in Deutschland ein Nitratproblem, also muss gegengesteuert werden. Gleichzeitig muss überlegt werden, was das für die Landwirtschaft bedeutet. Wenn Landwirte wasserschonender wirtschaften sollen, muss es an anderer Stelle einen Ausgleich dafür geben. Zu sagen, Hauptsache in der Landwirtschaft wird produziert – egal welche Folge es für das Wasser hat – geht nicht. Daher fordern wir Grünen ja auch, dass bei Gesetzen frühzeitig geschaut wird, wo man eventuell mit Blick auf alle Nachhaltigkeitsziele nachsteuern muss.

Aber ist das nicht jetzt schon die Aufgabe des Beirates für nachhaltige Entwicklung?

Derzeit ist es so, dass wir die Gesetze erst ganz am Ende bekommen, um einen Blick darauf werfen zu können. Wir wollen aber von der Entstehung des Gesetzes an schauen, welche Auswirkungen es auf welches Ziel hat. Frühzeitig gegenzusteuern ist leichter als am Ende etwas wieder zurückzudrehen.

Leidet der Nachhaltigkeitsbeirat darunter, dass er lediglich Empfehlungen aussprechen, nicht aber gesetzgeberisch aktiv werden kann?

Man muss schon sagen, dass wir derzeit eher ein Schattendasein fristen und nicht besonders wirkmächtig sind. Daher schlagen wir eine Aufwertung des Beirates zu einem regulären Ausschuss vor, der dann auf Augenhöhe etwa mit dem Haushaltsausschuss arbeitet, und auch ein Initiativrecht hat, Anträge ins Plenum zu bringen.

Viele Forderungen die im Beirat erhoben werden – etwa nach Müllvermeidung oder auch einer ressourcenschonenden Landwirtschaft stoßen grundsätzlich bei weiten Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung. An den Kassen in den Supermärkten geht das Billigfleisch dennoch bevorzugt über die Theke. Wie kann ein Bewusstseinswandel erzeugt werden?

Ich bin entschieden dagegen, hieraus ein Problem des Individuums zu machen. Wir brauchen strukturelle Veränderungen. Billigfleisch ist doch nur so billig, weil die krassen Schäden nicht eingepreist sind. Wasserversorger verlangen vielerorts schon höhere Preise, weil sie das Trinkwasser mit viel Aufwand von Nitrat aus der industriellen Massentierhaltung frei halten. Der Schaden durch den Verlust der Artenvielfalt, etwa durch gerodeten Regenwald, ist kaum zu beziffern. Ich will, dass wir dahin kommen, dass an der Supermarktkasse die wahren Preise gezahlt werden. Dann ist das nachhaltigste Fleisch auch das billigste.

Während der Sitzungen des Beirates diskutieren Sie in aller Regel mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, die oft mit komplizierten theoreti-

»Derzeit eher im Schatten«

BETTINA HOFFMANN Die Grünen-Abgeordnete plädiert für die Aufwertung des Nachhaltigkeitsbeirats zu einem regulären Ausschuss



© Bettina Hoffmann

schen Modellen arbeiten und sich in einer von zumeist englischen Fachbegriffen geprägten Sprache ausdrücken. Ist Nachhaltigkeit derzeit ein Thema nur für Eliten?

Die Debatten im Beirat haben in der Tat eine hohe Flughöhe. Es muss deutlich werden, wo der Ressourcenschutz jeden einzelnen berührt. Da geht es um Plastik in den Weltmeeren, Mehrwegprodukte oder das getrennte Müllsammeln. Aber auch die Frage, warum die Kinder mit Migrationshintergrund nicht zu den gleichen Schul-

abschlüssen gelangen. Diese Fragen begegnen uns im Alltag. Da kann man das gut erklären. Ein ganz wichtiger Punkt ist aber auch das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung. Damit kann im Kindergarten angefangen und in der Schule weitergemacht werden.

Im Nachhaltigkeitsbeirat haben sie auch das Problem des anhaltend hohen Flächenverlustes in Deutschland diskutiert. Noch immer liegt der Flächenverlust doppelt so hoch, wie die Zielstellung

für 2030, die es ursprünglich ja schon für 2020 gab, vorliegt. Wie kann das geändert werden?

Die Frage ist – auch mit Blick auf die planetaren Grenzen – was können wir uns leisten. Es muss abgewogen werden. Der Natur muss dabei ein Schutz gewährt werden. Die Politik kann das unterstützen, indem sie Schutzgebiete einrichtet, die nicht bewirtschaftet werden. In den Städten müssen wir viel besser schauen, wie wir Flächen effizienter nutzen können. Millionen Quadratmeter Bürofläche werden nur für acht Stunden am Tag genutzt, danach stehen sie leer. Warum nicht solche Räume mehrfach nutzbar machen, auch Freizeit- und Kulturumzügen nach Feierabend möglich machen? Über solche Ansätze müssen wir viel mehr debattieren.

Angenommen die Grünen kommen nach der nächsten Bundestagswahl in die Regierungverantwortung. Was werden Sie in Sachen Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz als erstes unternehmen?

Zum Anfang müssten die Dinge, die schon vereinbart sind, auch umgesetzt werden. Stichwort Kohlekompromiss. Zum zweiten müsste das Corona-Konjunkturpaket nach Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet werden, damit das Geld nur dorthin geht, wo es auch Entwicklungen nach vorne bringt. Mir ist zudem wichtig, dass wir raus aus der Wegwerfgesellschaft und rein in eine Kreislaufwirtschaft kommen. Ein konkretes Projekt: Anreize für langlebige, hochwertige Produkte geben, indem die Gewährleistungsfrist ausgeweitet wird.

Die EU-Kommission will die CO2-Einsparziele bis 2030 von 40 Prozent auf 55 Prozent hochsetzen. Beim BDI warnt man vor „enorme Herausforderungen mit ungewissem Ausgang“. Machen Sie sich Sorgen um den Industriestandort Deutschland?

Ich führe viele Gespräche mit Unternehmerinnen und Unternehmern und die sehen es genau wie ich: Unternehmen werden in Zukunft nur erfolgreich sein, wenn sie klimafreundlich wirtschaften. Was ich immer wieder höre aus der Industrie ist der Ruf nach glasklaren Rahmenbedingungen. Und da eiert die Bundesregierung seit Jahren rum. Es hilft ja nichts, wenn wir aus vermeintlicher Rücksicht laschere Ziele vorgeben, die dann später wieder korrigiert werden. Sowas bringt nur wirtschaftliche Unsicherheit mit sich. Deshalb muss wir alle miteinander ehrlich sein: Auch ein Minus von 55 Prozent des klimaschädlichen Ausstoßes reicht nicht. Um die Ziele des Pariser Klimavertrags zu erfüllen, brauchen wir ein Minus von 65 Prozent.

Diese Aussage wird aber wohl nur auf wenig Begeisterung stoßen...

Es ist aber besser für die Unternehmen, wenn wir das jetzt klipp und klar vereinbaren. Nur wenn es keine Zweifel an der Ernsthaftigkeit von Klimapolitik gibt, können Unternehmen sich sicher sein, dass jede klimafreundliche Investition sich definitiv auszahlen wird.

Das Gespräch führte Götz Hausding. ||

Bettina Hoffmann (Bündnis 90/Die Grünen) sitzt seit 2017 im Bundestag. Sie ist Obfrau ihrer Fraktion im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Wartende: Marc Bernhard

Als Marc Bernhard hörte, dass der Bundestag eine Woche dem Thema Nachhaltigkeit widmet, dachte er: Sind das jetzt unsere Probleme? Haben wir nicht dringendere? Doch dann setzte sich der 48-jährige AfD-Abgeordnete hin und arbeitete an mehreren Anträgen, welche die Fraktion in der vergangenen Woche einbrachte. Gelte es doch einen Kontrapunkt zu setzen: gegen Klimapolitik, gegen UN-Nachhaltigkeitsziele und für „intelligente Technologien“. Es ist Mittag, Bernhard setzt sich vor drei Fahnen, sie stehen für Deutschland, die AfD und Baden-Württemberg. „Eigentlich hätte diese Woche schon vor einigen Monaten stattfinden sollen“, sagt er und blickt nach rechts auf ein Plakat mit dem Grundgesetz, „aber wegen Corona wurde es verschoben“. „Es ist so, dass Deutschland und die EU ihre Emissionen reduzieren, und der Rest der Welt schaut tatenlos zu. Deutschlands Anteil am CO2-Ausstoß beträgt 1,8 Prozent“, meint Bernhard. Doch warum stellt sich die AfD gegen „nationale Alleingänge“, wenn sie genau die fordert, wenn sie einen Antrag einbringt, der die Aufhebung der globalen Nachhaltigkeitsziele der UN formuliert? „Wenn das Pariser Klimaabkommen allen Schwellen- und Entwicklungsländern erlaubt, ihren Ausstoß bis 2030 zu erhöhen, wird klar, dass alle Einsparungen in Deutschland für das Weltklima völlig nutzlos sind.“ Nun ist die AfD nicht dafür bekannt, dass sie sich für international verbindliche Klimaschutzziele einsetzt. „Der menschliche Anteil am Klimawandel ist nicht signifikant“, antwortet Bern-

hard. Wichtig ist ihm, nicht als Neinsager wahrgenommen zu werden. Er setzt auf neue Technologien wie synthetische Kraftstoffe und neue Atom-Reaktoren, welche gar benutzte Brennstäbe gebrauchen und Atomüllprobleme vermeiden. „Wir sollten die kommenden zehn Jahre nutzen, um in neue Technologien zu investieren.“ Wind- und Sonnenenergie dagegen sind für ihn keine Lösung, „zu wenig effektiv, nicht grundlastfähig“. Bernhard ist Jurist, arbeitete als Anwalt im italienischen Mode-



»Wir sollten die kommenden zehn Jahre nutzen, um in neue Technologien zu investieren.«

na und leitete später als Geschäftsführer ein IT-Unternehmen mit 350 Mitarbeitern. Und er war 22 Jahre lang Mitglied der CDU, war stellvertretender Kreisvorsitzender und im Bundesvorstand der Jungen Union. Den Kollegen von früher begegnet er heute auf den Fluren des Reichstags, man grüßt sich und diskutiert miteinander, „aber persönlich ist es nicht mehr“. Bernhard trat 2013 in die neu gegründete AfD ein, er gehört dem so ge-

nannten „liberaleren“ Lager an, welches sich vom rechtsextremen Kurs des ehemaligen „Flügel“ abgrenzt. 2017 wünschte sich Bernhard bei seiner Kandidatur für den Bundestag, dass sich die CDU unter dem Druck der AfD auf sie zubewege. „Hier im Bundestag ist das nicht geschehen“, bilanziert er, verweist aber auf Sachsen, auf die kommunale Ebene. „Wir sind einfach noch zu schwach. Es braucht noch einen Denkprozess.“ Dass die AfD in den vergangenen Jahren eher einen Rechtskurs eingelegt habe, sieht er nicht. „Das würde ich nicht sagen. Maßstab der inhaltlichen Ausrichtung der Partei ist das Parteiprogramm und das ist seit Jahren dasselbe.“ Björn Höcke, der Flügel – vielleicht muss man Gewisses ausblenden, um weiter an ein schwarz-blaues Projekt zu glauben. In die CDU war er 1991 eingetreten, war vorher im August 1989 als Schüler für ein Jahr in die USA gegangen, fand bei seiner Rückkehr im Juli 1990 ein verändertes Land vor, spürte für sich, dass Helmut Kohl der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Ort sei; „mit Oskar Lafontaine hätte es gewiss keine Einheit gegeben.“ Zu viel Einheit wollte er aber nicht. Er gehörte zu den Euro-Skeptikern und damit zum ersten Stamm der damaligen Anti-Euro-Partei AfD. „Die CDU ist unter Angela Merkel massiv nach links gerückt. Lesen Sie mal den Text eines CDU-Politikers von vor 15 Jahren“, schlägt er vor, „80 Prozent der Leser würden sagen, das sei von der AfD.“ Ob das auch für seine eigenen Sätze gilt, die er als integrationspolitischer Sprecher bei der JU damals sagte, ist zu überprüfen. Jan Rübel ||

Das Parlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ahe)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezzer (pez)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
18. September 2020

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: faiz-com-anzeigen@intime-media-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenausgabe „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Waldbrände – wie sie aktuell im amerikanischen Bundesstaat Kalifornien wüten (Bild links) – und auf der anderen Seite starke Überschwemmungen wie aktuell im Sudan (Bild rechts) bedrohen die Existenzen zahlreicher Menschen.



© picture-alliance/ZUMAPRESS.com/dpa

Viele tausend Schritte

UMWELT Ministerin Schulze fordert schärfere Klimaziele, Opposition will eine grundlegend andere Politik

Knapp ein Jahr nach Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes und gut ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl möchte Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) einen weiteren Schub für den Klimaschutz. Es sei die herausragende Aufgabe für die kommenden Monate der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, eine Einigung zu schärferen europäischen Klimazielen herbeizuführen, sagte sie am Donnerstag in der Debatte zum Schutz von Klima, Umwelt und natürlichen Lebensgrundlagen. Nachhaltigkeit bewiese sich erst dann, wenn es konkret werde, und bedeute, „viele tausend kleine und große Schritte“ zu gehen, sagte Schulze. Als entscheidenden Schritt nannte sie den European Green Deal. Dieser sei „die Zukunftsstrategie für Europa“. Damit schloss sie sich der Forderung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) an, die am vergangenen Mittwoch in ihrer Rede zur Lage der Union im Europaparlament gefordert hatte, die Treibhausgase bis 2030 um 55 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 zu reduzieren – bisher liegt das EU-Ziel bei 40 Prozent.

Treibhausgase Zu der Debatte lagen auch der Mitte August von der Bundesregierung vorgelegte Klimaschutzbericht 2019 (19/22180) sowie weitere 22 Anträge der Fraktionen vor. Laut Klimaschutzbericht sind

2019 die Treibhausgasemission gegenüber dem Vorjahr um fast 54 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente (-6,3 Prozent) auf rund 805 Millionen Tonnen zurückgegangen. Gegenüber dem Referenzjahr 1990 entspricht dies einer Minderung um 35,7 Prozent. Ursächlich für den Rückgang sei insbesondere die positive Entwicklung im Sektor Energiewirtschaft, schreibt die Regierung mit Verweis auf die Vorjahresschätzung des Umweltbundesamtes.

Unterstützung bekam Schulze von SPD-Umweltpolitiker Carsten Träger. Er betonte, das 2019 verabschiedete Klimaschutzgesetz sei eine „richtig gute Sache“, denn nun werde jedes Jahr im Parlament darüber diskutiert, ob der Weg hin zur Treibhausgasneutralität schnell genug gegangen werde. Scharfe Kritik von mehreren Abgeordneten von SPD, Grünen und Linken erntete Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Diese warfen ihm vor, den Klimaschutz bisher eher behindert als vorangetrieben zu haben. Die Größe der Aufgabe der Klimapolitik werde immer mehr Menschen bewusst – „auch auf der Regierungsbank“, sagte Umweltministerin Schulze daher in Richtung des Wirtschaftsministers. Altmaier hatte zuvor eine partei- und fraktionsübergreifende Klimaschutz-

Charta vorgeschlagen, die von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden solle, die allerdings nicht mit der Umweltministerin abgestimmt war. SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch sprach von einer „Schaufensterdebatte“. Die Ziele, etwa beim Thema Ökostrom-Ausbau, seien alle klar, einzig fehlten Fortschritte in Altmaiers Ressort.

Auch Grünen-Umweltpolitikerin Sylvia Kottling-Uhl kritisierte Altmaier: Versagt habe er auch bei den Arbeitsplätzen in der Wind-Industrie. Die Corona-Pandemie habe zudem gezeigt, wie alle Politikfelder zusammenhängen, sagte Kottling-Uhl weiter: Es brauche resilientere Städte mit einer anderen Mobilität und eine andere Landwirtschaft. Doch eine „spürbare Angst vor Liebesverlust in Wirtschaft und Gesellschaft“ lasse die Bundesregierung weiter auf der Bremse stehen. Viele Akteure in Gesellschaft und Wirtschaft hätten Recht mit ihren Forderungen nach mehr Initiative: „Brände überall auf der Welt, Überschwemmungen, Dürre, Waldsterben und Hitze – alles bei nur einem Grad durchschnittlicher Erwärmung“, zählte die Vorsitzende des Umweltausschusses aktuelle Katastrophen auf. Kritik kam auch von Gesine Löttsch (Linke). Sie forderte einen Richtungswechsel

und „endlich verbindliche Ziele, um eine Klimakatastrophe zu verhindern“. Die Bundesregierung habe nicht nur die junge Generation enttäuscht, sondern auch Menschen, „die jeden Cent dreimal umdrehen müssen“, sagte Löttsch. Niemand dürfe Klimapolitik als Bedrohung erleben, so wie etwa Mieter, die nach Sanierungen die Miete nicht mehr zahlen könnten. Auch die Menschen, die vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen wollten, seien enttäuscht worden, betonte Löttsch und forderte eine Verdopplung der Kapazität im ÖPNV bis 2030.

Entfremdung Für die Union beschrieb Gitta Connemann (CDU) das Gefühl vieler Menschen, „dass Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt nicht mehr zusammenpassen“. Dieses Gefühl der Entfremdung liege auch daran, dass sich Ideologien sehr stark auszählten: „Wer nicht skandalisiert, hat kaum Einfluss“, sagte Connemann. Nachhaltigkeit sei jedoch eine Gemeinschaftsaufgabe von Staat, Bürgern und Wirtschaft. Sie plädierte, mehr auf „echte Fachleute für natürliche Lebensgrundlagen“, wie etwa Landwirte, Waldbauern, Gärtner, Winzer oder Fischer zu hören. Auch Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) betonte, eine nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes, der sich in einem dramatischen Zustand befinde, sei entscheidend. Dieser sei „Klimaschützer Nummer eins“. Auch mahnte sie, Lebensmittel wertzuschätzen. Acht Prozent der

weltweiten Treibhausgas-Emissionen entstünden bei der Produktion von Lebensmitteln, doch ein Drittel der produzierten Nahrungsmittel lande im Müll. Dass insgesamt mehr Innovation und Kreativität nötig seien, stellte Umweltpolitikerin Judith Skudelny (FDP) heraus. Verzicht- und Verbotsideologien gäben nicht die nötigen Antworten, sagte sie. Chancen böte etwa das chemische Recycling, doch da versage die Bundesregierung, kritisierte sie. Im Bereich der Mobilität gebe es nichts nachhaltigeres, als bestehende Fahrzeuge mit synthetischen Kraftstoffen weiter zu nutzen. Zudem habe sich in der Pandemie gezeigt, dass etwa Diesel-Fahrverbote „nicht zur Luftreinhaltung der Innenstädte beigetragen

haben“, sagte Skudelny. Sie forderte, diese unmittelbar zu beenden.

Für die AfD-Fraktion übte Marc Bernhard grundsätzliche Kritik an der Umweltpolitik: Dass Deutschland glaube, das Klima „im Alleingang“ retten zu können, bezahlten Familien teuer. Dabei habe sich der CO₂-Ausstoß in Deutschland „praktisch nicht verändert“, sagte Bernhard. Der deutsche Anteil am menschengemachten Kohlendioxid betrage zudem nur 1,8 Prozent wohingegen der CO₂-Ausstoß von Schwellen- und Entwicklungsländern unbegrenzt sei, sagte der AfD-Politiker. Der einzige Effekt der Politik der Bundesregierung sei die Vernichtung von Arbeitsplätzen, etwa in der Automobilindustrie. *Lisa Brübler*

»Wer nicht skandalisiert, hat kaum Einfluss.«

Gitta Connemann (CDU)

STICHWORT

Klimaschutzbericht 2019

Emissionen 2019 sind die Treibhausgasemission gegenüber dem Vorjahr um fast 54 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente (minus 6,3 Prozent) auf rund 805 Millionen Tonnen gesunken. Gegenüber dem Referenzjahr 1990 entspricht dies einer Minderung um 35,7 Prozent.

Ziel Mit dem aktuellen Wert ist bereits im vergangenen Jahr eine Zielmarke des Ende 2019 beschlossenen Klimaschutzgesetzes erreicht worden. 2020 darf die Gesamtemissionsmenge danach maximal 815 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente betragen.

Faktor „Corona“ Das Ausmaß des Emissionsrückgangs infolge der Corona-Pandemie ist derzeit noch mit Unsicherheiten behaftet.

Wetterbericht aus dem Statistischen Bundesamt

UMSETZUNG 24 von 65 Nachhaltigkeitsindikatoren sind im Soll, bei acht Zielvorgaben geht es in die falsche Richtung

An diesem Mittwoch will die Bundesregierung ihre Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) der Öffentlichkeit vorstellen. Die Erwartungen sind groß, wie sich nicht nur in den Debatten und Anträgen zum Thema im Bundestag vergangene Woche gezeigt hat. So kritisierte Wolfgang Lucht, Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung für Umweltfragen, dass die Strategie bislang ein zahnloser Tiger gewesen sei und viele Vorhaben sehr weit vom Ziel entfernt seien. Tatsächlich zeigen die Daten ein gemischtes Bild. Als „heiter bis wolzig“ bezeichnete das für das Monitoring zuständige Statistische Bundesamt Ende 2018 die Aussichten für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Die an einen Wetterbericht erinnernde Bewertung kommt nicht von ungefähr: In dem vom Bundesamt vorgelegten Indikatorenbericht werde die Trends bei den einzelnen Zielvorgaben mit Wetersymbolen abgebildet. Die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) sind für die DNS auf 65 Indikatoren heruntergebrochen worden. Für das SDG-Ziel Nummer 9 („Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen“) gibt es beispielsweise einen Indikator: die privaten

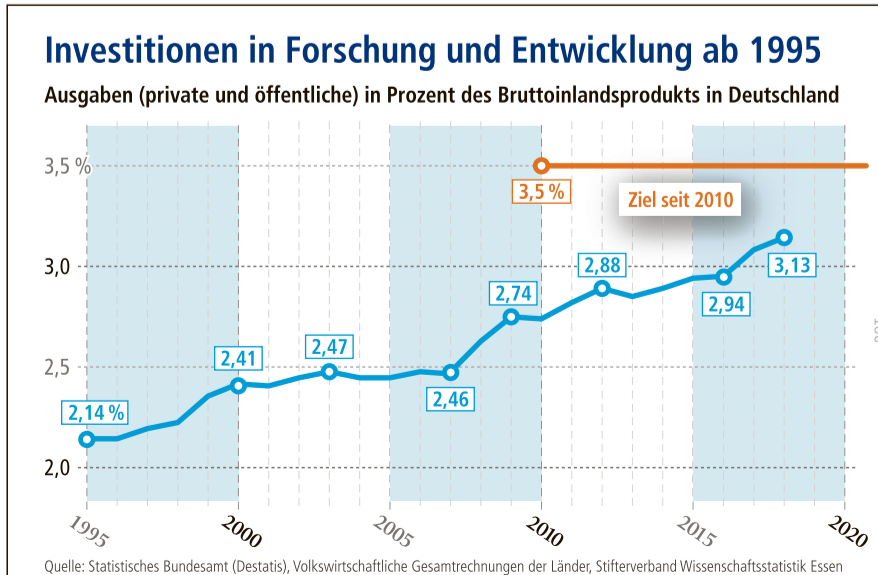
und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung. (siehe Grafik) Aussichten: wolzig.

Wenig Straftaten Sonnige Aussichten – die Ziele sind bereits erreicht oder werden bei gleichbleibender Entwicklung erreicht – konnten Ende 2018 für 24 Indikatoren festgestellt werden. Das gilt beispielsweise

für zahlreichen Indikatoren, die sich auf eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit beziehen. Auch beim Indikator „Entwicklung von Straftaten“ wird Kaiserwetter attestiert ebenso für die Raucherquoten. „Leicht bewölkt“ beziehungsweise „wolzig“ bedeutet, dass die Richtung stimmt, das Tempo aber nicht – die Ziele werden so

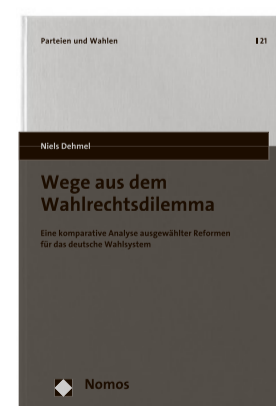
teils deutlich nicht erreicht. „Leicht bewölkt“ (Zielverfehlung zwischen fünf und 20 Prozent) sind die Aussichten beispielsweise bei den beiden Armutsindikatoren, der Einkommensverteilung sowie der Beteiligung an dem von der Bundesregierung initiierten Textilbündnis. „Wolzig“ (Zielverfehlung über 20 Prozent) wird etwa für den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder, für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen und für den Anteil des Ökolandbaus festgehalten. Ebenso bewertet wird beispielsweise der Stickstoffeintrag in Nord- und Ostsee.

Gewitter angesagt Bei acht Indikatoren ist „Gewitter“ angesagt – sie entwickeln sich in die falsche Richtung. Das gilt beispielsweise für den Primärenergieverbrauch, die Adipositasquote bei Erwachsenen, die Verringerung der Siedlungsdichte und die Belastungen von Fließgewässern mit Phosphor und von Grundwasser mit Nitrat. *scr*



Anzeige

Wege aus dem Wahlrechtsdilemma?



Wege aus dem Wahlrechtsdilemma

Eine komparative Analyse ausgewählter Reformen für das deutsche Wahlsystem
 Von Dr. Niels Dehmel
 2020, ca. 870 S., brosch., ca. 159,- €
 ISBN 978-3-8487-6697-0
 (Parteien und Wahlen, Bd. 21)
 Erscheint ca. Oktober 2020

Mittels einer fundierten Bestands- und Kontextanalyse des deutschen Wahlsystems vergleicht die komparativ-analytische Studie strukturenhaltende Reformmöglichkeiten anhand kontextbezogener Bewertungskriterien und entwickelt zwei konträre Reformszenarien für eine nachhaltige Wahlrechtsreform.

Nomos eLibrary www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
 Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer





Sauber unterwegs

VERKEHR Grüne und Linke wollen den Autobahnbau stoppen. Die Union sorgt sich um Arbeitsplätze. AfD und FDP kritisieren Grenzwerte. Die SPD will große und kleine Räder drehen

Alle Fraktionen fordern Investitionen in neue Technologien. Eine davon ist, Autos mit Wasserstoff zu betanken.

© picture-alliance/Jochem Eckel

Zur „Mobilität der Zukunft“ gibt es im Bundestag ganz unterschiedliche Vorstellungen. Da sind auf der einen Seite die Grünen, die ab 2030 nur noch neue Autos zulassen wollen, die emissionsfrei sind, wie Stefan Gelbhaar (Grüne) betont und die den Autobahnbau stoppen wollen, wie seine Fraktionskollegin Daniela Wagner erklärt. Letzteres will auch die Linksfraktion. Deren Verkehrsexpertin Sabine Leidig kritisierte, der Bund befeure den Aus- und Neubau von Autobahnen und verlangte während der Debatte zur nachhaltigen Verkehrspolitik in der vergangenen Woche: „Damit muss Mal Schluss sein.“ Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) sah das anders. „Ich finde es nicht nachhaltig, wenn aufgrund politischer Entscheidungen tausende, vielleicht hunderttausende von Arbeitsplätzen abgebaut werden und damit nachhaltig Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik nicht positiv gestaltet werden können.“ Daher bemühe sich das Verkehrsministerium immer wieder, die Infrastruktur zu erneuern, zu sanieren „und auch neu auszubauen“.

Technologieoffenheit AfD und FDP warnten vor einer einseitigen Fokussierung auf die Elektro-Mobilität und „übertriebene“ Einsparziele. „Wir brauchen Technologieoffenheit und machbare Ziele“, betonte Oliver Luksic (FDP). Es sei eine Fiktion, dass die Elektromobilität kurzfristig umsetzbar ist, befand Dirk Spaniel (AfD). Felix Schreiner (CDU) verwies auf hunderte tausende Arbeitsplätze, „die direkt oder indirekt vom Automobil abhängen“. Der Anspruch der Union sei es, die wirtschaftliche

Leistungsfähigkeit Deutschlands „mit dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu vereinen“. Ein Plädoyer für die Wasserstofftechnologie hielt Arno Klare (SPD) und warb gleichzeitig dafür, „auch an den kleinen Rädern zu drehen“.

Innovationen statt Verbote Schreiner forderte, Technologieoffenheit zu garantieren und Innovationen zu fördern. Es sei klar, dass der Verkehrssektor einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der globalen Klimaschutzziele leisten müsse, machte der Unionsabgeordnete deutlich. „Das erreichen wir nur durch Innovationen, aber nicht durch Verbote“, sagte er. Schreiner forderte, die Empfehlungen der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität ernst zu nehmen. Am Ende würden sich nämlich nicht die Technologien durchsetzen, die im Bundestag beschlossen werden, sondern jene, „die vom Bürger gekauft werden können und die auch bezahlbar sind“.

Für Wolfgang Wiehle (AfD) stellte sich die Frage, ob die Mobilität der Zukunft von der freien Wahl des Verkehrsmittels oder von „Gängelung, Verboten und immer neuen Steuern“ geprägt sein werde. Jeder Verkehrsträger, befand Wiehle, habe seine Stärken. Das Auto sei unschlagbar in der Erschließung der Fläche, die Bahn bei der Bündelung großer Verkehrsströme. Mit Blick auf die verschärften CO₂-Einsparziele der EU-Kommission warnte er: Bundesregierung und EU überspannen den Bogen. „Damit zerstören

Sie Struktur, vernichten Arbeitsplätze und vergeuden das Geld der Steuerzahler.“

SPD-Mann Klare stellte die Frage in den Raum, ob klimaneutrales Fliegen möglich sei und gab selbst die Antwort: „Kann man schaffen.“ Das fossile Kerosin müsse durch synthetische Kraftstoffe ersetzt werden, forderte er. Damit werde auch die Kondensstreifenbildung am Himmel reduziert, die 66 Prozent des Klimaimpacts des Flugverkehrs ausmache. Investiert werden müsse auch in bessere Triebwerke, was aktuell schon passiere. „Die Wasserstofftechnologie ist ein ganz großes Rad, das wir drehen“, erläuterte Klare. Wichtig seien aber auch die andere Schritte. Wenn es gelänge, mit windschnittigeren Modellen den Strömungswiderstand eines Lkw um 30 Prozent zu senken, bedeute das zehn Prozent weniger Treibstoff. Bei 30,1 Milliarden Kilometern, die die Lkw in Deutschland jährlich absolvierten, und einem Verbrauch von 30 Liter pro 100 Kilometer, sei das eine nicht geringe Einsparung.

Die FDP-Fraktion setzt auf Wettbewerb, wie Oliver Luksic deutlich machte. Die von der Bundesregierung und der EU-Kommission vorgegebenen Einsparziele seien mit Blick auf den Fahrzeugbau „völlig überzogen“, befand er. Es sei richtig, CO₂ zu bepreisen. Dann sollte es aber den Kunden überlassen werden, welche Technologie sich durchsetze. Schwer erklärlich ist es aus seiner Sicht, „warum wir keinen einheitlichen CO₂-Preis haben“. Der Zertifikatehandel in der Industrie funktioniere gut und habe zu Reduktionen

geführt. Hier gebe es einen Preis von 25 Euro pro Tonne CO₂. Beim Verkehr liege der Preis hingegen hochgerechnet bei 475 Euro pro Tonne.

»Eklatante« Verfehlungen Aus Sicht der Linken-Abgeordneten Leidig sind beim Thema Mobilität die Verfehlungen der Bundesregierung „eklatant“. Noch immer wachse der Autoverkehr und würde der fossile Verkehr subventioniert. Noch immer werde der Flächen- und Ressourcenverbrauch. Positiv stimme sie, dass die soziale und ökologische Verkehrswende in gesellschaftlichen Bewegungen an Fahrt gewinne. „Die Lage ist also nicht hoffnungslos“, sagte die Linke-Abgeordnete. Der Verkehrssektor müsse einen substantiellen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten, forderte die Grünenpolitikerin Wagner. Nötig sei eine umfassende Verkehrswende „mit mehr Schiene, weniger Straßen, kleineren Fahrzeugen und weniger Lärm“. Deutschland sei das letzte Land in Europa, „das sich die Gefährdung, den Lärm, den Spritverbrauch, die Emission, den Feinstaub unbegrenzter Raserei noch leistet“, kritisierte sie. Verkehrsminister Scheuer verteidigte die Strategie der Regierung und erwiderte, die Koalition habe „wie nie zuvor Investitionsmittel für den Ausbau und die Sanierung der Schiene zur Verfügung gestellt“. Zudem würden mehr als 1,4 Milliarden Euro in den Radverkehr investiert. „Die Strategie geht auf: Mobil und digital verzahnen, technologieoffen, verkehrsmittel- und verkehrsträgerübergreifend und damit so nachhaltig zu sein, dass es uns die nachfolgenden Generationen danken“, sagte Scheuer. **Gotz Hausding** ||

»Wir brauchen Technologieoffenheit und machbare Ziele.«

Oliver Luksic (FDP)

Die unbegrenzten Möglichkeiten des Alltags

NACHHALTIG LEBEN Umweltschonendes Bauen, langlebige Geräte und eine gute Gesundheitsversorgung - die Abgeordneten streifen viele Aspekte

Bauen oder Landwirtschaft, Elektroschrott oder langlebige Geräte: Leben und Konsum lassen sich unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit breit aufhängen, wie stattdie 19 Anträge der Fraktionen zeigten, die in der vergangenen Woche im Bundestag zur Debatte standen. Nicht zu vergessen: Gesundheit und Pflege. Beruhigend äußerte sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Thomas Gebhart (CDU): Auch dank der jüngst festgezurrten Milliarden-Spritzen des Bundes für Krankenhäuser und den öffentlichen Gesundheits-

dienst werde es auch in Zukunft eine gute gesundheitliche und pflegerische Betreuung geben. Wenn denn die Bundesländer mitziehen, so sein Appell. Ein Kurz-Seminar über Diabetes und Adipositas baute der Arzt Rudolf Henke (CDU) in seine Rede ein: Die Bedeutung der Vorbeugung wollte er damit unterstreichen – wie gerade jetzt durch die neuerlich verschärften Beschränkungen bei der Tabakwerbung. Jeder in die Prävention investierte Euro zahle sich vielfach aus.

Potenzial beim Hausbau Die Verbindung von Nachhaltigkeit und Bauen knüpfte Klaus Mindrup (SPD): „Ein Schlüssel ist das Bauen mit Holz“, versicherte er. So werde das Bauen von einer CO₂-Quelle zu einer CO₂-Senke. Bauen mit Holz in intelligenter Kombination mit anderen Materialien sei aktiver Klimaschutz.



CO₂-Quelle statt CO₂-Senke: Bauen mit Holz

© picture-alliance/imageBroker

Daniel Föst (FDP) verlangte einen Paradigmenwechsel im Baubereich: Gebäude müssten in den Zertifikatehandel für Emissionen einbezogen werden. Das Potenzial,

dort CO₂ einzusparen, sei enorm und müsse endlich gehoben werden. Doch passiert sei bisher so gut wie gar nichts. Trotz Investitionen in Höhe von 300 Milliarden

Grünes Wachstum

WIRTSCHAFT Hoffen auf technologischen Fortschritt

Wirtschaftspolitik unter dem Zwang zur Nachhaltigkeit: Peter Altmaier (CDU) schwant wohl, dass er sich als Minister für Wirtschaft und Energie im bevorstehenden Wahlkampf bei dieser Themenstellung mächtig ins Zeug legen muss. Gewiss nicht von ungefähr wünschte er sich eine grundlegende Einigung in diesen Fragen, noch bevor das intensive Werben um Wählerstimmen einsetzt. Zeitig Klarheit und Verlässlichkeit zu schaffen, sei „ein Beitrag zum gesellschaftlichen und politischen Frieden in unserem Land“, warb er in der vergangenen Woche im Bundestag für einen „Klimakonsens“. Festgemacht an 16 Anträgen der Opposition ging es um Wachstum und die ökologisch-soziale Marktwirtschaft.

Die Abgeordneten der Koalition lagen zumindest nicht weit auseinander, als die Wegmarken für die Neuausrichtung der Wirtschaft in Zeiten von Nachhaltigkeit und Klimaschutzzielen beschrieben wurden. Den Dreiklang von Ökologie, Ökonomie und Sozialem beschworen Matthias Heider (CDU) und Bernd Westphal (SPD) nahezu wortgleich. Und bei Vorhaben wie der Förderung der Kreislaufwirtschaft waren FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen mit im Boot. Einzig die AfD wartete mit einem völlig anderen Blickwinkel auf. Steffen Kotré befand: „Wir können nur Umweltschutz mit der Kernenergie machen.“ Der Ausstieg aus Kohle und Atom habe nur den Bürgern „das Geld aus der Tasche gezogen“ und zum Export von Arbeitsplätzen ins Ausland geführt: „Wir transferieren unseren Wohlstand in andere Länder.“

»Wir können Umweltschutz nur mit der Kernenergie machen.«

Steffen Kotré (AfD)

Mit solchen Befunden blieb er in der Debatte allein. Doch in Details zeigten sich auch bei den übrigen Oppositions-Fraktionen deutliche Unterschiede. Einigkeit herrschte zwar bei der generellen Feststellung, dass Nachhaltigkeit in der Wirtschaft nur mit technologischem Fortschritt erreichbar sei. Doch die Liberale Sandra Weeser verband damit die Überzeugung, dass es dazu der Freiheit von Forschung und Entwicklung statt politischer Vorgaben brauche.

Völlig konträr dazu äußerte sich Jörg Czanne (Die Linke). Er forderte von der Politik eine eingreifende und lenkende Rolle. Sie müsse Vorgaben machen, wenn es um die Vermeidung von Treibhausgasen gehe. Er wolle, dass die Belegschaft beteiligt wird, wenn ein Unternehmen nach neuen Produkten sucht, die klimaneutral hergestellt werden können.

Massive Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wasserstoff-Technologie: Diese Forderung von Dieter Janeczek (Bündnis 90/Die Grünen) trugen viele Redner mit. Doch er setzte sich ab, als er eine „Antiklimaschutzpolitik“ anprangerte. Im Bereich der erneuerbaren Energien seien mehr Arbeitsplätze vernichtet worden, als es sie noch im Kohlesektor gebe.

Für die Debatte galt, was Minister Altmaier mit seinem Eintreten für einen Klimakonsens und damit einer Einigung auf grundlegende Aspekte verknüpfte. Es gehe gar nicht darum, ein Thema aus dem Wahlkampf herauszuhalten: „Es wird noch genug übrigbleiben, worüber wir streiten können.“ **Frank Ludwig Averdunk** ||

Lohntüte von morgen

ARBEIT Debatte über Löhne, Renten und Mitsprache

Zwar gab Bundesarbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) die Deise aus, „die Wahrheit ist konkret“. Aber Matthias Zimmer (CDU) versuchte es andersherum. Er stürzte sich sozusagen aus der Vogelperspektive auf das Thema „Arbeit im Wandel“. Unter diesem Titel fand in der vergangenen Woche eine Nachhaltigkeitsdebatte zum Arbeitsmarkt statt, ein Gebiet, auf dem der Zusammenhang vielleicht nicht auf Anhieb erkennbar ist.

Zimmer versuchte, diesen über grundsätzliche Überlegungen zum Charakter der Arbeit herzustellen: „Arbeit ist Ausdruck der Personalität des Menschen. Das verleiht der Arbeit Würde.“ Arbeit, die dies nicht berücksichtigt, sei „entfremdete Arbeit: Arbeit, die krank macht, Arbeit, die keine Wertschätzung genießt, Arbeit ohne gerechten Lohn“. Solche Formen der Arbeit, die eben nicht nachhaltig seien, müssten national wie global „eliminiert“ werden, forderte Zimmer.

Zur Debatte standen sieben Anträge von AfD, FDP, Linken und Grünen (19/22545; 19/20189; 19/22488; 19/22474; 19/20780; 19/7919 und 19/17521) zu so unterschiedlichen Themen wie Altersvorsorge, inklusiver Arbeitsmarkt, Arbeitsbedingungen in Schlachthöfen, betriebliche Mitbestimmung und Kurzarbeitergeld. Es lag also nahe, dass die Debatte insgesamt sehr konkret wurde.

So mahnte Susanne Ferschl (Die Linke) die Beschäftigten dürften nicht die Verlierer des Wandels der Arbeit sein. Deshalb bräuchten sie unter anderem mehr Mitspracherechte in ihren Betrieben.

René Springer (AfD) fragte, wie nachhaltig es sei, dass sich Deutschland einen riesigen Niedriglohnsektor leiste, obwohl jeder wisse, dass mit diesen Niedriglöhnen keine armutsfesten Renten verdient werden könnten. Hubertus Heil interessierte, um welche Art von Arbeit es künftig gehen soll. „Die Ausbeutung von Menschen darf nicht mit Arbeit verwechselt werden“, appellierte er unter Hinweis auf die jüngsten Skandale in der Fleischwirtschaft.

Jens Beek (FDP) verwies darauf, dass die Corona-Pandemie dafür gesorgt habe, in der Arbeitswelt neue Wege finden zu müssen. Sowohl die Etablierung des Homeoffice als auch die digitale Transformation habe im Schnelldurchlauf auf den Arbeitsmarkt gewirkt. Diese Erfahrungen müssten nun genutzt werden, sagte der Liberale.

Beate Müller-Gemmeke (Grüne) mahnte, die Transformation des Arbeitsmarktes müsse ökologisch und sozial ausgestaltet sein. Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit gehörten für ihre Fraktion untrennbar zusammen, betonte sie. So müsse zum Beispiel die Autoindustrie stärker darin unterstützt werden, die Transformation zu ökologisch nachhaltiger Produktion zu gestalten.

Michael Gerdes (SPD) erläuterte, was aus seiner Sicht nachhaltige Sozialpolitik bedeutet: „Langfristig für soziale Sicherheit zu sorgen und Arbeitsplätze zu erhalten, ist nachhaltig. Ein Arbeitsplatz, der nicht nur heute, sondern auch morgen die Lohntüte füllt, ist nachhaltig. Ein Arbeitsplatz, der meine Familie ernähren kann, ist nachhaltig“, sagte Gerdes. **Claudia Heine** ||

»Ausbeutung von Menschen darf nicht mit Arbeit verwechselt werden.«

Hubertus Heil (SPD), Bundesarbeitsminister

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Frauen in einer Textilfabrik in Dhaka (Bangladesch): Viele von ihnen haben ihre Jobs verloren, nachdem internationale Modeketten wegen der Corona-Krise Aufträge stornieren mussten. Die Arbeitsbedingungen der Näherinnen und die mangelnde Rücksicht auf den Umweltschutz bei der Produktion stehen schon länger in der Kritik.

© picture-alliance/dpa

Vorschläge für eine starke Demokratie

STAAT Die Demokratie und ihre Institutionen müssen verteidigt und gestärkt werden. Darin waren sich im Grunde, bei teilweise sehr unterschiedlicher Nuancierung, die Rednerinnen und Redner der Debatte unter dem Titel „Starke Demokratie, handlungsfähiger Staat und nachhaltige Finanzen“ einig. Die Oppositionsfaktionen hatten zu dem Tagesordnungspunkt am vergangenen Mittwoch ein breites Spektrum an Anträgen und Gesetzentwürfen vorgelegt: Die Grünen brachten beispielsweise den Entwurf für ein Demokratiefördergesetz ein. Die FDP schlug eine „implizite Schuldenbremse“ vor. Beide Fraktionen lieferten auch Vorlagen mit der Forderung nach einem Presseankunftsgesetz. Die AfD wiederum verlangte unter anderem einen Wandel in der Migrationspolitik, ein umfassendes Kopftuchverbot sowie ein Verzicht auf die CO₂-Besteuerung. Alle Vorlagen wurden abgelehnt beziehungsweise zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Gottfried Curio (AfD) forderte einen „nachhaltigen Politikwechsel“, um „die Werte der deutschen Demokratie zu bewahren, um diesen Staat handlungsfähig zu halten, um die Finanzen nachhaltig für die Zukunft zu ordnen“. Stattdessen sehe man aber eine Politik „geboren aus einer amoklaufenden globalistischen Ideologie, die das Gegenteil bewirkt“, meinte Curio.

Bedrohungen Für die FDP-Fraktion sagte Konstantin Kühle, es gehe im Sinne der Nachhaltigkeit um „die Widerstands- und Regenerationsfähigkeit der Demokratie und ihrer Institutionen“. Es sei an der Zeit, die Institutionen gegen die Bedrohung von den Rändern – „und hier ganz besonders von der rechtsextremen Seite“ – zu verteidigen. Dafür benötige es unter anderem eine Stärkung der Kommunalpolitik, meinte Kühle.

Rita Hagl-Kehl (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, hob die Leistungsfähigkeit von Demokratie und Rechtsstaat auch unter Pandemiebedingungen hervor. Sie betonte, dass der demokratische Konsens in „einer bunten, vielfältigen Gesellschaft die große Kraftquelle unseres Gemeinwesens“ sei. Dieser Konsens sei es auch, „der unsere Institutionen stark macht“. Damit werde ein zentraler Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung geleistet.

Petra Pau (Die Linke) sagte, „unsere Demokratie steht keineswegs auf sicheren Füßen“. Sie müsse immer verteidigt und grundsätzlich weiterentwickelt werden. Gegen Demokratieverdruss helfe nur mehr Demokratie, vor allem mehr direkte Demokratie. Pau forderte zudem einen stärkeren Kampf gegen Rechtsextremismus. Tabea Rößner (Bündnis 90/Die Grünen) verwies auf den Grünen-Vorschlag eines Demokratiefördergesetzes. Dies sei „angesichts von verschwörungsideologischen Protesten in der Coronapandemie“ noch wichtiger geworden.

Schuldenbremse Andreas Jung (CDU) ging auf nachhaltige Finanzpolitik ein. Das bedeute: „Wir müssen mit dem Geld, das wir haben, mit den Einnahmen, die uns zukommen, auskommen.“ Jung hob hervor, dass dieses Prinzip mit der Schuldenbremse im Grundgesetz verankert worden sei. Diese sehe auch Ausnahmen in Krisenzeiten vor. Davon sei in diesem Jahr Gebrauch gemacht worden, davon werde auch im nächsten Jahr Gebrauch gemacht. 2022 müsse aber zur Schuldenbremse – und so schnell wie möglich zur Schwarz-Null – zurückgekehrt werden. *scr* ||

Im Krisenmodus

ENTWICKLUNG Mehrheit der Fraktionen fordert mehr Engagement, AfD will Hilfen streichen

Nach sieben Debatten zur Nachhaltigkeit in allen Facetten richtete Gerd Müller eine Bitte an die Abgeordneten: „Bitte lasst uns konkret werden.“ Mit vernüftem Lächeln in die Reihen vor ihm blickend präsentierte der Bundesentwicklungsminister von der CSU daraufhin seine Vorschläge: „Dieses Parlament und alle Ministerien stellen sich klimaneutral. Treten wir der Allianz für Klima und Entwicklung bei. Applaus, außer auf Seiten der AfD. Doch Müller war noch nicht fertig. Bundeswehr, Polizei, Länder und Kommunen sollten auf eine nachhaltige Beschaffung umstellen, die Bundesregierung die Einfuhr von Soja und Palmöl nur noch aus entwaldungsfreien Lieferketten erlauben, das Handelsabkommen der EU mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten um eine Nachhaltigkeitsklausel erweitert werden. Und der Kabinettskollege, Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), solle endlich aufhören, das von Müllers Haus vorgelegte Lieferkettengesetz

»Menschenrechte sind unteilbar und müssen umgesetzt werden.«

Sascha Raabe (SPD)

zu torpedieren. Beherzten Schrittes verließ Müller nach seiner Rede das Pult. Bei der kommenden Bundestagswahl will der CSU-Politiker nicht noch einmal antreten, bis dahin will der Ressortchef die Zeit offenbar nutzen, um Kernprojekte wie das Lieferkettengesetz (siehe Stichwort) durchzusetzen. Dieses soll im Ausland produzierende deutsche Unternehmen verpflichten, ihre Lieferketten offenzulegen und Zulieferer auf Einhaltung der Menschenrechte zu überprüfen. Wirtschaftsminister Altmaier stört daran unter anderem, dass es bei Verstößen auch zivilrechtliche Konsequenzen geben soll, weswegen sich die Verabschiedung des Entwurfs im Kabinett seit Wochen verzögert. In der Debatte sprangen der Koalitionspartner und Teile der Opposition bei.

Laut einer Umfrage befragten 75 Prozent der Bundesbürger ein „scharfes Lieferkettengesetz“, betonte Sascha Raabe (SPD) und nannte es falsch, dass Altmaier das Vorhaben verwässern wolle. „Ausbeutung darf kein Wettbewerbsvorteil sein“, konstatierte er. „Menschenrechte sind unteilbar und müssen umgesetzt werden.“ Auch nach Ansicht von Heike Hänsel (Linke) ge-

hört zu gerechten Wirtschaftsbeziehungen auch die Verantwortung von Unternehmen für ihre ausgelagerte Produktion. Ausbeutung und Umweltzerstörung müssten endlich bestraft werden. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen hatten jeweils Anträge (19/15777, 19/16061, 19/16883) vorgelegt, die der Bundestag jedoch ablehnte. Genauso wie sechs weitere Initiativen der Linken unter anderem zum Stopp des Mercosur-Abkommens und vier Anträge der Grünen, in denen diese sich etwa für eine Aufstockung der internationalen Klimafinanzierung und „völkerrechtlich verbrieft individuelle Mobilitätsrechte“ im Falle von „klimabedingter Migration“ aussprachen. Claudia Roth (Grüne) erklärte dazu, die Klimakrise führe zu „dramatischen Veränderungen“ in der Welt, schon jetzt würden in Folge des Klimawandels innerstaatlich mehr Menschen vertrieben als durch Gewalt und Konflikte. „Es ist höchste Zeit, die millionenfache klimabedingte Flucht und Vertreibung ernst zu nehmen“ und zu handeln, mahnte die Grünen-Politikerin. Olaf in der Beek (FDP) ergänzte, allein bis zum Jahresende würden wegen der Corona-Pandemie und der sich zuspitzenden Klimakrise bis zu 136 Millionen Menschen zusätzlich von Hunger bedroht sein. Deutschland müsse daher seiner Verantwortung gerade gegenüber den am wenig-

sten entwickelten Länder der Erde gerecht werden und Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutz und Umweltschutz zusammendenken. „Corona darf nicht dazu führen, dass wir in diesen Fragen vom Kurs abkommen“, warnte er. Zwei Anträge seiner Fraktion (19/9856, 19/22473), in denen diese eine bessere Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder und eine internationale Gemberkonferenz für den Wald forderten, fanden gleichwohl keine Mehrheit.

STICHWORT

Lieferkettengesetz

> Ziel Es soll es deutschen Unternehmen ab 500 Mitarbeitern dazu verpflichten, entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette Menschenrechte und Umweltauflagen zu achten. Unternehmen sollen vor Gericht für Verfehlungen zur Verantwortung gezogen werden können. Bislang beteiligen sich 81 Unternehmen freiwillig am Bündnis für nachhaltige Textilien.

> Kritik Das Wirtschaftsministerium warnt vor Belastungen insbesondere für mittelständische Unternehmen und lehnt eine zivilrechtliche Haftung ab.

Die AfD verlangt von der Bundesregierung indes, neu zugesagte Entwicklungsmittel und Zahlungen für Klimaschutz im Ausland zu streichen und sowohl aus dem Pariser Klimaabkommen als auch der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auszustiegen. Das untermauert sie mit zwei Anträgen (19/22468, 19/22469), die der Bundestag an die Ausschüsse überwies. Einen Antrag (19/15737), in dem sich die AfD für eine Stärkung des afrikanischen Binnenmarkts einsetzt, lehnte das Plenum ab. Markus Frohnmaier (AfD) verwies auf drei Millionen Arbeitslose und sieben Millionen Kurzarbeiter in Deutschland und warf den übrigen Fraktionen „Panikmache“ und Gleichgültigkeit gegenüber dem „Leid der Deutschen“ vor. Die Grünen, urteilte er, wollten zudem ein „Umsiedlungsprogramm für Klimafüchtlinge“ und die Abschaffung Deutschlands forcieren. Für Volkmar Klein (CDU) ist es hingegen nicht nur ein „ethisches Gebot“, ärmeren Ländern zu helfen. Es liege auch „im praktischen Interesse Deutschlands“ zu verhindern, dass die Welt instabiler werde „und wir unseren Wohlstand, unsere Freiheit und unsere Sicherheit verlieren“. Der Etat des Entwicklungsministeriums sei daher von 3,7 Milliarden Euro im Jahr 2004 auf 12,4 Milliarden angewachsen, lobte Klein: „Wir machen damit deutlich, wo unsere Prioritäten sind.“ *Johanna Metz* ||

Gemischtes Zeugnis von der OECD

BILDUNG Opposition sieht Deutschland als Schlusslicht bei Digitalisierung und Zukunftstechnologien

Lehrermangel, Nachholbedarf beim digitalen Lernen und unterdurchschnittliche Bildungsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt: Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stellt Deutschland in ihrem Anfang September erschienenen Bildungsbericht allenfalls ein gemischtes Zeugnis aus. Eine Steilvorlage für die Opposition, die die Politik der Bundesregierung während einer Debatte über insgesamt 15 Anträge zu den Themen Innovation, Bildung und Digitalisierung am vergangenen Donnerstag heftig anging. Rund sechs Millionen Analphabeten, wieder schwächere Ergebnisse bei der jüngsten Pisa-Studie, zu wenig Betreuung für Kinder unter drei Jahren – und besonders schmerzhaft: „Unsere digitale Bildungsrepublik bekommt eine Ohrfeige nach der anderen“, empörte sich Thomas Sattelberger (FDP). Die Studienergebnisse seien eindeutig: „Deutschland ist Schlusslicht beim digitalen Lernen!“ Ministerin Anja Karliczek (CDU) müsse endlich handeln, forderte der Liberale. Es brauche schnell Fortbildung für Lehrkräfte und eine Entbürokratisierung des Digitalpaktes, sonst werde Deutschlands Bildung „in dieser Legislaturperiode nicht mehr zukunftsfit“. Harsch fiel auch die Kritik der AfD aus: Das Beispiel der stockenden IT-Moderni-

sierung von 180 Bundesministerien und -behörden sei eine „Bankrotterklärung“ und zeige erneut, dass die Bundesregierung wenig Sachverstand und Interesse am Zukunftsthema Digitalisierung habe, sagte Joana Cotar. „Wäre es anders, hätten wir längst ein Digitalministerium und der Ausschuss Digitale Agenda müsste nicht um jede Federführung kämpfen.“



In der Kritik: Ministerin Anja Karliczek (CDU)

Petra Sitte (Linke) forderte mehr Investitionen in für die demokratische Gesellschaft grundlegende Bereiche wie Bildung, Wissenschaft, Forschung, aber auch Kultur, Gesundheit, Pflege und öffentliche Infrastruktur. Es brauche Innovationen, ja – aber diese seien nicht per se nachhaltig, gab die Linken-Politikerin zu bedenken. Das gleiche gelte für die Digitalisierung. Wer Gesellschaft und Wirtschaft „nachhaltig, umweltverträglich und sozial“ gestalten wolle, müsse auch bei der Förderung von Forschung, Innovation und Digitalisierung auf Nachhaltigkeit achten, mahnte Sitte. Dazu brauche es politischen Willen. Dieser aber fehle der Bundesregierung offenbar schon bei der Umsetzung ihrer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie.

Klimaneutrale Technologien Den Finger in die Wunde legte auch Anna Christmann (Grüne): Sie bemängelte die Innovations- und Forschungsförderung als zu wenig zielgerichtet. Der Klimawandel sei die „größte Herausforderung des Jahrhunderts“, aber das Forschungsministerium wisse nicht einmal genau, wie viel Geld aus der Hightech-Strategie oder aus dem aktuellen Konjunkturpaket in die Förderung klimaneutraler Technologien fließe. „Priorität für Klimaschutz sieht anders aus!“ Ein zukunftsfähiger Mobilitätsstand-

ort erfordere steigende Investitionen in E-Mobilität und die entsprechende Forschung dazu. „Im Ministerium aber sinken die Ausgaben!“, monierte Christmann.

Zukunftspaket Michael Meister (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Forschung, hielt dagegen: Mit dem 60 Milliarden schweren „Zukunftspaket“ fördere die Regierung bewusst Bildung, Forschung und Zukunftstechnologien wie etwa Grünen Wasserstoff und Künstliche Intelligenz. Ziel sei es, Wirtschaft und Gesellschaft dauerhaft zu erneuern – und zwar „strukturell und über einen konjunkturellen Impuls hinaus“. Zuvor hatte auch Familienministerin Franziska Giffey (SPD) betont, wie keine andere zuvor investiere die Bundesregierung in Bildung. Ob mit dem Gute-Kita-Gesetz oder den Investitionen aus dem Konjunkturpaket in Digitalisierung und Ausbau von Ganztagschulen: „Ich bin zuversichtlich, dass wir die richtigen Weichen stellen können.“ *Sandra Schmid* ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Medienpreis Parlament 2021

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Medienpreis Parlament des Deutschen Bundestages zu bewerben.

Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden herausragende publizistische Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Abläufe, Arbeitsweisen und Themen beitragen.

Bewerbungsschluss: 5. Oktober 2020
Teilnahmebedingungen unter
<http://www.bundestag.de/medienpreis>

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Medienpreis Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail: medienpreis@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-38630



Für die meisten Mediziner ist die Sache klar: Eine Entwarnung in der Coronakrise kann es derzeit nicht geben. Zu groß sind die Risiken einer zweiten Welle, die das Gesundheitssystem womöglich doch noch an den Rand seiner Intensivkapazitäten bringen würde. Zudem wird es einen durchgetesteten Impfstoff voraussichtlich erst im Laufe des kommenden Jahres geben.

Die Neuinfektionen in Deutschland bewegen sich in letzter Zeit auf einem höheren, wenngleich nicht auf einem dramatisch hohen Niveau, die Virologen verweisen jedoch auf den nahenden Winter und die Grippesaison. Das Coronavirus entfaltete sich in kühler Umgebung besser als bei warmen Temperaturen. Gesellt sich zu einer Covid-19-Erkrankung ein Grippevirus, kann das für die betroffenen Patienten lebensbedrohlich sein. Anlass zur Sorge geben auch stark steigende Neuinfektionen in diversen Nachbarländern, darunter Spanien, die Niederlande und Frankreich.

Als der Bundestag am 25. März 2020 offiziell eine epidemische Lage von nationaler Tragweite feststellte, gab es im Parlament kaum Widerspruch, die Fakten sprachen für sich. Inzwischen ist das Lagebild etwas differenzierter, zudem gelten die mit dem Feststellungsbeschluss einhergehenden Befugnisse für das Bundesgesundheitsministerium (BMG), Rechtsverordnungen und Anordnungen über das Infektionsschutzgesetz (IfSG) eigenständig erlassen zu können, unter Juristen als verfassungsrechtlich bedenklich. Der Rechtsexperte Thorsten Kingreen von der Universität Regensburg sprach unlängst in einer Anhörung von einer „Blankovollmacht“, die mehr als 1.000 Vorschriften umfasse und die Parlamentsrechte aushöhle.

Lokale Ausbrüche Im Bundestag gehen die Meinungen zur aktuellen Gefahrenlage ziemlich weit auseinander, wie sich vergangene Woche bei einer Aussprache über einen Gesetzentwurf (19/20042) der FDP-Fraktion zeigte. Die FDP wollte die Feststellung einer epidemischen Lage aufheben, ohne dass die in der Folge erlassenen Rechtsverordnungen und Anordnungen außer Kraft gesetzt würden. Dem Vorschlag schloss sich am Ende keiner an, Linke und Grüne enthielten sich, Union, SPD und AfD lehnten ab. Ein separater Antrag der FDP (19/20046), die Feststellung der epidemischen Lage zu beenden, wurde ebenfalls abgewiesen. Auch ein Antrag der Grünen-Fraktion (19/20565), einen wissenschaftlichen Pandemierat als Beratungsgremium zu gründen, um differenziert auf die Infektionszahlen reagieren zu können, fand keine Mehrheit, wengleich die Idee durchaus Anhänger hat. Die AfD-Fraktion verfolgt einen ähnlichen Plan.

Wie unberechenbar die Infektionslage ist und wie schnell es vorbei sein kann mit der relativen Sicherheit, zeigen etliche lokale Ausbrüche, die es etwa in Schlachthöfen, Wohnblöcken, in Clubs oder nach privaten Feiern gegeben hat. In Garmisch-Partenkirchen sorgte dieser Tage eine junge US-Amerikanerin für Aufregung, die nach einem Urlaub Krankheitssymptome bemerkte, sich aber nicht davon abhalten ließ, mehrere Clubs zu besuchen, statt in Quarantäne zu gehen. Sie infizierte offen-



In Garmisch-Partenkirchen löste eine „Superspreaderin“ einen Corona-Ausbruch aus. Die 26-jährige US-Amerikanerin besuchte trotz eindeutiger Symptome mehrere Clubs. Vor dem Testzentrum der Stadt (im Bild) bildeten sich Warteschlangen. © picture-alliance/dpa

bar zahlreiche andere Leute und rief sogar die Staatsanwaltschaft auf den Plan, die nun gegen die „Superspreaderin“ ermittelt. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sprach von einem „Musterfall für Unvernunft“. Mehrere Abgeordnete warnten davor, die epidemische Lage zu unterschätzen und in der Bevölkerung falsche Erwartungen zu wecken. Erwin Rüdell (CDU) sagte, ehe ein geeigneter Impfstoff zur Verfügung stehe, dürfe „nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, was durch Disziplin und Besonnenheit in den vergangenen Monaten erreicht worden ist“. Er erinnerte daran, dass die Einschränkungen, die der Bevölkerung auferlegt wurden, in Deutschland deutlich geringer ausgefallen seien als in anderen Ländern. Mit Blick auf die Grundrechte und die kritisierten Sonderbefugnisse des BMG fügte Rüdell hinzu, niemand könne Interesse daran haben, „Rechte des Parlaments einzuschränken oder auszuhebeln“. Genau das ist nach Ansicht der AfD

aber passiert. Detlev Spangenberg (AfD), forderte analog einem Antrag der Fraktion, die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite aufzuheben, die parlamentarische Kontrolle sicherzustellen und Verordnungsmachtigkeiten zu beenden. Infolge der Beschränkungen seien rund eine Million Operationen abgesagt oder verschoben worden, wirtschaftliche Existenzen seien zerstört, Grundrechte eingeschränkt worden, kritisierte Spangenberg. Dabei habe auch im März 2020 keine epidemische Lage von nationaler Tragweite vorgelegen, die Bedingungen für diese Definition seien nie vorhanden gewesen.

Parlamentsrechte Skepsis hält sich auch in der Linken, die dafür plädierte, den „verfassungsrechtlichen Ausnahmezustand“ zu beenden, wie es Achim Kessler (Linke) ausdrückte. Die nötigen Regelungen könnten „in ordentlichen gesetzlichen Verfahren beschlossen werden“. Gleichwohl sei die Coronakrise nicht vorbei.

Noch deutlicher fiel die Kritik von Christine Aschenberg-Dugnau (FDP) aus. Es sei aus demokratischer Sicht inakzeptabel, die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite noch bis Ende März 2021 aufrechtzuerhalten, „denn dieser Eingriff in unsere Parlamentsrechte ist verfassungsrechtlich unzulässig“. Im März habe noch eine epidemische Notlage von nationaler Tragweite vorgelegen, heute sei die Situation anders.

Kordula Schulz-Asche (Grüne) räumte ein, die Verordnungsbefugnisse des BMG seien „rechtsstaatlich bedenklich“, daher müssten die massiven Einschränkungen im Alltag auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse bewertet und fortlaufend auf Rechtmäßigkeit hin überprüft werden. Dirk Heidenblut (SPD) stellte klar, die meisten Pandemie-Gesetze seien im Bundestag entstanden. Der Bundestag, nicht die Regierung entscheide über die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Claus Peter Kosfeld

Das Virus und der Herbst

CORONAKRISE Streit über Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite und Parlamentsrechte

Behördliche Wissenslücken

AMRI-AUSSCHUSS Zeuge schildert kuriose Namensangaben von Islamisten

Wenn sich einer schon „Ahmed al Masi“ nennt. Für Thomas Beck, ein Umstand, der mich regelmäßig erobert. Schließlich – was soll das heißen? „Ahmed der Ägypter“, weiter nichts: „Genau so gut könnte ich mich als ‚Thomas der Deutsche‘ vorstellen.“ Das weiß natürlich nicht jeder. Ein Vorwurf ist den Beschäftigten diverser deutscher Ausländerbehörden also nicht zu machen, die es unbesehen für bare Münze nahmen, als ein Asylbewerber, der in Wahrheit Anis Amri hieß, sich ihnen als „Ahmed al Masi“ antdiente. Eine auf diesen Namen ausgestellte Duldungsbescheinigung fand sich nach dem Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz im Führerhaus des Lastwagens, mit dem der Täter den Weihnachtsmarkt an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche überrollt hatte.

Eigenwillige Namen Dem Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Beck, hätte Amri so leicht nichts vormachen können. Der Mann kennt sich aus mit der gelegentlich eigenwilligen Namensgebung der Islamisten. In seinen Akten wimmelt es von „al-Masris“, „al-Almanis“, „al-Bagdadis“, „al-Tounis“ und wie sie zu heißen vorgeben. Seit Anfang 2014 steht der heute 64-jährige Beck an der Spitze der Terrorismusabteilung der Bundesanwaltschaft, ist seit Mitte 2018 ständiger Vertreter des Generalbundesanwalts. In dieser Eigenschaft führte er nach dem Amri verübten Attentat am 19. Dezember 2016 die Oberaufsicht über die Ermittlungen. Der Berliner Anschlag verschaffte dem Bundesanwalt Beck, wie er in der vorigen

Woche im Untersuchungsausschuss erläuterte, freilich Gelegenheit, sich noch über andere, im Ergebnis gravierendere behördliche Wissenslücken zu wundern. Bei einem Krisentreffen von Justizvertretern aus Bund und Ländern am 3. März 2017 habe sich herausgestellt, dass außer in Berlin keine Generalstaatsanwaltschaft über die Zahl der islamistischen Gefährder in ihrem Zuständigkeitsbereich im Bilde gewesen sei. Es fehlte an Kommunikation und Kooperation zwischen den Justizbehörden der Länder und den jeweiligen Landes kriminalämtern, es fehlte an Transparenz und Vernetzung. Vor dem Ausschuss sprach Beck von einem „Amri-Defizit der Justiz“, das dringend aufzuarbeiten gewesen sei.

Schnellreform Dies sei im Frühjahr 2017 in relativ kurzer Frist geschehen. Die zwischen Februar und Mai beschlossenen und umgesetzten Veränderungen seien „die schnellsten und effektivsten Strukturmaßnahmen in der Justiz“ gewesen, „die ich in meiner Dienstzeit bundesweit erlebt habe“. Nach dem Sondertreffen Anfang März sei auf einer regulären Konferenz der „AG Extremismus“ am 10. und 11. April 2017 eine Vorlage entstanden, die mit den gemeinsamen „Weimarer Beschlüssen“ des Generalbundesanwalts und der Generalstaatsanwaltschaften der Länder am 23. Mai in Kraft getreten sei. Seither gebe es erstmals ein auf Dauer etabliertes „justizielles Gefährdermanagement“. Die Frage, die sich nach dem Anschlag gestellt habe, sei ja gewesen: Wie hätte es gelingen können, den Attentäter zeitig zu

»Es fehlte an Kommunikation und Kooperation zwischen den Behörden.«

Thomas Beck, Bundesanwalt

Bund erhofft sich Modernisierungsschub

KRANKENHÄUSER Milliarden für Investitionen

Der Bund will mit einer Finanzspritze den Investitionsstau bei Krankenhäusern verringern und einen Modernisierungsschub bewirken. Das Krankenhauszukunftsgesetz (19/22126; 19/22609), das am Freitag den Bundestag passierte, sieht für 2021 Investitionen des Bundes in Höhe von drei Milliarden Euro vor, die Länder sollen 1,3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Gefördert werden Investitionen in Notfallkapazitäten und die digitale Ausstattung der Häuser, etwa Kommunikation, Telemedizin, Robotik, High-Tech-Medizin und Dokumentation. Investiert werden soll auch in IT- und Cybersicherheit, was durch den Hackerangriff auf die Universitätsklinik in Düsseldorf zusätzliche Aktualität erhalten hat. Ferner wird der Krankenhausstrukturfonds im Umfang von einer Milliarde Euro pro Jahr, der paritätisch von Bund und Ländern finanziert wird, um zwei Jahre bis 2024 verlängert. Erlösrückgänge, die den Kliniken 2020 durch die Corona-Pandemie entstanden sind, sollen individuell ausgeglichen werden.

Bonus Für Pandemie-bedingte Mehrkosten, etwa Schutzausrüstungen, können bis Ende 2021 Zuschläge vereinbart werden. Der Leistungszeitraum für das Kinderkrankengeld wird ausgedehnt, bleibt aber auf das Jahr 2020 begrenzt. In der Pflege werden mehrere befristete Regelungen zur Entlastung und Unterstützung Betroffener bis Ende 2020 verlängert. Nach den Altenpflegern erhalten nun auch Beschäftigte in Krankenhäusern, die in der Coronakrise besonders belastet waren, eine Prämie von bis zu 1.000 Euro. Dafür stehen insgesamt 100 Millionen Euro zur Verfügung. Für die Vorlage votierte neben Union und SPD auch die FDP, Linke und Grüne enthielten sich, die AfD-Fraktion, die mit eigenen Anträgen scheiterte, stimmte dagegen.

In der Schlussberatung machte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) die Dimension der Investitionshilfe durch den Bund deutlich und erinnerte daran, dass in der dualen Krankenhausfinanzierung eigentlich die Länder für Investitionen zuständig sind. Erstmals seit Jahrzehnten in-

vestiere der Bund aus Haushaltsmitteln drei Milliarden Euro in die Kliniken. „2021 wird so viel in Krankenhäuser investiert wie nie zuvor.“ Spahn fügte hinzu, auf die Digitalisierung komme es besonders an. Investitionen in die IT-Sicherheit seien notwendig, weil die Gesundheitsdaten sehr sensibel seien und geschützt werden müssten. Claudia Schmidtke (CDU) ergänzte: „Die Digitalisierung unserer Krankenhäuser ist nicht Kür, sie ist Pflicht.“ Der Bund leiste eine Starthilfe, die Länder müssten den Weg entschlossen weitergehen. Sabine Dittmar (SPD) sprach von überfälligen Investitionen zur Stärkung des Krankenhaussektors. Das Zukunftsprogramm entbinde die Länder aber nicht von der Verpflichtung, Investitionskosten sicherzustellen. Edgar Franke (SPD) sprach sich dafür aus, das umstrittene Abrechnungssystem der Fallpauschalen (DRG) weiterzuentwickeln und zielgenauer zu machen.

Fallpauschalen Nach Ansicht der AfD sollte das DRG-System abgeschafft und durch ein regionales Vergütungssystem ersetzt werden. Robby Schlund (AfD) sagte, die Fallpauschalen seien mit viel Kritik eingeführt worden und hätten die Erwartungen nicht erfüllt. Zudem müsse die Krankenhauslandschaft umstrukturiert werden. Für die FDP-Fraktion lobte Andrew Ullmann die Investitionen, sprach sich aber für grundlegende Reformen aus, denn viele Probleme seien ungelöst. Denkbar wäre ein Mix aus spezialisierten Häusern und Maximalversorgern. Er forderte eine nachhaltige Finanzierungs- und eine qualitative Strukturreform der Kliniken.

Harald Weinberg (Linke) monierte, der Name des Gesetzes sei ein Etikettenschwindel. Der Wettbewerb gefährde die Existenz von Krankenhäusern und könne ihre Zukunft nicht sichern. Die Investitionen seien sinnvoll, eine Finanzierungsreform sei jedoch bitter nötig. Maria Klein-Schmeink (Grüne) kritisierte, die Investitionen seien nicht eingepasst in einen vernünftigen Rahmen. Es sei auch nicht sicher, dass Kliniken den nötigen Digitalisierungsschub erhielten. Spielraum für eine grundlegende Strukturreform werde jetzt vertan. pk



Investitionen in Kliniktechnik sind kostspielig, im Bild ein Magnetresonanztomograph (MRT), der mehr als drei Millionen Euro kosten kann. © picture alliance/APA/picturedesk.com

Unbelastete Ministerin

BERATERAFFÄRE Ausschuss legt Abschlussbericht vor

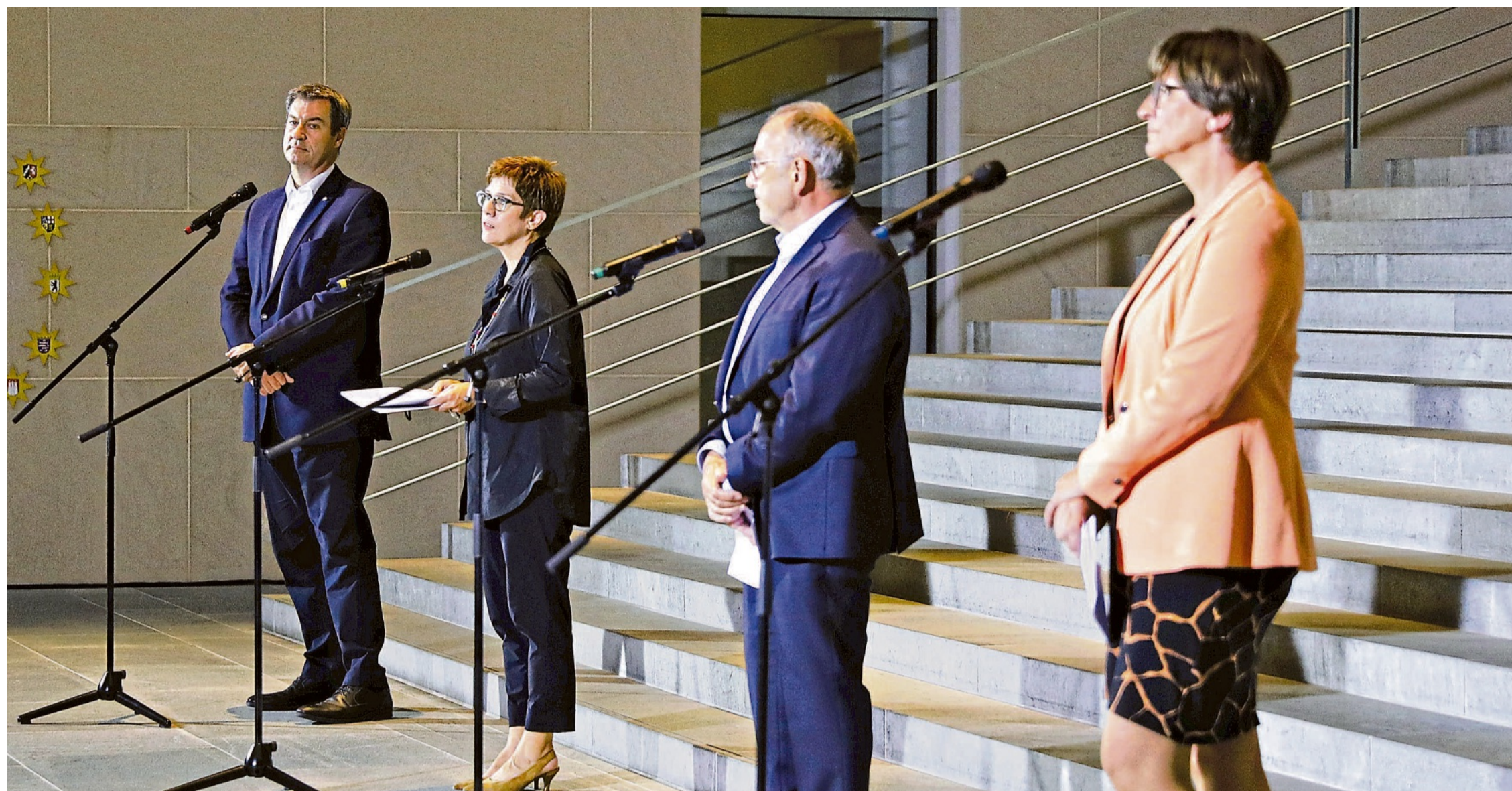
Bei der Beauftragung externer Berater kam es im Verteidigungsministerium zu Verstößen von führenden Soldaten und Beamten. Dies ist dem Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des Verteidigungsausschusses in der sogenannten Berater-Affäre zu entnehmen, den der Ausschussvorsitzende Wolfgang Hellmich (SPD) in der vergangenen Woche am Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble (CDU) übergab. Vorwürfe wegen Fehlverhaltens gegen die ehemalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) finden sich in dem 720 Seiten starken Bericht nicht, über den das Parlament noch abschließend beraten wird.

Bundesrechnungshof Anlass für die Einsetzung des Untersuchungsausschusses im Januar 2019 waren Berichte des Bundesrechnungshofs über Rechts- und Regelverstöße bei der Vergabe von Aufträgen an externe Unternehmen. Der Ausschuss hält es sich nach Abschluss seiner Arbeit zugute, es sei auch seinem Ermittlungseifer zu verdanken, dass sich die beanstandeten Sachverhalte so nicht wiederholen könnten. In einem der untersuchten Komplexe – es ging um die Entwicklung einer neuen IT-Strategie – stellt der Bericht fest, Ministerin von der Leyen habe kaum eine Entscheidungsgrundlage zu den untersuchten Vorgängen selbst gezeichnet. Zwar sei ihr Büro von den entscheidenden Vorgängen stets in Kenntnis gesetzt worden. Die Entscheidungen selbst seien aber häufig auf Ebene der Staatssekretäre getroffen worden. Offen sei geblieben, über welche Vorgänge die damalige Ministerin durch ihr Büro konkret informiert wurde. Der Bundesrechnungshof hatte unter anderem moniert, dass das Unternehmen Accenture beim Projekt „Product Lifecycle Management“ unter Verstoß gegen die Ver-

gaberichtlinien zwecks Beratung und Unterstützung beauftragt worden sei. Die Gesamtverantwortung dafür trägt nach Auffassung des U-Ausschusses der damals zuständige Abteilungsleiter General Erhard Bühler, der sich inzwischen im Ruhestand befindet. Eine direkte Verantwortlichkeit der damaligen Staatssekretärin Katrin Suder würden aber ausgespart oder verharmlost. Das Aufspüren solcher persönlichen Beziehungen gehörte zu den Aufgaben des U-Ausschusses.

Sondervotum der Opposition In ihrem Sondervotum stufen FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen die Bewertung der Vorkommnisse durch die Ausschussmehrheit zwar als zutreffend ein. Viele wesentliche Erkenntnisse der Untersuchung würden aber ausgespart oder verharmlost. Nicht nachvollziehbar sei, dass insbesondere die SPD, die sich während der Beweisaufnahme engagiert und kritisch gezeigt habe, die Vorgänge nun wie die CDU/CSU bagatellisiere. Die AfD stimmt in ihrem Sondervotum dem von den Koalitionsabgeordneten verfassten Bewertungsteil nicht zu. Die Verfehlungen und Verantwortlichkeiten würden darin nicht deutlich genug aufgezeigt. Insbesondere die Verantwortung von Ministerin von der Leyen werde nur unzureichend dargestellt. Franz Ludwig Averdunk





Die Parteichefs (v.l.) Markus Söder (CSU), Anngret Kramp-Karrenbauer (CDU), Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken (beide SPD) verkünden nach einem Treffen der Koalitionsspitzen Ende August den Kompromiss zur Wahlrechtsreform.

KURZ NOTIERT

AfD für mehr Kontrollrechte des Bundestages

In erster Lesung hat sich der Bundestag vergangene Woche mit einem AfD-Gesetzentwurf „zur Stärkung der Kontrollrechte“ der Mitglieder von Bundestag und Bundesrat gegenüber Regierungsmitgliedern und dem Bundespräsidenten (19/22548) befasst. Danach soll eine Möglichkeit der Anklage gegen Regierungsmitglieder bei vorsätzlicher Verletzung des Grundgesetzes oder eines Bundesgesetzes eingeführt und die Antragsvoraussetzungen bei der Bundespräsidentenanklage gesenkt werden.

Deutsche Staatsangehörigkeit von Regierungsmitgliedern

Die AfD-Fraktion will gesetzlich festgeschrieben sehen, dass Bundeskanzler und -minister die deutsche Staatsangehörigkeit haben müssen. Dieses Erfordernis sei gesetzlich nicht geregelt, begründet die Fraktion einen Gesetzentwurf zu einer Grundgesetzänderung (19/22544), den der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung behandelte.

Rechtsschutz vor Wahlen zum Bundestag gefordert

Für die „Einführung eines effektiven vorbeugenden Rechtsschutzes vor Bundestagswahlen“ macht sich die AfD-Fraktion in einem Antrag (19/22540) stark, der am Donnerstag erstmals auf der Tagesordnung des Bundestages stand. Darin plädiert die Fraktion für eine Grundgesetz-Änderung zur „Einführung eines Rechtsschutzes vor einer Wahl“. Auch fordert sie ein Wahlprüfungsverfahren für Wahlen auf Bundesebene, mit dem „ein Wahlprüfungsgericht aus Berufsrichtern in der ersten Instanz eingeführt, und das Bundesverfassungsgericht als zweite Instanz erhalten bleibt“.

AfD dringt auf Ende der Vereinbarung zum Kirchenasyl

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) soll nach dem Willen der AfD-Fraktion „die mit den Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche am 24. Februar 2015 getroffene Vereinbarung zum Kirchenasyl“ mit sofortiger Wirkung beenden. In einem Antrag (19/22546), den der Bundestag vergangene Woche an die Ausschüsse überwies, fordert sie Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) zu einer entsprechenden Weisung gegenüber dem Bamf auf. In der Begründung schreibt sie, das Bamf trete auf Grundlage der genannten Vereinbarung in eine erneute Einzelfallprüfung ein und erzeuge dadurch ein rechtliches Abschiebungshindernis.

AfD will gegen Kinderdelinquenz vorgehen

Die AfD will die Rechtslage zur Bekämpfung der Kinderdelinquenz verschärfen. Mit einem Gesetzentwurf der Fraktion (19/22549), den der Bundestag vergangene Woche an die Ausschüsse überwies, soll der Staatsanwaltschaft ermöglicht werden, beim zuständigen Familiengericht die Unterbringung eines delinquenten Kindes zu beantragen. Auch soll laut Vorlage eine vorläufige Festnahme durch die Staatsanwaltschaft und Beamte des Polizeidienstes zu diesem Zweck ermöglicht werden. *sto*

Großer oder kleiner Wurf?

WAHLRECHT Opposition findet Koalitionsvorschlag zur Begrenzung der Abgeordnetenzahl untauglich

Es hat lange gedauert, bis sich im Bundestag eine mehrheitsfähige Wahlrechtsreform zur Begrenzung der Abgeordnetenzahl bei künftigen Wahlen abzeichnete; schon bevor das Parlament 2017 auf 709 Mitglieder und damit 111 über der gesetzlichen Sollstärke von 598 answoll, waren entsprechende Mahnungen nicht zu überhören. Doch am Freitag debattierte der Bundestag nun in erster Lesung über einen entsprechenden Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD (19/22504), auf den sich zuvor die Spitzen der großen Koalition geeinigt hatten. Dass dabei „Parteivorsitzende, die nicht mal dem Parlament angehören, dann die Entscheidung verkünden“, entspreche auch nicht gerade seinem Verständnis von parlamentarischer Demokratie, hatte anschließend Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) mit Blick auf die Parteichefs Anngret Kramp-Karrenbauer (CDU), Norbert Walter-Borjans (SPD) und Markus Söder (CSU) bemängelt und wird damit nicht allein gestanden haben. In der Debatte konzentrierte sich die Kritik der Opposition dann auf die Reformschritte, auf die sich CDU, CSU und SPD im Koalitionsausschuss verständigt haben. Danach will die Koalition an der „personalisierten Verhältniswahl“ festhalten, bei der „die Personenwahl von Wahlkreisbewerbern nach den Grundsätzen der Mehrheits-

wahl mit der Verhältniswahl von Landeslisten der Parteien kombiniert ist“. Festgehalten werden soll auch an den 2013 eingeführten Ausgleichsmandaten zur Kompensation sogenannter Überhangmandate, die entstehen, wenn in den Wahlkreisen mehr Bewerber einer Partei direkt gewählt werden als ihr nach dem Listenergebnis zustehen; zudem soll eine „föderal ausgewogene Verteilung“ der Mandate gewährleistet werden. Zur „Verminderung der Bundestagsvergrößerung“ soll daher nach dem Willen der Koalition „mit dem Ausgleich von Überhangmandaten erst nach dem dritten Überhangmandat begonnen“ und ein weiterer Aufwuchs „auch durch Anrechnung von Wahlkreismandaten auf Listenmandate der gleichen Partei in anderen Ländern“ vermieden werden. Ferner soll die Zahl der Wahlkreise mit Wirkung zum 1. Januar 2024 – also nach der nächsten Bundestagswahl – von 299 auf künftig 280 reduziert werden, womit zwangsläufig die Zahl direkt gewählter Abgeordneter sinkt und Überhangmandate weniger wahrscheinlich werden. Zudem soll der Bundestag dem Gesetzentwurf zufolge „unverzüglich“ die Einsetzung

einer Reformkommission zu Wahlrechtsfragen beschließen, die Maßnahmen empfehlen soll für eine „gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Männern auf den Kandidatenlisten und im Bundestag“. Dass 2017 nur knapp 31 Prozent aller gewählten Abgeordneten Frauen waren und deren Anteil im Bundestag damit deutlich zurückging, lässt nicht nur die Koalition nach Gegenmaßnahmen rufen; die ursprünglich ebenfalls für vergangene Freitag vorgesehene Schlussdebatte über Anträge von Linken und Grünen-Abgeordneten (19/16485) und der FDP-Fraktion (19/16486) zur Einsetzung einer entsprechenden Reformkommission wurde indes von der Tagesordnung abgesetzt. Albrecht Glaser (AfD) nannte den Koalitionsentwurf ein „zusammengengeltes Stückwerk“, bei dem von Reform „überhaupt nicht die Rede sein“ könne. „Das Hemd der Besitzstandswahrung war ihnen näher als der Rock des Gemeinwohls“, fügte Glaser an die Adresse der Koalitionsfraktionen hinzu. Marco Buschmann (FDP) kritisierte, der Gesetzentwurf erfülle nicht den Auftrag, einen „XXI.-Bundestag“ für die nächste Wahl zu verhindern. Eine Reduzierung der Zahl

der Wahlkreise auf 280 zur Begrenzung von Überhangmandaten sei „viel zu wenig“. Die Koalition habe nur ein „Feigenblatt“ vorgelegt, um zu verdecken, dass sie das Thema erst ignoriert, dann verzögert und nun „verstopft“ habe. Friedrich Straetmanns (Linke) beklagte, dass die Koalition mit dem Grundsatz gebrochen habe, alle Parteien in die Änderung des Wahlrechts einzubinden. „Am Ende entscheidet der Koalitionsausschuss als Klüngelrunde über das Wahlrecht“ mit der „Zielsetzung einer klaren Bevorzugung der Unionsparteien“. Wie Straetmanns bemängelte Britta Haßelmann (Grüne), der Koalitionsentwurf sei ungeeignet, das Parlament zu verkleinern. „Der Vorschlag wird keine Dämpfungswirkung haben“, sagte sie. Ansgar Heveling (CDU) prognostizierte dagegen, dank der drei sich ergänzenden Maßnahmen könne „trotz moderater Eingriffe in das System der personalisierten Verhältniswahl insgesamt eine merkliche Wirkung erzielt werden“. Die von FDP, Linken und Grünen in ihrem gemeinsamen Gesetzentwurf (19/14672) vorgeschlagene „radikale Reduzierung von 49 Wahlkreisen“ sei dagegen nicht in Betracht gekommen. Heveling griff zugleich den Vorwurf auf, dass der Koalitionsvorschlag „nicht der große Wurf“ sei. Auch diese Reform müsse sich „erst beweisen“, und man werde nach der nächsten Bundestagswahl „sehen, wie groß der Wurf tatsächlich geworden ist“. Mahmut Özdemir (SPD) betonte, dass mit dem Koalitionsentwurf deren „eifriges Ringen“ um eine Lösung nun „kurz vor dem Ende“ stehe. Er hob zugleich hervor, dass der SPD bei der von der Koalition vorgeschlagenen Kommission die Parität von Frauen und Männern im Parlament sowie das „Wahlalter ab 16“ die wichtigsten Punkte seien. *Helmut Stoltenberg*

> KOMPAKT

Vorschläge zur Begrenzung

- > **CDU/CSU und SPD** sehen in ihrem Gesetzentwurf (19/22504) vor, ab der Wahl 2021 eine teilweise Verrechnung von Überhang- mit Listenmandaten der gleichen Partei zu ermöglichen sowie bis zu drei Überhangmandate nicht auszugleichen. Zur Wahl 2025 soll die Zahl der Wahlkreise von 299 auf 280 sinken.
- > **FDP, Linke und Grüne** schlagen in ihrem Entwurf (19/14672) vor, die Zahl der Wahlkreise auf 250 zu senken und die Gesamtsitzzahl auf 630 zu erhöhen.
- > **Die AfD** will eine Begrenzung der Direktmandate pro Partei entsprechend dem Listenergebnis (19/20602).

»Der Vorschlag wird keine Dämpfungswirkung haben.«

Britta Haßelmann (Grüne)

Den einen zu viel, den anderen zu wenig

FLÜCHTLINGE Seehofer verteidigt Aufnahme weiterer Migranten aus Griechenland

Die Entscheidung der Koalition, nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos 1.553 zusätzliche Migranten von fünf griechischen Inseln aufzunehmen, ist bei den Oppositionsfraktionen im Bundestag vergangene Woche auf ein gegensätzliches Echo gestossen. Während Gottfried Curio (AfD) der Bundesregierung vorwarf, damit würden „im deutschen Alleingang Anreizsignale für weitere illegale Migration“ gesendet, kritisierte Heike Hänsel (Linke), Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) blockiere „bei der Aufnahme der Menschen von Lesbos“. Der Ressortchef verteidigte den Koalitionsbeschluss am Mittwoch als „humane Entscheidung“ und zeigte sich „stolz, dass die Koalition in der Lage war, ein entsprechendes Signal zu senden“. Bei den 1.553 Flüchtlingen handelt es sich um 408 Familien mit Kindern, die in Griechenland bereits als schutzbedürftig anerkannt wurden. Ihre Aufnahme soll ein zweiter Schritt sein, nachdem Seehofer bereits zuvor angekündigt hatte, dass Deutschland bis zu 150 unbegleitete Minderjährige aufnehmen wird.

Der Minister verwies darauf, dass Deutschland mit hoher Wahrscheinlichkeit 2020 die Grenze von 100.000 Asylbewerbern nicht überschreiten werde und „humanitäre Aktionen setzen“ könne, weil man durch „Steuerung und Begrenzung eine größere Zuwanderung verhindern“ habe. Ohne ein gemeinsames europäisches Asylrecht werde es indes keine „zukunftsweisende Lösung“ geben. Was die EU bisher abgelehnt habe, sei „für die europäische Idee armselig – absolut armselig“. Luise Amtsberg (Grüne) beklagte, die Überfüllung und menschenunwürdigen Zustände auf den Inseln gebe es, weil ein Mechanismus fehle, „der die Menschen nach einer gewissen Zeit von den Inseln herunterholt“. Christoph Hoffmann (FDP) sah in der Dauer der Asylverfahren den „Kern des Problems“. Sie dauerten auf den griechischen Inseln „sehr, sehr lange“, wodurch sich „Rückstaus entwickeln“. Helge Lindh (SPD) konstatierte Probleme „bei der ‚Dauer des Aufenthalts aufgrund des Staus im griechischen Asylsystems‘ als auch bei einer menschenwürdigen Unter-

bringung auf den Inseln. Marian Wendt (CDU) betonte, neben der Entscheidung zur Aufnahme von Menschen sei es richtig und wichtig, „dass wir direkt vor Ort Hilfe leisten, um die Unterbringungsbedingungen zu verbessern“. Deswegen seien das Deutsche Rote Kreuz und das Technische Hilfswerk dort im Einsatz. **Antrag abgelehnt** Curio sagte, die „Not-hilfe auf Lesbos“ werde von den meisten Betroffenen abgelehnt, denn „Ziel der Brandstifter“ sei die „Erpressung der Fahrkarte nach Deutschland“. Deshalb wolle Athen „sie nicht von dort fortlassen“. Hänsel wies das „Gerede davon, hier keine Brandstifter aufzunehmen“, zurück, da bisher „nichts bewiesen“ sei. Sie warf die Frage auf, „wieso es nicht möglich ist, die Menschen, die jetzt auf Lesbos sind, aufzunehmen“, obwohl die Obergrenze von 200.000 Flüchtlingen noch nicht erreicht sei. Den Antrag ihrer Fraktion (19/22264), „die rund 13.000 Menschen, die durch die Brände in Moria obdachlos geworden sind, aufzunehmen“, lehnte der Bundestag am Freitag mit 476 von 596 Stimmen ab; ebenso mit 472 von 597 Stimmen einen Grünen-Vorstoß (19/22679) zur Verteilung aller „über 12.000 Geflüchteten aus Moria“ auf europäische Länder. *sto*

»Jetzt 1.553 Geflüchtete aufzunehmen, war wieder eine humane Entscheidung.«

Horst Seehofer (CSU), Bundesinnenminister

Von Frauen, Quoten und Machos

FAMILIE AfD will Ende der Gleichstellungspolitik. Damit steht sie aber allein

Die AfD-Fraktion macht Front gegen die Gleichstellungspolitik. Die Förderung von Frauen, Quoten oder die Wahl der Gleichstellungsbeauftragten – all das ist ihr unerträglich. Am vergangenen Freitag debattierte der Bundestag gleich über drei entsprechende Vorlagen der Fraktion. Und erteilte dem Ansinnen der AfD mehrheitlich eine Abfuhr. Mit den Stimmen aller anderen Fraktionen lehnte der Bundestag den Antrag der AfD-Fraktion (19/22603), dass künftig auch Männer bei der Wahl von Gleichstellungsbeauftragten in der Bundesverwaltung sowie in Unternehmen und Gerichten des Bundes nach dem Bundesgleichstellungsgesetz über das aktive und passive Wahlrecht eingeräumt wird, ab. In der Debatte wurde schnell deutlich, dass auch der von der AfD vorgelegte Gesetzentwurf (19/22462) zur Änderung des Aktiengesetzes, über den der Bundestag in Erster Lesung beriet und zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwies, mehrheitlich auf Ablehnung stößt. Mit der Gesetzesinitiative will die AfD die im Aktiengesetz vorgese-

hen Zielvorgaben für Frauenquoten in Führungspositionen börsennotierter Aktiengesellschaften ersatzlos streichen. In solchen Quoten erkennt die AfD ebenso wie im Ausschluss von Männern bei den Wahlen der Gleichstellungsbeauftragten einen Verstoß gegen Artikel 3 des Grundgesetzes, der eine Benachteiligung aufgrund des Geschlechts untersagt. In einem weiteren Antrag (19/22467) fordert die AfD schließlich einen prinzipiellen Kurswechsel in der Gleichstellungspolitik. Es müsse zum Prinzip der Gleichberechtigung der Geschlechter zurückgekehrt werden, die auf gleichen formalen Rechten und Chancen beruht, und nicht wie bei der Gleichstellungspolitik auf der Annahme, die Geschlechter müssten in allen Bereichen zu 50 Prozent vertreten sein. In der Folge würden Männer immer wieder trotz höherer Qualifikation benachteiligt, um solche Quoten zu erfüllen argumentierte Marc Jongen. Deshalb widerspreche diese Gleichstellungspolitik dem Prinzip der Gleichberechtigung. Das Geschlecht

dürfe nur noch in jenen Fällen eine unterscheidende Kategorie sein, in denen eine unterschiedliche Behandlung von Mann und Frau aufgrund der funktionalen und biologischen Unterschiede nach der Natur notwendig erscheint oder wenn dadurch faktische Nachteile beseitigt werden könnten, heißt es im AfD-Antrag. Von der Unions- bis zur Linksfraktion warfen alle anderen Fraktionen der AfD Unehrlichkeit vor. Es gehe ihr in Wirklichkeit nicht um Gleichberechtigung, sondern darum, Frauen in ihre traditionellen Rollen zurückzudrängen, befand Melanie Bernstein (CDU). Die AfD beweise lediglich, dass sie den Verfassungsauftrag nach Artikel 3, bestehende Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen, nicht verstanden habe. Die AfD wolle das Rad zurückdrehen, befand Ullle Schauws (Grüne). Ihr Feindbild sei das der selbstbestimmten Frau. Und Nicole Bauer (FDP) forderte die AfD auf, sich zukünftig ihr „Macho-Gehabe“ zu verkneifen. *Alexander Weinlein*

»Wir erleben den plumpen Versuch, das Rad zurückzudrehen.«

Ullle Schauws (Grüne)



Das Bild hatte eine deutliche Sprache. Wladimir Putin saß breitbeinig in seinem Sessel, während Alexander Lukaschenko sich seinem Gegenüber entgegen lehnte. Im Internet wurden die Fotos des Treffens, das in der vergangenen Woche im russischen Sotschi stattfand, fototechnisch verballhornt: ein winziger Lukaschenko auf den Knien Putins, ein Lukaschenko in Strapsen, der sich Putin andient, und so weiter. Dies zeigt, in welcher prekären Situation sich der belarussische Machthaber befindet, der durch eine Protestwelle von historischem Ausmaß (siehe „Stichwort“) unter Druck gesetzt wird. Der Kreml, der Belarus als Pufferzone zwischen der EU und den Nato-Ländern nicht verlieren will, hat Lukaschenko offenbar dort, wo er ihn immer haben wollte: an der ausgestreckten Hand.

Allerdings ist nicht wirklich klar, ob Russland Lukaschenko um jeden Preis unterstützen wird. Putin und sein Außenminister Sergej Lawrow haben die Unterstützung zwar mehrmals in starke Worte gepackt und die altbekannte Erzählung einer von außen „lanzierten“ Revolte in Belarus bedient; man hat dem Nachbarn Mitarbeiter aus dem eigenen Propagandaapparat geschickt und einen Kredit von rund 1,5 Milliarden US-Dollar gewährt. Das klingt nach viel Geld, ist de facto aber eher ein Tropfen auf dem heißen Stein. „Bis Ende des Jahres müssen die belarussischen Behörden ihre Zahlungen für andere Kredite für mehr als eine Milliarde US-Dollar, hauptsächlich an Moskau, refinanzieren und mehr als 300 Millionen US-Dollar Schulden an Gazprom zahlen“, schreibt der Analyst Artjom Schraibman. Höchstwahrscheinlich werde „echtes Geld“ Minsk gar nicht oder kaum erreichen. Ein Zeichen, das das Überleben Lukaschenkos sichert, sieht anders aus.



Nicht um jeden Preis

BELARUS I Dass Autokrat Lukaschenko in der Krise Hilfe beim russischen Nachbarn sucht, macht ihn bei der Opposition noch unbeliebter. Die Protestbewegung kämpft jenseits geopolitischer Interessen für Menschenrechte und mehr Selbstbestimmung

Heftige Konflikte Ohnehin: Die Beziehung der beiden Autokraten als „schwierig“ zu bezeichnen, wäre noch untertrieben. Zwar unterstützt der Kreml Lukaschenko mit billigem Öl und Gas und günstigen Krediten, allerdings verbat sich der belarussische Präsident immer wieder „Eingmischungen in die inneren Angelegenheiten“ durch Russland. Es kam zu heftigen Konflikten, die mit allen Waffen der Diffamierung ausgetragen wurden. Lukaschenko verstand es trotz seiner offensichtlich schwächeren Position immer, die geopolitische Lage von Belarus taktisch auszunutzen. Die Einreise für EU-Bürger wurde massiv erleichtert. In den vergangenen Jahren normalisierten sich auch die außenpolitischen Beziehungen zur EU. Noch bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2015 präsentierte sich Lukaschenko als Garant der belarussischen Unabhängigkeit, was selbst die Opposition goutierte. Das Eingreifen des Kremls in der Ukraine hatte dem Präsidenten und den Belarussen Sorgen gemacht.

Danach versuchte Putin, das Projekt des „Unionstaates“ wieder aufleben zu lassen und den widerspenstigen Lukaschenko in die eigenen Arme zu treiben. Ohne Erfolg. Eine militärische Intervention scheint nun die heikelste Option: Sie würde die Belarussen ohne Grund gegen Russland aufbringen. Denn im Kern handelt es sich um einen internen Konflikt zwischen den Belarussen und Lukaschenko, der in den Augen der bis dato braven Untertanen ausgedient hat. Die Oppositionsführerin Svetlana Tichanowskaja, die sich erzwungenemmaßen in litauischen Exil befindet, sagte an die Adresse des EU-Parlaments: „Die Revolution in Belarus ist nicht geopolitisch. Sie ist nicht prorussisch und nicht antirussisch.“ Dies wird auch von anderen Mitgliedern des von der Opposition gebildeten Koordinationsrates betont, sicher auch, um den

Treffen von Alexander Lukaschenko (links) mit Russlands Präsident Wladimir Putin in Sotschi: Kredite für den Erhalt der „brüderlichen Beziehungen“.

Eindruck eines heraufziehenden Maidan einzudämmen, der sich wie damals in der Ukraine dezidiert anti-russisch gerieren könnte. Tatsächlich sind die Belarussen in dieser Hinsicht pragmatisch orientiert. Die Umfragen der vergangenen Jahre zeigen, dass sich die geopolitische Lage zwischen Ost und West auch in der Haltung der Bevölkerung widerspiegelt: Die Hälfte zieht es eher in Richtung Russland, die andere in Richtung EU. Eine sehr große Mehrheit allerdings unterstützt die Unabhängigkeit ihres Landes.

EU als Advokat Die Revolte gegen den langjährigen Autokraten geht nun durch alle Bevölkerungsschichten und soziale Klassen. Getragen wird sie insgesamt von Werten wie Partizipation und Selbstbestimmung, was klassische demokratische Werte sind und unweigerlich die EU auf als Advokaten auf den Plan ruft. Sie hat bereits signalisiert, dass sie 53 Millionen Euro für die Unterstützung der Zivilgesell-

schaft bereitstellen werde. Gegen das Regime wurden Sanktionen verhängt. Bevor sich der Konflikt aber tatsächlich zu einem geopolitischen Konflikt ausweitete, wäre es ratsam, ihn im belarussischen Interessensraum zu halten. Dazu machen Jörg Forbrig vom German Marshall Fund of the United States (GMF) und Jakob Wöllenstein von der Konrad Adenauer-Stiftung in der „Zeit“ einen wichtigen Vorschlag: „Womöglich ist es noch nicht zu spät, eine Verständigung zu erzielen, die dem Willen des belarussischen Volkes entspricht und die „Interessen der Nachbarn“ berücksichtigt – etwa eine verbrieft außenpolitische Neutralität unter Beibehaltung der bestehenden Bündnisverpflichtungen gegenüber Russland.“

Andernfalls könnte es wohl einen großen Verlierer geben: die Belarussen selbst. Ihr dann gescheiterter Kampf für demokratische Werte würde auch die EU massiv belasten.

Ingo Petz |

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

STICHWORT

Hintergründe des Machtkampfes

> Umstrittene Wahl In der Ex-Sowjetrepublik kommt es seit der Präsidentschaftswahl am 9. August täglich zu Protesten. Amtsinhaber Alexander Lukaschenko hatte sich zum sechsten Mal in Folge zum Wahlsieger erklären lassen – mit mehr als 80 Prozent der Stimmen. Die Demokratiebewegung sieht Swetlana Tichanowskaja als Siegerin der Wahl.

> Reaktionen Die EU hat die Wahl wie die meisten anderen Länder nicht anerkannt. Derzeit bereitet sie Sanktionen gegen das Umfeld Lukaschenkos vor.

> Gewalt Die Sicherheitskräfte in Belarus gehen rabiat gegen die Demokratiebewegung vor. Hunderte wurden festgenommen, die Oppositionspolitikerin Maria Kolesnikowa entführt und inhaftiert.

Ruf nach Sanktionen gegen Lukaschenko

BELARUS II Signal gegen Gewalt des Regimes

Die Fraktionen im Bundestag verurteilen die seit Wochen andauernde Gewalt des Regimes in Belarus (siehe Beitrag links) gegen die friedlichen Proteste gegen Präsident Alexander Lukaschenko. In einer Aktuellen Stunde warben vergangene Woche mit Ausnahme der AfD und der Linken alle anderen Fraktionen für EU-Sanktionen als Antwort, die auch Lukaschenko selbst nicht ausschließen sollten.

Außenminister Heiko Maas (SPD) stellte sich an die Seite der Demonstranten: „Statt mit den Menschen in seinem Land zu reden, sperrt Lukaschenko sie weg.“ Parallelen zum Maidan in der Ukraine 2014 wies Maas zurück. Es gehe nicht darum, „Belarus von Russland loszulösen und der EU einzuverleiben“, sondern darum, dass die Belarussen selbst darüber entschieden, welchen Weg sie nehmen.

Waldemar Herdt (AfD) sagte, dass das belarussische Volk in der Lage sei, ohne Einmischung von außen seine Probleme zu regeln. „Der politische Wandel in Weißrussland ist nicht mehr abzuwenden, das wissen wir alle.“ Wenn aber EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen (CDU) einem Regime Change das Wort rede, dann gieße dies Öl ins Feuer.

Paul Ziemiak (CDU) unterbreitete seinem Vorredner den Vorschlag, „Hand in Hand“ mit der Linksfraktion nach Moskau zu reisen, um den „Sonderpreis für die beste Auslandspropaganda für den Kreml“ abzuholen.

»Der Wahlfälscher darf nicht der Wahlsieger sein.«

Paul Ziemiak (CDU)

Ziemiak forderte EU-Sanktionen gegen Lukaschenko und sein engstes Umfeld als Antwort auf die Gewalt des Regimes. „Wahlfälscher dürfen keine Wahlsieger sein.“ Auch Cyde Jensen (FDP) forderte, Lukaschenko „ganz oben“ auf die Sanktionsliste zu setzen. Er verweigere sich jeglichen Vermittlungsangeboten und stütze sich auf Gewalt und Folter seiner Schergen. Die Menschenrechtsverletzungen seines Regimes seien zu dokumentieren, Täter zur Verantwortung zu ziehen. Jensen warb dafür, unabhängige OSZE-Beobachter nach Belarus zu schicken.

Thomas Lutze (Die Linke) sprach von „brutaler Gewalt“ des Sicherheitsapparates Lukaschenkos: „Diese Gewalt ist strikt abzulehnen und durch nichts zu rechtfertigen.“ Er zog aber in Zweifel, dass man mit dem Regime in den Dialog treten könne, wenn man von vornherein Bedingungen diktiert. Minimalvoraussetzung für einen Dialog sei die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Manuel Sarrazin (Grüne) forderte hingegen, sich klar auf die Seite des oppositionellen Koordinationsrates zu stellen. „Das verhindert keinen Dialog, es ermöglicht ihn erst.“ Sarrazin warb zudem für Visa-Erleichterungen und „humanitäre Korridore“ für bedrängte Oppositionelle und eine klare „Botschaft nach Minsk und Moskau, dass wir wissen und auch laut sagen, wer für die Verbrechen verantwortlich ist.“

Breite Kritik an »Signal der Mullahs«

IRAN Bundestag verurteilt Hinrichtung Navid Afkaris

Außen- und Menschenrechtspolitikern im Bundestag verurteilen die Hinrichtung des iranischen Sportlers Navid Afkari. In einer Aktuellen Stunde auf Verlangen der AfD-Fraktion wandten sich am vergangenen Freitag Vertreter aller Fraktionen gegen Menschenrechtsverletzungen im Iran.

Trotz internationaler Proteste war das Todesurteil gegen Afkari nach Behördenangaben am vorvergangenen Samstag vollstreckt worden. Der 27-jährige Ringer hatte nach Angaben der iranischen Justiz bei einer Demonstration 2018 in der südiranischen Stadt Schiras einen Sicherheitsbeamten getötet. Er selbst, seine Familie und Menschenrechtsorganisationen führten indes an, sein Geständnis sei durch Folter erzwungen worden.

Jürgen Braun (AfD) warf der Bundesregierung vor, „nahezu untätig geblieben“ zu sein. „Die deutsche Iranpolitik ist zutiefst verlogen.“ Im Falle des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny erwäge die Regierung Sanktionen, während die iranische Opposition ignoriert werde. „Hier wird mit zweierlei Maß gemessen.“

Frank Heinrich (CDU) widersprach und verwies auf Wortmeldungen der Menschenrechtsbeauftragten, des Auswärtigen Amtes und einzelner Abgeordneter. Afkari habe „beispielhaft erleben müssen, was der Iran wirklich tut.“ Sein Fall sei eines von unzähligen Beispielen dafür, wie in der islamischen

Republik „inflationär Menschenrechte verletzt werden.“

Bijan Djir-Sarai (FDP) sagte, dass das Regime ein Exempel habe statuieren wollen: „Niemand soll es wagen, seine Stimme gegen das System zu erheben.“ Es brauche eine andere Iran-Strategie der EU. Statt die iranischen Unterdrücker im Ausland zu hofieren, gelte es, ihre Vermögen einzufrieren.

Daniela De Ridder (SPD) sprach von einem „Signal der Mullahs, dass jeder, der den Protest auf die Straße bringt, um sein Leben fürchten muss.“ Der AfD warf sie vor, Afkaris Tod für populistische Zwecke zu missbrauchen. „Ihr rechtshaberischer Duktus hilft keinem einzigen Menschen.“

Niema Movassat (Die Linke) forderte einen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus dem Iran. „Schützen wir erst einmal jene, die dem Regime entfliehen sind.“ Er wande sich gegen „Doppelstandards“ der AfD, „die sich mit dem Assad-Regime trifft“ und jene der Bundesregierung, die über Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien hinweg blicke.

Omid Nouripour (Grüne) sprach von einer alten „Kette des Unrechts“ im Iran: „Folter, Geständnis, Strafe.“ Scharf kritisierte der die AfD, die nicht doppelte Maßstäbe anlege, sondern eigentlich gar keine habe. Ihre Vertreter führen zu Syris Präsident Assad, dem „Schlächter von Damaskus“. Das sei nicht nur unredlich, „das ist Heuchelei!“

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.
Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@intime-media-services.de
Telefon 089-8585 3832



»Gefahr ist nicht gebannt«

BUNDESWEHR Einsatz gegen Terrormiliz IS in Syrien und Irak soll mit weniger Soldaten fortgesetzt werden

Der Einsatz der Bundeswehr gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ im Irak und in Syrien soll nach dem Willen der Bundesregierung fortgesetzt werden, allerdings mit weniger Soldaten als bisher. Über einen entsprechenden Antrag (19/22207) beriet der Bundestag erstmals am vergangenen Freitag; die Opposition signalisierte – mit Ausnahme der FDP –, dass sie dem Mandat nicht zustimmen wird.

Dem Antrag zufolge sollen bis zum 31. Januar 2021 statt 700 Soldaten nur noch 500 Soldaten mithelfen, ein Wiedererstarken des IS in der Region zu verhindern. Die Truppenstärke kann verringert werden, weil die Bundesregierung im März die luftgestützte Aufklärung durch Tornado-Flugzeuge aus Jordanien heraus beendet hat.

Die übrigen Soldaten sollen weiterhin Soldaten der kurdischen Peshmerga sowie der irakische Armee ausbilden. Außerdem unterstützen sie die Luftbetankung, den Lufttransport und die Luftraumüberwachung mittels eines Luftraumradars.

Laut Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) habe der IS die Corona-Pandemie genutzt, um seinen Aktionsradius wieder auszuweiten. „Er bleibt eine Bedrohung für die Sicherheit der Region und damit auch der Sicherheit für uns in Europa.“

Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) betonte, die Aufgaben der Bundeswehr seien noch nicht beendet, außerdem sei es der ausdrückliche Wunsch der Iraker, „dass wir unser Engagement fortführen“. Sie bedauerte, dass die Ausbildung der Sicherheitskräfte im Irak wegen Corona vorläufig ausgesetzt sei. „Wir werden sie aber nach sorgfältiger Überprüfung der Pandemiebedingungen zu gegebener Zeit wieder aufnehmen.“

Nach Ansicht von Bijan Djir-Sarai (FDP) hat die Mission einen wichtigen Beitrag zur Zurückdrängung des IS geleistet, die Gefahr sei aber noch nicht gebannt. Nachdem die USA ihren Beitrag im Nahen Osten reduziert hätten, müsse Europa dort umso mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen.

Für Roland Hartwig (AfD) indes macht sich der Westen mit seinen Aktivitäten im Nahen Osten „die Hände schmutzig“. Ihm gehe es darum, „koste es, was es wolle“, einen Regimewechsel herbeizuführen. Statt die „brutale militärische Neuordnung des

Nahen Ostens“ fortzusetzen, solle sich die Bundesregierung unter Einbeziehung aller Akteure in der Region für eine politische Lösung der Konflikte einsetzen.

Alexander S. Neu (Die Linke) forderte ein Ende der Sanktionen gegen Syrien und den Abzug aller militärischen Präsenzen aus dem Land. Der Einsatz sei völkerrechtswidrig und die Sanktionen verhinderten den Wiederaufbau des Landes. Wie Omid Nouripour (Grüne) wies er darauf hin, dass ira-

kische Sicherheitskräfte im Dezember Proteste brutal niedergeschlagen hätten, wobei es mehr als 500 Tote gegeben habe. Nouripour, der dem Mandat ebenfalls eine „fehlende Rechtsgrundlage“ attestierte und den Einfluss Irans auf die irakischen Volksmobilisierungseinheiten betonte, fragte vor diesem Hintergrund, ob es sinnvoll sei, im Irak auszubilden, „ohne zu wissen, wofür und auf welcher Seite die Leute am Ende stehen“.

Johanna Metz |



Deutsche Soldaten 2019 bei der Ausbildung der kurdischen Peshmerga. Wegen der Corona-Pandemie sind die Trainings derzeit ausgesetzt.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Der britische Premier Boris Johnson kalkuliert offen mit einem Bruch des Ausstiegsabkommens seines Landes mit der EU.

© picture-alliance/empics

Die letzte Provokation

BREXIT Großbritannien stößt die EU in der letzten Verhandlungsphase einmal mehr vor den Kopf

Bis auf die andere Seite des Atlantiks ist das Narrativ vorgezogen, die Europäer würden in der Causa Brexit nicht „nach Treu und Glauben“ handeln und damit gegen ihren eigenen Vertrag verstoßen. „Die Bedrohung des Karfreitagsabkommens ist durch die Europäische Union entstanden, die das Ganze politisiert“, erklärte der britische Außenminister Dominic Raab vergangene Woche in Washington, als er dort seinen Amtskollegen Mike Pompeo traf.

»Das Gesetz ist eine vorbauende und angemessene Maßnahme.«

Dominic Raab, britischer Außenminister

Das umstrittene Binnenmarktgesetz, das Großbritannien Premierminister Boris Johnson vorgelegt hat, sei eine „vorbauende und angemessene“ Maßnahme, sagte Raab dort. „Denn was wir nicht akzeptieren können, ist, dass die EU versucht, eine Grenze zwischen Nordirland und Großbritannien in der Irischen See zu errichten.“ In Brüssel müssen sich Politiker und Beamte die Augen reiben angesichts der Unverfrorenheit, mit der die britische Regierung nun ihre ganz eigene Version der laufenden Verhandlungen über eine künftige Partnerschaft verkaufen. Johnson scheute bei der Vorstellung seines „Internal Market Bill“-Entwurfs (siehe „Stichwort“) nicht davor zurück, den Brexit-Chefverhandler der EU, Michel Barnier, der Erpressung zu bezichtigen. Der Franzose plane gar, die Lebensmittelversorgung von Nordirland von Großbritannien aus zu blockieren.

Teil des Spiels Die Parallele zum Drama vor dem Abschluss des Ausstiegsabkommens im Oktober 2019 macht klar, dass solche Provokationen Teil des Spiels sind. Johnson spekuliert darauf, dass er mit seiner „Wer zuckt zuerst“-Taktik am Ende doch noch die Zugeständnisse bekommt, die er will. Die Berater um Johnson, allen voran sein Chefstrategie Dominic Cummings, wollen den radikalen Bruch mit dem Kontinent. Aus ihrer Sicht ergibt es keinen Sinn, Bindungen an die Partner zum Preis eingeschränkter Handelns zu machen. Cummings will etwa Staatsbeihilfen ganz nach dem Gusto von Downing Street an britische Unternehmen vergeben und lehnt einen durch Brüssel „aufoktroierten“ fairen Wettbewerb ab. Bis zum Europäischen Rat Mitte Oktober sind es nur noch wenige Wochen. Beide Seiten sehen diesen Termin als die Frist,

um einen möglichen Deal auszuloten. Johnson erklärte den 15. Oktober gar als letztes Datum, bis zu dem eine Einigung in den feststehenden Verhandlungen gefunden sein müsse. Intern geht die EU-Kommission davon aus, dass spätestens Anfang November der Vorhang fällt, weil der Vertrag noch durch das britische Parlament und das EU-Parlament muss. Je nach dessen Inhalt könnte es sogar ein „gemischtes Abkommen“ werden, falls nicht alle Fragen in die Zuständigkeit der EU-Kommission fallen. Dann müssten sogar noch nationale Parlamente der EU-Mitgliedsländer abstimmen. An Johnsons selbst verkündeter Deadline wird auch gezweifelt, weil der Premier wohl gern den Ausgang der US-Wahl am 3. November abwarten will. „Erst danach entscheidet er womöglich, ob er sich so radikal von der EU abwendet, wie Johnson es gerade vorgibt zu tun“, sagt ein Downing-Street-Insider.

Denn Donald Trumps Herausforderer Joe Biden ist der EU wesentlich mehr zugetan als der Amtsinhaber. Er wird die Beziehungen zur Alten Welt zumindest glätten wollen – im Gegensatz zu Trump, der Johnson stets „als wirklich guten Freund“ bezeichnet und ihm einen „großartigen Deal“ verspricht. Letzteres könnte einer der Gründe sein, warum die jüngste Konfrontation Londons mit der EU überhaupt ihren Lauf nahm. Barnier fordert die britische Seite seit Monaten auf, zur Umsetzung des Ausstiegsvertrags ihre genauen Pläne für sanitäre und

phytosanitäre Maßnahmen vorzulegen – wie es von jedem Drittstaat erwartet wird, der Lebensmittel oder Vieh in die EU exportiert. Doch die Briten haben dies bisher nicht getan, weshalb die EU-Seite dem Vereinigten Königreich bisher nicht den Stempel eines „vertrauenswürdigen Drittstaats“ gegeben hat. Das könnte in der äußersten Konsequenz bedeuten, dass keine Agrarprodukte oder Lebensmittel von Großbritannien nach Nordirland, mithin im britischen Territorium, verschifft werden dürften. Denn Nordirland hat auf Grundlage des gemeinsam vereinbarten Ausstiegsabkommens einen besonderen Status. Es hat weiter eine offene Grenze in die Republik Irland, an der es aus historischen Gründen keine Kontrollen geben soll. Somit gibt es keine Barrieren für Produkte aus Nordirland, die in die EU und damit in den Binnenmarkt kommen. Johnson hat mit seiner Unterschrift unter das Ausstiegsabkommen im Oktober 2019 eine Grenze durch die Irische See selbst befürwortet. Dort sollen dem Vertrag zufolge Kontrollen stattfinden, wenn auch nur im möglichst kleinen Rahmen. Außerdem müssen Unternehmen aus Großbritannien online Ausfuhrpapiere ausfüllen.

Eigene Version Von dieser Zusage will Johnson nun nichts mehr wissen. Er nutzt den Streit um die „Drittstaatenliste“ als Vorlage, um eine ganz eigene Version der Verhandlungen an die britische und globale Öffentlichkeit zu bringen. Dass Barnier mit einer Blockade der Lebensmittelversorgung von Nordirland von Großbritannien gedroht habe, hat Johnson bisher nicht belegen. Aber in gewohnter Manier nimmt es der Premier mit Details nicht ganz genau und geht auf Frontalangriff gegen Brüssel. In den eigenen Reihen hat er wieder größtenteils Erfolg. Die Mehrheit seiner Minister verbog sich nach Bekanntwerden des Gesetzesentwurfs auffallend, um den offen eingestanden „limitierten und spezifischen Bruch internationalen Rechts“ (Nordirland-Minister Brandon Lewis) zu rechtfertigen. Allerdings zeugt der Rücktritt von höchsten Beamten im Justizministerium und die offene Rebellion einiger profiliert Tory-Parlamentarier von dem Unmut, den der Premier ausgelöst hat. Auch Johnsons Vorgänger aus der eigenen Partei greifen den Amtsinhaber offen an. Theresa May und John Major bezichtigten ihn, den Ruf des Königreichs in der Welt aufs Spiel zu setzen. Michael Howard, ehemaliger Parteivorsitzender und nun Lord im Oberhaus, wütete: „Wie können wir Russland oder China oder Iran verurteilen,

wenn sie international akzeptierte Standards nicht einhalten, wenn wir selbst so wenig Achtung haben vor unseren vertraglichen Pflichten?“ Möglicherweise wird Johnson im Laufe der Woche ein wenig zurückrudern und einen Änderungsantrag aufnehmen, der von seinem Fraktionskollegen Robert Neill stammt. Danach müsste die Regierung erst das Unterhaus um Zustimmung bitten, wenn es dem mit der EU getroffenen Vertrag nicht folgt. „Das ist kaum überzeugend für uns“, hält ein Brüsseler Insider entgegen. In einem von EU-Kritikern dominierten Unterhaus könne die Regierung wohl sehr vieles durchbekommen. So läuft es nun auf einen

ersten Showdown Ende September hinaus. Das ist die Frist, bis zu der die EU eine Rücknahme des britischen Binnenmarktgesetzes sehen will. Dass das nicht passieren wird, hat Minister Michael Gove bereits nach dem eilig anberaumten Krisentreffen mit Maros Sefcovic, dem Vize-Chef der EU-Kommission, mitgeteilt. Parallel wird weiter über ein Abkommen über die künftigen Beziehungen verhandelt. Die nächste Runde findet in Brüssel statt, die strittigen Punkte sind Fischerei und fairer Wettbewerb. In beiden Fragen liegen die Positionen weit auseinander. In Johnsons Amtssitz räumt man nach Berichten britischer Medien nur noch eine „30

by 40-prozentige Chance“ auf einen Deal ein. Ob die Corona-Krise, die das Königreich mit Tausenden Toten und einer harten Wirtschaftskrise trifft, ein Einlenken Johnsons bewirkt? Beobachter rechnen mit dem Gegenteil. Die Bürger würden ohnehin nicht merken, welchen Anteil an der Krise ein EU-Ausstieg ohne Abkommen hat. Zugleich bietet dieser Ausgang Johnson das Narrativ, dass die vermeintlichen „Freunde und Partner in Europa“ in ihrer Uneinsichtigkeit das schlimme Ende verantworten.

Stefanie Bolzen
Die Autorin ist Korrespondentin der Zeitung „Die Welt“ in London.

Eine Frage des Vertrauens
EUROPA Kommissionschefin von der Leyen sieht Chancen auf Einigung schwinden

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sieht mit jedem Tag die Chancen schwinden, noch rechtzeitig vor Ablauf der Übergangsfrist ein Abkommen über die künftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich zu schließen. Die Europäische Union wolle „einen neuen Anfang zwischen alten Freunden – auf beiden Seiten des Atlantiks wie auch auf beiden Seiten des Ärmelkanals“, betonte sie vergangene Woche in ihrer ersten Rede zu Lage der EU vor dem Europäischen Parlament, die sie wegen der Corona-Pandemie in Brüssel statt in Straßburg hielt. Die von Premier Boris Johnson geplante, einseitige Änderung des bereits geschlossenen Austrittsvertrags mit der EU ist aus ihrer Sicht aber nicht akzeptabel: „Wir werden niemals davon abrücken“, stellte von der Leyen klar. Die Vereinbarung sei durch das Europaparlament und durch das britische Unterhaus ratifiziert worden. „Ob einem das gefällt oder nicht, das kann nicht einseitig geändert werden. Es ist eine Frage von Recht, Vertrauen und Verlässlichkeit.“

Großer Zeitdruck Die laufenden Verhandlungen über die künftigen Beziehungen und ein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich müssen bis spätestens Mitte November abgeschlossen werden, damit bis Jahresende, wenn Großbritannien auch den Binnen-

markt und die Zollunion verlässt, ein Abkommen steht. Ohne Deal gehen im beiderseitigen Handel wieder die Zollschranken herunter. Wegen des Zeitdrucks hat die Kommission London aufgefordert, bis Ende September einzulernen. Und auch das Europäische Parlament, das dem neuen Abkommen zustimmen muss, drohte Johnson bereits mit der roten Karte. In einer am 11. September veröffentlichten Erklärung stellten die Fraktionsspitzen klar: „Sollten die britischen Behörden das Austrittsabkommen durch das britische Binnenmarktgesetz verletzen oder drohen, es zu verletzen, ob nun in jetziger Form oder anderer Form, wird das Europaparlament eine Vereinbarung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich unter keinen Umständen ratifizieren.“ Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europaparlament, Manfred Weber (CSU), bekräftigte diese Haltung nach der Rede von der Leyen. Großbritannien verspiele derzeit seine Glaubwürdigkeit, urteilte er. Ohne Vertrauen in die Regierung Großbritanniens könne es keine Zustimmung zu einem Handelsabkommen geben. Die EU ist in Sachen Brexit einmal mehr in einer verzwickten Lage. Den Verstoß gegen internationales Recht, einen Vertragsbruch durch London, kann sie nicht hinnehmen. Einen harten Brexit fürchtet sie aber auch. Um beides abzuwenden, bleiben noch vier Wochen. Das Szenario einer „No Deal“-Scheidung zum Jahresende wirkt immer realer.

Johanna Metz
© picture alliance/Xinhua

Umständen ratifizieren.“ Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europaparlament, Manfred Weber (CSU), bekräftigte diese Haltung nach der Rede von der Leyen. Großbritannien verspiele derzeit seine Glaubwürdigkeit, urteilte er. Ohne Vertrauen in die Regierung Großbritanniens könne es keine Zustimmung zu einem Handelsabkommen geben. Die EU ist in Sachen Brexit einmal mehr in einer verzwickten Lage. Den Verstoß gegen internationales Recht, einen Vertragsbruch durch London, kann sie nicht hinnehmen. Einen harten Brexit fürchtet sie aber auch. Um beides abzuwenden, bleiben noch vier Wochen. Das Szenario einer „No Deal“-Scheidung zum Jahresende wirkt immer realer.

Johanna Metz
© picture alliance/Xinhua

Johanna Metz
© picture alliance/Xinhua



Ursula von der Leyen (CDU) vergangene Woche im Europaparlament. Ihre erste Rede zur Lage der EU trug sie in Deutsch, Englisch und Französisch vor.

© picture alliance/Xinhua

Verbesserungen für Wohnungseigentümer sieht die Modernisierung des Wohnungseigentumsgesetzes (WEG) vor, die der Bundestag in der vergangenen Woche mit den Stimmen der Fraktionen von Union und SPD sowie den Grünen beschloss. Das Gesetz wurde 1951 erlassen, um den Wohnungsbau zu stärken und breiten Bevölkerungsschichten den Erwerb einer Eigentumswohnung zu ermöglichen. Heute werde es den umweltpolitischen Herausforderungen, dem demographischen Wandel und der Digitalisierung nicht mehr gerecht, heißt es zur Begründung, und müsse grundlegend reformiert werden. Die FDP-Fraktion, die einen Antrag für weitergehende Schritte gestellt hatte, enthielt sich bei der Abstimmung. Die Fraktionen der AfD und der Linken stimmten dagegen. Mit dem Wohnungseigentumsmodernisierungsgesetz (19/18791), dessen Erarbeitung zwei Jahre in Anspruch nahm und das rund vier Millionen Eigentümer und zehn Millionen Wohnungen betrifft, sollen die Elektromobilität, der barrierefreie Aus- und Umbau sowie die energetische Sanierung gefördert werden. So sieht es vor, dass Wohnungseigentümer und Mieter Anspruch auf den Einbau einer Lademöglichkeit für ein Elektrofahrzeug auf eigene Kosten haben. Dies gelte auch für die Schaffung von Barrierefreiheit und Maßnahmen des Einbruchschutzes. Bauliche Veränderungen, zum Beispiel für mehr Klimaschutz, sollen künftig einfacher möglich sein. Statt Einstimmigkeit reicht zukünftig ein Mehrheitsbeschluss der Eigentümerversammlung aus. Dem Gesetz zufolge haben künftig alle Wohnungseigentümer die Kosten einer baulichen Veränderung zu tragen, die mit mehr als zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und der Hälfte aller Miteigentumsanteile beschlossen wurde, es sei denn, die bauliche Veränderung ist mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden. Die Verwaltung des gemeinschaftlichen Eigentums soll effizienter gestaltet werden. So wird die Beschlussfassung der Wohnungseigentümer erleichtert, und die Teilnahme an der Eigentümerversammlung ist auch online möglich. Gleichzeitig wird die Kontrolle der Eigentumsverwaltung erweitert, und Streitbelegungsmechanismen werden effizienter gestaltet.

Weniger Streit erwartet Das Gesetz werde für weniger Zoff und mehr Klimaschutz in Wohnungseigentümergemeinschaften sorgen, sagte Johannes Fechner (SPD). Beschlüsse zu Investitionen würden vereinfacht, ohne dabei finanzschwache Eigentümer zu überfordern. Weil die Eigentumswohnung oft die günstigste Möglichkeit für den Immobilienwerb sei, müsse Wohneigentum auf Dauer attraktiv bleiben. Fechner zufolge verzögern die schwarz-grün regierten Bundesländer die Verabschiedung des Gesetzes im Bundesrat. So verschiebe sich das Inkrafttreten auf Dezember. Aus Sicht der Union schafft die Reform den Rahmen dafür, dass der massive Modernisierungsschub aufgelöst und mehr in den altersgerechten Umbau oder den Einbau von Ladeinfrastruktur für Elektroautos investiert werden kann. Jan-Marco Luczak (CDU) betonte, mit der Reform würden



Modernisiert

RECHT Sanierungshürden beim Wohnungseigentum werden abgeräumt. Künftig reicht ein Mehrheitsbeschluss der Eigentümergemeinschaft

Die Koalition hofft, mit der Novelle des in die Jahre gekommenen Gesetzes unter anderem neue Impulse für die energetische Gebäudesanierung auszulösen.

auch die Rechte der Eigentümer gestärkt. Sie behielten bei allen wichtigen Entscheidungen den Hut auf. Die in das Gesetz aufgenommene Verpflichtung der Verwalter zur Qualifizierung und Zertifizierung sei ein wichtiger Beitrag zu mehr Verbraucherschutz. Die Grünen begründeten ihre Zustimmung zu dem Entwurf mit den nach der öffentlichen Anhörung im Rechtsausschuss im Mai vorgenommenen Korrekturen. Der bei dieser Gelegenheit deutlich gewordene Handlungsbedarf habe gezeigt, dass der Status quo im Wohneigentumsrecht nicht beibehalten werden dürfe, sagte Canan Bayram. Allerdings würden umweltpolitische Belange nicht ausreichend berücksichtigt, es gebe unklare Begriffe bei den Kosten der baulichen Veränderungen, und

auch bei der Transparenz müsse nachgebessert werden, um die Mieter in Eigentumswohnungen zu schützen. Die FDP hält eine Reform des WEG für absolut notwendig. Ihre Partei habe dazu Vorschläge gemacht, die im nachgebesserten Gesetzentwurf im Großen und Ganzen enthalten seien, sagte Katharina Willkomm. Es sei jedoch ein Fehler, dass die Befugnisse des Verwalters im Gesetz nicht explizit aufgelistet würden. Zudem berge der Kompromiss bei der Kostenverteilung Nachteile für Geringverdiener und Rentner. Deshalb könne die FDP dem Entwurf nicht zustimmen. Friedrich Straetmanns (Die Linke) erklärte, die Kritik der Sachverständigen in der Anhörung sei zwar teilweise berücksichtigt und die größten Schiefen seien abgemildert worden. Es blieben aber noch eklatante Lücken. Das Gesetz führe zu einem Systemwechsel bei der Verwaltung von Wohnungen und beschränke die Rechte kleiner Eigentümer. Dazu kämen Einschnitte im Mietrecht. Es sei bezeichnend, dass die Kritik des Deutschen Mieterbundes im Entwurf nicht aufgegriffen worden sei. Für die AfD-Fraktion ist das Gesetz ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die ohnehin überlasteten Gerichte. Ihr Abgeordneter Jens Maier sagte, die geplante umfassende prokuraähnliche Vollmacht des Verwalters berge für die Eigentümergemeinschaft unkalkulierbare Risiken. Die Stellung des Wohnungseigentümers werde entwertet. Auch die AfD kritisierte Nachteile für finanzschwache Eigentümer.

Michael Wojtek

Ein Aufholen seit 30 Jahren

JUBILÄUMSBERICHT Der Bundestag hat am Freitag über den Stand der deutschen Einheit diskutiert. Grundlage dafür war der entsprechende Jahresbericht – ein Beleg, für das, was man gemeinsam nach drei Jahrzehnten intensiver Arbeit erreicht hat, wie der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz (CDU), erklärte. Aus dem Bericht geht hervor, dass der Osten zwar wirtschaftlich aufholt, allerdings weiter dem Westen hinterher hinkt: Die durchschnittliche Wirtschaftskraft der neuen Bundesländer gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner hat 2019 ein Niveau von knapp 73 Prozent erreicht, mit Berlin seien es 79,1 Prozent des gesamtdeutschen Durchschnitts. Seit der Wiedervereinigung hat sich das BIP je Einwohner in den neuen Ländern (ohne Berlin) vervierfacht. Gleichwohl liege die Wirtschaftskraft noch erheblich unter dem gesamtdeutschen Niveau und dem der hochentwickelten europäischen Regionen, heißt es in dem Bericht weiter: Auch 30 Jahre nach dem Fall der Mauer habe noch kein ostdeutsches Flächenland das Niveau des westdeutschen Landes mit der niedrigsten Wirtschaftskraft erreicht. Den Jahresbericht (19/22580) sowie einen Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „30 Jahre Deutsche Wiedervereinigung – Einheit vollenden, Fehler korrigieren und ostdeutsche Interessen anerkennen“ (19/22489) überwies der Bundestag im Anschluss an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur weiteren Beratung. *pez*

Wieder ein Virus im Anmarsch

LANDWIRTSCHAFT Ausbruch der Schweinepest macht den Betrieben zu schaffen

Lange haben Landwirte und Fleischwirtschaft mit Sorge auf die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Europa geblickt. Erste Fälle in Belgien, Tschechien und Polen ließen die für Schweine tödliche Viruserkrankung immer näher an die Bundesrepublik heranrücken. Seit Anfang September herrscht nun Gewissheit darüber, dass die Seuche auch in Deutschland ausgebrochen ist. Mittlerweile wurden mehrere Fälle der ASP bei Wildschweinen in den Landkreisen Oder-Spree und Spree-Neiße nachgewiesen. Das war Anlass für die Agrarpolitiker des Bundestages am vergangenen Donnerstag, auf Verlangen der FDP-Fraktion in einer Aktuellen Stunde über die „Auswirkungen der Afrikanischen Schweinepest auf die Agrar- und Ernährungswirtschaft“ zu beraten. Denn der Nachweis des Virus hat erhebliche Konsequenzen für den Export von Schweinefleisch bis hin zu Ernteverboten in den betroffenen Zonen. „Der Ernstfall ist eingetreten“, eröffnete Karlheinz Busen (FDP) die Debatte. Der Liberale übte Kritik an „dilettantisch aufgestellten Zäunen“, die hüfthoch ohne Strom die betroffene Kernzone absperren sollen. Außerdem seien keine Desinfektionswanen und keine Warnschilder aufgestellt worden. Zu allem Überfluss hätten sich Wanderer und Radfahrer im Sperrbezirk aufgehalten, berichtete Busen von selbst gesammelten Eindrücken im Süden Brandenburgs. „Das Warnsystem der Bundesregierung funktioniert nicht“, sagte der Abgeordnete. Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) wies die Kritik ihres Vorredners als nicht richtig informiert zurück. Bereits nach dem ersten Fund sei schnell reagiert worden. „Es muss verhindert werden, dass das Virus den Weg in die Ställe findet,



Wildschweine können Viren übertragen.

denn Deutschland ist bei Hausschweinen ASP-frei.“ Klöckner erklärte, dass das Virus für Menschen ungefährlich, aber für Schweine tödlich ist. Gegen das Virus gebe es bisher keinen Impfstoff. Der Erreger stammt aus Afrika und wird durch den direkten Kontakt mit infizierten Tieren übertragen. In Deutschland habe man in den vergangenen Jahren auf die intensive Bejagung der Wildschweine gesetzt, um das Ausbreitungsrisiko zu verringern. Der Export von Schweinefleisch in Drittstaaten wie China, Südkorea und Japan fällt weg. Mögliche Marktstützungsmaßnahmen sollen laut Klöckner nun geprüft und die Landwirte nicht allein gelassen werden. Wilhelm von Gottberg (AfD) blickte auf die Einnahmeausfälle der Landwirte. Der Abgeordnete fragte, warum Schweinefleisch aus Bayern nicht weiterhin exportiert werden könne, wenn nur in Brandenburg ein Fall aufgetreten sei. Die Bundesregierung nun in der Pflicht sei, den Markt zu stützen. Die Landwirte seien bereits durch die Corona-Pandemie wirtschaftlich getroffen.

Kritik am Maisanbau „Hoffnungslos ist die Lage noch nicht“, meinte Kirsten Tackmann (Linke). Aber leider seien zu lange unnötige Risiken in Kauf genommen worden. Historisch viel zu hohe Schwarzwildbestände würden die Situation nicht vereinfachen. Viel Maisanbau führe zudem zu viel Futter und Deckung für die Wildbestände und mache die Arbeit der Jäger nicht leichter. „Das Land Brandenburg hat schnell und umfassend reagiert“, sagte Harald Ebner (Grüne), der sein Unverständnis darüber ausdrückte, dass bereits aufgestellte Zäune durch Vandalismus niedergedrückt worden seien. Was aber nun nicht passieren dürfe, warnte der Abgeordnete, dass nach dem Ausbruch die kleinen Mastbetriebe verschwinden und die großen übrig bleiben würden, weil nur diese sich die Einnahmeausfälle leisten können. Albert Stegemann (CDU) widmete sich der schwierigen finanziellen Situation der Mäster. Die Kosten seien für die Betriebe hoch und die Erlöse zu niedrig. Die Landwirte bräuchten eine Perspektive: Stegemann forderte ein „Zukunftspaket Landwirtschaft“. Susanne Mittag (SPD) störte sich daran, dass die Debatte nur aus wirtschaftlicher Sicht geführt werde. Die Seuche einzudämmen, sei auch wichtig, um die Tiere zu schützen. Mittag kritisierte, dass es keinen Impfstoff gebe, weil sich die Entwicklung wirtschaftlich nicht lohne. Dabei sei es besser, das Virus statt die Wildschweine durch Bejagung auszurotten. *Jan Eisel*

Obhutspflicht kommt

UMWELT I Abfallrahmenrichtlinie wird umgesetzt

Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag den Weg für die Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie bereitet. Dem Regierungsentwurf (19/19373) in der Ausschussfassung stimmten die Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Linken, Grünen und AfD bei Enthaltung der FDP zu. Anträge der Linken für eine längere Lebensdauer für Elektrogeräte (19/19643) und den Grünen zum Stopp der Vernichtung von Waren (19/16411) fanden keine Mehrheit. Mit dem Gesetzentwurf sollen das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) sowie das Elektro- und Elektronikgerätegesetz geändert werden, um insbesondere die Vorgaben des EU-Legislativpakets zur Kreislaufwirtschaft umzusetzen. Zudem sollen mit dem Entwurf Verordnungsermächtigungen erlassen werden, um die Einwegkunststoff-

Richtlinie umzusetzen. Eingeführt wird unter anderem auch eine Obhutspflicht für Produktverantwortliche, die künftig dafür sorgen soll, dass retournierte Waren nicht mehr aus wirtschaftlichen Gründen vernichtet werden dürfen. Die Koalitionsfraktionen hatten Änderungen durchgesetzt, nach denen unter anderem festgelegt wird, dass durch von gewerblicher Sammlung betroffene öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger einen Anspruch darauf haben, dass die für gewerbliche Sammlungen geltenden Bestimmungen des Anzeigeverfahrens eingehalten werden. Weiter sollen die Hersteller und Vertrieber, die Abfälle freiwillig zurücknehmen, die Rücknahme und Verwertung mindestens genauso hochwertig ausgestalten wie etwa die eines öffentlich-rechtlichen Versorgers im jeweiligen Entsorgungsgebiet. *lbr*

Sammelziel erhöht

UMWELT II Änderungen am Batteriegesetz beschlossen

Eine Änderung des Batteriegesetzes hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag beschlossen. Den Regierungsentwurf in der Ausschussfassung (19/19930) nahm das Parlament mit den Stimmen der Koalition und der FDP bei Ablehnung von Linken, Grünen und der AfD an. Anträge der Linken zu einem Pfand auf Elektrogeräte und Batterien (19/19642) und der Grünen zum Schließen von Wertkreisläufen (19/20562) fanden keine Mehrheit. Künftig soll dem Batteriegesetz „ein reines Wettbewerbsystem zwischen herstellereigenem Rücknahmesystemen“ zugrunde liegen, heißt es in der Begründung. Um auch bei den neuen Marktgegebenheiten einen reibungslosen Ablauf der Sammlung und Entsorgung von Geräte-Altbatterien sicherzustellen, werde das BattG an die neuen

Gegebenheiten angepasst. Ziel sei es, faire Wettbewerbsbedingungen für alle herstellereigenen Rücknahmesysteme und „einheitliche Anforderungen an die Systeme selbst sowie an die Rücknahme durch die Systeme“ festzulegen. Die Parlamentarier beschlossen neben redaktionellen Änderungen auch die Möglichkeit für öffentlich-rechtliche Versorger, sich an der Rücknahme von Fahrzeug-Altbatterien zu beteiligen. Um möglichst vollständige Informationen über die Rücknahme und Verwertung von Fahrzeug-Altbatterien zu bekommen, sei es erforderlich, dass die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger die Daten an das Umweltbundesamt meldeten. Zudem soll das vorgegebene Sammelziel von 45 auf 50 Prozent erhöht werden. *lbr*

Aus für Einwegplastik

UMWELT III Verbot gilt ab Mitte 2021

Bestecke, Trinkhalme, Getränkebehälter, Wattestäbchen, Styropor-Becher und -Lebensmittelbehälter sowie weitere Produkte aus Einwegkunststoff dürfen ab Mitte 2021 nicht mehr in den Verkehr gebracht werden. Gleiches gilt für sämtliche Produkte aus oxo-abbaubarem Kunststoff. Das sieht die Einwegkunststoffrichtlinie der EU vor. Einer entsprechenden Verordnung der Bundesregierung zur Umsetzung des Artikels 5 einer EU-Richtlinie ((EU) 2019/904) stimmten vergangenen Donnerstag die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD sowie die Fraktionen von FDP und Grünen zu. Die Linkenfraktion enthielt sich, die AfD-Fraktion stimmte dagegen. Zur Begründung führte die Bundesregierung an, dass die zunehmende Verwendung von Kunststoffen in kurzlebigen Produkten dazu

führe, „dass die damit einhergehenden Verbrauchsgewohnheiten immer weniger ressourceneffizient sind“. Hinzu komme, dass die Produkte in besonderem Maße für die Verschmutzung der Umwelt und für einen erheblichen Teil der Meeresvermüllung verantwortlich seien. Ebenfalls beschlossen wurde eine Änderung der Altfahrzeug-Verordnung. In der Begründung des Entwurfs (19/2035) verweist die Regierung auf neue EU-Vorgaben und das „Regime der erweiterten Herstellerverantwortung“. Der Entwurf sieht unter anderem Regelungen zur Bevollmächtigung vor. Damit soll es Herstellern ohne Niederlassung in Deutschland ermöglicht werden, einen in Deutschland niedergelassenen Bevollmächtigten mit der Wahrnehmung der Herstellerpflichten zu beauftragen. *lbr*

Kfz-Steuer ökologischer

FINANZEN CO2-Ausstoß wird wichtiges Kriterium

Die Kraftfahrzeugsteuer wird in Zukunft stärker auf ökologische Aspekte ausgerichtet sein. Der Bundestag beschloss am vergangenen Donnerstag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der AfD, der FDP und der Grünen bei Enthaltung der Linken den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf des Siebten Gesetzes zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes (19/20978) in der vom Finanzausschuss geänderten Fassung (19/22596, 19/22615). Einen Entschließungsantrag der Grünen (19/22613), die sich für ein Bonus-Malus-System für erstmals zugelassene Pkw einsetzten, lehnte der Bundestag ab. Zur Förderung des Umstiegs auf elektrische Antriebe sieht der Gesetzentwurf eine Verlängerung der zehnjährigen Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für bis Ende 2025 erstmals zugelassene reine Elektrofahrzeuge vor. Die Steuerbefreiung soll längstens

bis 31. Dezember 2030 gelten. Die Förderung der Elektromobilität sei ein wesentliches Element, um die Pariser Klimaschutzziele im Verkehrssektor zu erreichen, heißt es in dem Entwurf.

Deutliche Veränderung Außerdem sollen Autos mit hohem Ausstoß von Kohlendioxid stärker besteuert werden. Um die Nachfrage deutlicher auf Fahrzeuge mit reduziertem Emissionspotenzial zu lenken, ist eine noch stärkere Berücksichtigung der CO2-Komponenten durch Einführung eines progressiven CO2-Tarifs bei der Kraftfahrzeugsteuer für Pkw mit Verbrennungsmotor beabsichtigt. Um zusätzlich auch besonders emissionsreduzierte Fahrzeuge zu fördern, wird die Kraftfahrzeugsteuer für zwischen dem Tag des Kabinettsbeschlusses und dem 31. Dezember 2024 für erstmals zugelassene Pkw mit einem CO2-Wert bis 95 g/km in Höhe von 30 Euro im Jahr für fünf Jahre, längstens bis zum 31. Dezember 2025, nicht erhoben. Innerhalb der ersten CO2-Stufe von 96 bis 115 g/km beträgt der Eingangsteuersatz zwei Euro je g/km. In den folgenden Stufen von 116 bis 195 g/km steigen die Steuersätze von 2,20 Euro bis auf 3,40 Euro und sollen signalisieren, „dass höherer Kraftstoffverbrauch künftig nicht erst an der Tankstelle finanziell spürbar wird“. Der Spitzensteuersatz von vier Euro je g/km betreffe Fahrzeuge mit besonders hohem Emissionspotenzial von mehr als 195 g/km. „Die Steuer wird sich im Vergleich zu bisher gewohnter Höhe deutlich verändern“, heißt es in dem Entwurf. Mit der Abschaffung einer Sonderregelung für bestimmte leichte Nutzfahrzeuge sollen insbesondere mittelständische Betriebe entlastet werden. *hle*



Fährt steuerfrei: E-Auto von Tesla

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

KURZ NOTIERT

Schlagabtausch über Zukunft von Nord Stream 2

Der Bundestag hat sich am Freitag einen Schlagabtausch über die Zukunft von Nord Stream 2 geliefert. Anstoß gaben zwei Anträge: Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (19/22499) fordert einen Baustopp der umstrittenen Pipeline, die AfD-Fraktion plädiert in ihrem Antrag (19/22552) für das Gegenteil, nämlich die Pipeline zügig fertigzustellen. Nach einer hitzigen Debatte, bei der es auch um grundsätzliche Positionen gegenüber Russland ging, wurden die Vorlagen an den Wirtschaftsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. *pez*

Steuerprüfer sollen öfter bei Reichen aktiv werden

In der Abgabenordnung soll ein Mindestprüfungsintervall für Steuerpflichtige mit Einkünften über 500.000 Euro im Jahr festgeschrieben werden. In einem Gesetzentwurf der Linksfraktion (19/10751) wird der Vorstoß mit der sinkenden Prüfquote begründet. Dabei seien die Außenprüfungen in dieser Einkommensgruppe überdurchschnittlich erfolgreich und würden zu deutlich höheren Steuer- und Zinsentnahmen führen. heißt es in dem Entwurf, der am Freitag vom Bundestag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde. Konkret will die Linksfraktion in einem neuen Paragraphen 194a ein gesetzliches Mindestprüfungsintervall für steuerliche Außenprüfungen von drei Kalenderjahren für Steuerpflichtige nach Paragraph 193 der Abgabenordnung festlegen. Danach ist eine Außenprüfung bei Steuerpflichtigen zulässig, die einen gewerblichen oder land- und forstwirtschaftlichen Betrieb unterhalten, die freiberuflich tätig sind und bei Steuerpflichtigen, deren Einkünfte im Kalenderjahr mehr als 500.000 Euro betragen. *scr*

Umsetzung von EU-Vorgaben zu Berufskraftfahrern

Die Bundesregierung plant Änderungen im Berufskraftfahrereignisrecht. Ihr Gesetzentwurf (19/21983) soll die EU-Richtlinie 2018/645 vom 18. April 2018 „zur Änderung der Richtlinie 2003/59/EG über die Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personentransport und der Richtlinie 2006/126/EG über den Führerschein“ in deutsches Recht umsetzen. Die Vorlage soll im Verkehrsausschuss federführend beraten werden. *hau*

AfD und FDP sehen Lärmregeln für Motorradfahrer kritisch

Die FDP-Fraktion stellt sich gegen die Entschließung des Bundesrates zum Umgang mit Motorradlärm. Zwar nehme die Fraktion die Lärmbelastung der Anwohner an beliebigen Motorradrouten ernst. Die Vorschläge der Länderkammer beurteilen die Liberalen aber durchweg kritisch. In einem Antrag (19/20778) fordern sie daher die Bundesregierung auf, sich die Entschließung nicht zu eigen zu machen. Auch die AfD-Fraktion stellt sich gegen unverhältnismäßige Vorgaben für Motorräder und deren Fahrer. Beide Anträge sind an den Verkehrsausschuss überwiesen worden. *scr*



Die Wartburgstadt Eisenach steht aufgrund angespannter Finanzen seit Jahren unter Haushaltssicherung. Die Entlastung bei den Sozialausgaben soll ihr Spielräume verschaffen.

© picture-alliance/Harald Biebel/Shotshop

Geldsegen für Kämmerer

HAUSHALT Bundestag und Bundesrat beschließen milliardenschwere Unterstützung für Kommunen

Die Kommunen in Deutschland werden in diesem und in den kommenden Jahren mit Milliardenbeträgen unterstützt. Damit sollen insbesondere die Folgen der Corona-Pandemie abgefedert werden. Den Gesetzentwurf der Koalition (19/20595, 19/20598) stimmte vergangene Woche im Bundestag eine große Mehrheit der Abgeordneten zu. Am Freitag passierten die Vorlagen ohne Problem den Bundesrat. Zuvor hatte es in den Kreisen der Haushaltspolitik im Bundestag die Sorge gegeben, die Länder könnten wegen verschärfter Berichtspflichten den Vermittlungsausschuss anrufen. Die Entwürfe enthalten drei Maßnahmen, von denen zwei für alle Städte und Gemeinden relevant sind. Erstens sollen den Kommunen in diesem Jahr Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer pauschal ausgeglichen werden. Die Gewerbesteuer ist grundsätzlich die wichtigste kommunale Einnahmequelle. Die coronabedingte Wirtschaftskrise schlägt entsprechend landauf, landab in die Bilanzen der Kämmerer ein. Nach der jüngsten Steuerschätzung fällt das Gewerbesteueraufkommen in diesem Jahr mit 42,25 Milliarden Euro um rund 13 Milliarden Euro geringer aus als im Vorjahr. Bund sowie Länder, die eigentlich für die Finanzausstattung der Kommunen zuständig sind, teilen sich die Kosten der Ausgleichszahlungen. Laut Gesetzentwurf fließen rund elf Milliarden Euro an Städte und Gemeinden, von denen der Bund 6,1 Milliarden übernimmt. Zweitens will der Bund Kommunen beziehungsweise Kreise und kreisfreie Städte bei den Sozialausgaben unterstützen. Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) in der Grundversicherung für Arbeitsuchende wird von 49 auf 74 Prozent steigen – und zwar dauerhaft. Wie hoch die Entlastung beziehungsweise die Belastung des Bundes in diesem Jahr ausfällt, ist laut Bundesregierung aktuell nicht belastbar zu schätzen – zu unklar ist die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und damit die Zahl der möglichen Leistungsempfänger. Mittelfristig rechnet die Bundesregierung mit einer Entlastung der Kommunen beziehungsweise Belastung des Bundes in Höhe von 3,4 Milliarden Euro pro Jahr.

»Stellt eure Investitionen nicht ein! Investiert weiter in eure Infrastruktur!«

Dennis Rohde (SPD)

Entlastung im Osten Der dritte Punkt ist für die ostdeutschen Länder relevant. Sie werden ab 2021 bei den Aufwendungen der Rentenversicherung aus den Zusatzversorgungssystemen der DDR entlastet werden. Die Entlastung der Länder soll im kommenden Jahr 343 Millionen Euro betragen, 2024 dann 366 Millionen Euro. Die kommunalen Spitzenverbände hatten diese Maßnahmen im Grundsatz begrüßt.

In der Anhörung zu den Entwürfen in der vorvergangenen Woche hatte auch Eisenachs Oberbürgermeisterin Katja Wolf (Die Linke) die Pläne gelobt. Gerade für Kommunen wie Eisenach mit angespannter Finanzlage und hohen Sozialausgaben sei die Entlastung bei den KdU wichtig. In der Anhörung ging es zudem um die vorgeschlagenen Grundgesetzänderungen. Einige der Sachverständigen bezweifelten, ob es diese überhaupt braucht beziehungsweise ob sie sinnvoll sind. Die Koalition sieht das so – und hat dafür auch die Unterstützung von FDP, Linken und Grünen im Bundestag erhalten. Mit dem neuen Artikel 143h Grundgesetz soll der einmalige Ausgleich der Gewerbesteuererinnahmen zielgerichtet in der Verfassung geregelt werden – um dann am 31. Dezember wieder außer Kraft zu treten. Dafür werde man „keinen Preis für Verfassungsästhetik gewinnen“, räumte Dennis Rohde (SPD) in der Debatte ein.

Keine Auftragsverwaltung Mit der zweiten Änderung – eine Ergänzung im Absatz 3 des Artikels 104a – wird festgelegt, dass trotz der erhöhten Bundesbeteiligung bei den KdU keine Bundesauftragsverwaltung eintritt, sondern der aktuelle Zustand be-

halten wird. Hierzu gibt es eine grundsätzliche Fachdebatte, die sich beispielsweise um die Effizienz von sogenannten Mischfinanzierungen dreht. Durch Änderungen im parlamentarischen Verfahren legten die Bundestagsabgeordneten den Ländern schärfere Berichtspflichten auf. Hatte der Koalitionsentwurf noch vorgesehen, dass die Länder dem Bundesfinanzministerium „über ihr Vorgehen bei der Aufteilung der Mittel auf ihre Gemeinden“ zu berichten haben, ist nun ein längerer Bericht fällig. Zu berichten ist nunmehr „über die erfolgte Weitergabe des Bundes- und Landesmittel an die Gemeinden, ihr Vorgehen bei der Verteilung der Mittel und insbesondere über die jeweilige Höhe der ihnen bekannten Gewerbesteuererinnahmen und die jeweilige Höhe der ihnen bekannten Gewerbesteuererstattungen gemeindscharf für 2020“. Zudem stellten die Abgeordneten klar, dass die Zahlungen bis Ende des Jahres zu erfolgen haben, und präzisierten, welche von den Ländern bereits geleisteten Unterstützungen an die Kommunen anrechnungsfähig auf die noch zu zahlenden Beträge sind. In der Debatte im Bundestag richtete Sozialdemokrat Rohde einen Appell an die Kommunen: »Stellt eure Investitionstätigkeit nicht ein! Investiert weiter in eure Infrastruktur! Wir helfen euch in dieser finanziellen Not.« Mit der Übernahme der KdU werde insbesondere den Kommunen dauerhaft geholfen, „die es in Deutschland am schwersten haben“.

Für die AfD-Fraktion kritisierte Albrecht Glaser unter anderem, dass eine Bundesauftragsverwaltung im Zusammenhang mit der erhöhten KdU-Bundesbeteiligung ausgeschlossen wird. Das provozieren eine unwirtschaftliche Mittelverwendung. Eckhardt Rehberg (CDU) wies für die Union darauf hin, dass die kommunalen Mindereinnahmen in diesem Jahr tatsächlich sogar überkompensiert werden – „obwohl der Bund dieses Jahr Steuermindereinnahmen in einer Größenordnung von rund 80 Milliarden Euro hat“. Otto Fricke (FDP) betonte, es handle sich um einen Kompromiss, es sei keine „super Lösung“. Wichtig sei den Liberalen die Transparenz bei der Verteilung gewesen. Gesine Lötzsch (Die Linke) hob hervor, dass den Kommunen nicht nur Gewerbesteuererstattungen weggehen. Für diese Steuern gebe es keine Kompensationen. Sie forderte zudem eine Altschuldenregelung. Anja Hajduk (Bündnis 90/Die Grünen) lobte die erhöhte KdU-Bundesbeteiligung als „überfällig“. Auch Hajduk verwies auf eine notwendige Altschuldenregelung. Den Grundgesetzänderungen stimmten in namentlicher Abstimmung sämtliche Abgeordnete von Union, SPD, FDP, Linken und Grünen und ein AfD-Abgeordneter zu bei Gegenstimmen der übrigen AfD-Parlamentarier. Den einfachgesetzlichen Regelungen stimmten bei Enthaltung der Linken und Nein-Stimmen der AfD die übrigen Fraktionen zu. *Sören Christian Reimer*

Warum der Telekom-Chef verärgert war

PKW-MAUT Untersuchungsausschuss befragt die ausgeschiedenen Bieter

Im Sommer 2018 stellte T-Systems, einer der Bieter im Erhebungsverfahren für die Pkw-Maut, eine Frage, die in den Sitzungen des 2. Untersuchungsausschusses immer wieder zu reden gibt. Ob es möglich sei, die Zahlstellen des Lkw-Maut-Betreibers Toll Collect für die Erhebung der Pkw-Maut zu nutzen, wollte die Tochter der Deutsche Telekom AG auf der allen Bieter zugänglichen Plattform wissen. Und erhielt vom Bundesverkehrsministerium die Antwort, an den Zahlstellen dürfe ausschließlich die Infrastrukturabgabe, wie die Pkw-Maut hieß, erhoben werden. Eigenartig nur, dass das Verkehrsministerium später dem einzigen Bieter, der im Oktober 2018 ein finales Angebot abgab, dann doch die Möglichkeit einräumte, auf das Zahlstellennetz von Toll Collect zugreifen zu dürfen. Dies trug wesentlich dazu bei, dass das Konsortium aus CTS Eventim und Kapsch TrafficCom sein Angebot auf den vom Bundestag genehmigten Kostenrahmen drücken konnte. Wie die drei zuvor ausgeschiedenen Bieter darauf reagierten und warum sie kein finales Angebot abgaben, beleuchtete der Ausschuss in seiner jüngsten Sitzung. »Wenn man in einer Ausschreibung absagt, dann sagt man ab«, erklärte dabei Anne Grünhorn von der LogPay Financial Services

GmbH. Die VW-Tochter hatte sich zusammen mit mehreren Partnern an der Ausschreibung beteiligt, war aber am 31. Juli 2018 aus dem Verfahren ausgeschieden. Damit sei für sie die Angelegenheit beendet gewesen, machte die Zeugin vor dem Ausschuss deutlich. Den Verzicht auf die Abgabe eines finalen Angebots begründete sie damit, dass die im Vertrag vorgesehene gesamtschuldnerische Haftung für das Konsortium nicht akzeptabel gewesen sei. Haftungsfragen gaben auch für die zum Bertelsmann-Konzern gehörende Arvato infoscience GmbH und ihren Partner, den IT-Konzern IBM, den Ausschlag, sich aus dem Rennen zurückzuziehen. Im Falle einer Verzögerung hätte eine Vertragsstrafe in dreistelliger Millionenhöhe gedroht, wie Arvato-Vetreter Kay Dallmann den Abgeordneten schilderte. Anders als LogPay hielt sich Arvato aber ein Hintertürchen offen. Am 17. September 2018 schrieb das Unternehmen dem Verkehrsministerium, es bitte um Mitteilung, falls es zu „signifikanten Änderungen“ der Ausschreibungsbedingungen kommen sollte. Tatsächlich trat das Ministerium in Verhandlungen mit CTS Eventim/Kapsch TrafficCom ein, in deren Verlauf es zu Änderungen kam: Das Konsortium erhielt nicht nur Zugang zum Zahlstel-

lenetz von Toll Collect, sondern auch mehr Unterstützung bei den Portokosten. Diese stellten einen erheblichen Kostenpunkt dar, weil geplant war, sämtliche Autobesitzer in Deutschland anzuschreiben. Aufmerksam verfolgt wurde diese Entwicklung bei der Deutsche Telekom AG. Denn laut dem Telekom-Vorstandsvorsitzenden Timotheus Höttes war es genau diese „extrem hohe Aufbaupostenstruktur“, die den Ausschlag dafür gab, dass der Vorstand des Konzerns am 7. August 2018 beschloss, kein finales Angebot abzugeben. Höttes sprach vor dem Ausschuss von Anlaufkosten von 250 Millionen Euro, von denen der Bund ursprünglich nur 50 Millionen Euro tragen wollte. Allerdings war der Telekom-Chef von der Bewerbung ohnehin nicht überzeugt. Es habe hohe Haftungsrisiken gegeben, und die Pkw-Maut habe auch nicht zum strategischen Ziel der Telekom gepasst, sich als Anbieter digitaler Plattformen zu profilieren, sagte Höttes. Priorität habe zudem die gleichzeitig laufende Ausschreibung um die Toll Collect GmbH gehabt. Diese Bewerbung blieb erfolglos, weil der Bund entschied, die für die Lkw-Maut zuständige Gesellschaft selbst zu behalten. Am 13. August 2018 informierte Höttes nach eigenen Angaben Bundesverkehrsmini-

ster Andreas Scheuer über die Entscheidung, nicht um die Erhebung der Pkw-Maut zu bieten. Dies sei „aus Höflichkeit“ gegenüber dem größten Aktionär des Konzerns erfolgt, sagte Höttes. Seine Aussage widerspricht der bisherigen Darstellung des Ministeriums, wonach Scheuer mit Höttes nicht über die Pkw-Maut sprach. **Aufklärungsbitte** Erledigt war die Angelegenheit für die Telekom damit noch nicht. Denn als Anfang 2019 deutlich geworden sei, dass die Anforderungen tatsächlich verändert worden seien, „haben wir im Vorstand sehr verärgert über diese Situation diskutiert“, berichtete Höttes. Dennoch habe das Gremium darauf verzichtet, eine Klage einzureichen oder Schadenersatz zu fordern. Stattdessen habe T-Systems einen Brief an das Ministerium mit der Bitte um Aufklärung geschrieben und dabei erwähnt, dass sich der Konzern juristische Schritte vorbehalten – eingeleitet wurden diese jedoch nicht. *Christian Hunziker*



DAS LEBEN ÄNDERT SICH
Bitte benachrichtigen Sie uns bei:
Namensänderung
Adressänderung
Änderung der Bankverbindung
Telefonisch unter: 089-85853832,
via E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de
oder online unter:
www.das-parlament.de/aboservice

AUFGEKEHRT

Siegen lernen von Karl

Armin Laschet gilt als Bewunderer Karl des Großen. Das gehört sich auch so für einen Politiker, der am Rhein residiert und der in Aachen, der ehemaligen Kaiserpfalz des fränkischen Herrschers, geboren wurde. Vor allem dann, wenn man sich zu höheren Ämtern berufen fühlt. In der Staatskanzlei in Düsseldorf hat der nordrhein-westfälische Landesvater sogar eine goldene Karls-Büste aufstellen lassen. Da trifft es sich gut, dass Laschets Bruder Patrick einen detaillierten Stammbaum erstellt hat, der über 40 Schritte von den Laschet-Brüdern bis zum großen Frankenkönig reicht. Bei einem so berühmten Vorfahren in der Ahnengalerie sollte Laschets Bewerbung um den CDU-Vorsitz eigentlich ein Selbstläufer sein. Zumindest demonstrierte Karl der Große recht eindrucksvoll – wenn auch recht brachial –, wie man mit den renitenten Sachsen umzuspringen hat. Dieser germanische Stamm siedelte damals nicht etwa zwischen Dresden und Leipzig, sondern im heutigen Niedersachsen und jenen Teilen Nordrhein-Westfalens, zu denen auch das Sauerland gehört, das Laschets Mitbewerber Friedrich Merz seine Heimat nennt. In Acht nehmen vor dem Aachener sollte sich auch Markus Söder. Sonst könnte es ihm ergehen wie einst Tassilo III.. Als dieser bayerische Herzog sich permanent weigerte, Karl bei seinen Eroberungszügen zu unterstützen, und schließlich gar mit dem Feind gemeinsame Sache machte, rückte der Franke kurzerhand in Bayern ein, steckte Tassilo ins Kloster und gliederte das Herzogtum in sein Reich ein. Vorbei war es mit der bayerischen Eigenständigkeit. Von Karl dem Großen lernen, heißt eben siegen lernen. *Alexander Weinlein*

VOR 30 JAHREN...

Gemeinsamer SPD-Kurs

27.9.1990: Zusammenschluss von Ost- und West-SPD „Ich werde nie vergessen, wie Willy Brandt mich als Vorsitzender der Ost-SPD umarmte, um die Vereinigung auch emotional zu vollziehen, und ihm dabei die Tränen kamen.“ So erinnerte sich Wolfgang Thierse vor einigen Jahren an den 27. September 1990. Damals – sechs Tage vor der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober – be-



Willy Brandt (links) und Wolfgang Thierse auf dem SPD-Vereinigungsparteitag

schlossen Ost- und West-SPD bei einem gemeinsamen Parteitag in Magdeburg ihren Zusammenschluss. Für Thierse, der zum Stellvertreter von Parteichef Hans-Jochen Vogel gewählt wurde, eine „schöne politische Selbstverständlichkeit“, nachdem die Sozialdemokratie 43 Jahre lang in der DDR verboten war. In ihrem „Manifest zur Wiederherstellung der Einheit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, das die Delegierten einstimmig verabschiedeten, hieß es: „Die SPD ist vom heutigen Tage an wieder, was sie seit ihrer Gründung vor weit über einhundert Jahren hat sein wollen: Die Partei der sozialen Demokratie für das ganze Deutschland.“ Doch nicht alle ließen sich von der Aufbruchsstimmung anstecken. Willi Polte etwa, damals SPD-Vorsitzender in Magdeburg, beschrieb die Stimmung in Teilen der SPD so: „Die Euphorie in der West-SPD ist nicht in dem Maße zu spüren gewesen, wie ich sie mir gewünscht hätte.“ Insbesondere Oskar Lafontaine, der vom Parteitag mit 470 von 476 Stimmen als Kanzlerkandidat bestätigt wurde, habe die Wiedervereinigung immer kritisch gesehen – und daraus keinen Hehl gemacht. Das habe die Ost-SPD nicht kalt gelassen. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: DER VERHÜLLTE REICHSTAG AUF DER EINHEITSEXPO



Der „City-Cube“ des Bundestages mit Fotografien des „Verhüllten Reichstags“ bei der Freiluft-Ausstellung zum Tag der Deutschen Einheit in Potsdam. © Julia Nowak

»Für unsere Demokratie, für unser Land, für alle«

Etwa fünf Millionen Menschen sollen im Sommer 1995 den „Verhüllten Reichstag“ in Berlin gesehen haben, eine der längst legendären Projekte des Künstlerpaars Christo und Jeanne-Claude. 25 Jahre danach faszinieren Großfotos des eingepackten Bauwerks vergangene Woche Berliner Jugendliche einer Wilmsdorfer Sekundarschule, die auf dem Luisenplatz in der Potsdamer Innenstadt vor dem Beitrag des Bundestages zur „EinheitsEXPO“ stehen. In dieser „weiträumigen Ausstellung unter freiem Himmel“ präsentieren sich in Brandenburgs Landeshauptstadt seit dem 5. September neben den 16 Bundesländern auch mit Bundespräsident, Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht die Verfassungsorgane sowie weitere Partner mit Installationen, Exponaten oder sogenannten City-Cubes. Damit begehrt das Land Brandenburg als Gastgeber der diesjährigen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober den 30. Jahrestag der Wiedervereinigung an Stelle des traditionellen Bürgerfestes, auf das pandemiebedingt verzichtet werden musste.

Der Bundestag zeigt an seinem „City-Cube“ in einer Lichtprojektion großflächige Aufnahmen des von Christo und Jeanne-Claude eingepackten Reichstagsgebäudes – Bilder des Fotografen Wolfgang Volz, die es den Wilmsdorfer Schülern sichtlich angetan haben. Sie sollen ein Video über einen der Ausstellungsbeiträge drehen; entschieden haben sie sich für die Bundestagspräsentation, die die 15-jährige Kathy „voll interessant“ findet. Der ein Jahr jüngere Felix ergänzt: „Dass es möglich war, das so einzupacken!“ Naturgemäß konnte nur das Werk vor einem Vierteljahrhundert nicht selbst bewundern, aber seine Oma habe ihm davon erzählt: „Die war dort.“ Nicht vor Ort dabei waren damals auch die drei älteren Damen aus Süddeutschland, die die Aufnahmen vom verhüllten Reichstag vor 25 Jahren „leider nur aus der Ferne“ sehen konnten. Aber selbst die Bilder von der Verhüllung findet die 62 Jahre alte Maria Tripolt „so eindrucksvoll“ und ihre Präsentation „heute wichtiger denn je“. Schließlich sei das Reichstagsgebäude „so geschichtsträchtig“ und „vor kurzem fast gestürzt worden“. Für umso dringlicher

hält sie es, „die Bedeutung des Bauwerks für unsere Demokratie herauszustellen, für unser Land, für alle“. Damit dürfte sie nahe bei Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) sein, der in seinem Grußwort daran erinnert, dass die „Verhüllung des geschichtsträchtigen Reichstagsgebäudes“ fünf Jahre nach der Wiedervereinigung „den Deutschen Wochen unbeschwerter Freude geschenkt und aller Welt ein friedliches, fröhlich und ungezwungen feierndes Deutschland gezeigt“ habe. Christo, der Ende Mai im Alter von 84 Jahren gestorben ist, habe zusammen mit seiner 2009 verstorbenen Frau Jeanne-Claude ein „Ausnahmekunstwerk für unser Land“ geschaffen: „Das Erlebnis des silbernen schimmernden Reichstagsgebäudes ist Teil der Geschichte unseres Landes und unseres Parlaments geworden.“ Der Bundestags-Cube, an dem auch ein kurzer Zusammenschmitt eines Dokumentarfilms von 1996 über den „Verhüllten Reichstag“ gezeigt wird, ist wie die gesamte Ausstellung unter dem Motto „30 Jahre – 30 Tage – 30 x Deutschland“ bis zum 4. Oktober zu sehen. *sto*

LESERPOST

Zur Ausgabe 38 vom 14. September 2020, „Blicke in die Röhre“ auf Seite 1: Wie vordergründig ist denn das: Der Fall Nawalny wird von einigen deutschen und europäischen Politikern benutzt, um mit einer möglichen Sanktion gegen Russland die Fertigstellung des Projekts „Pipeline Nord Stream 2“ zu verhindern. In Wirklichkeit wollen diese Politiker damit verschleiern, dass sie handelspolitisch von den USA erpressbar sind und das auch hinnehmen. Entweder das teure Fracking-Gas (LNG) von den USA abnehmen oder einen möglichen Handelskrieg riskieren? Die USA wollen mit dieser Drohung unbedingt ihr Flüssigerdgas auf dem europäischen Markt verkaufen und die deutsch-russische Energiepartnerschaft nachhaltig stören. Wie weit das bereits geschehen ist, zeigt sich an den im Bau befindlichen LNG-Terminals in Brunsbüttel, Stade und Wil-

helmshaven. Auch wenn heute wirtschaftliche Interessen und politische Positionierungen immer mehr der internationalen Verflechtung unterliegen, so wäre es unklug, Nord Stream 2 als Wirtschaftsjahrprojekt zu stoppen. Uns geht es, genau wie den USA, lediglich um geschäftliche Interessen, denn Nord Stream 2 wurde erst verhältnismäßig spät von bestimmten Kreisen zu einem Politikum gemacht. Für Deutschland ist trotz aller Differenzen ein vertrauensvolles Verhältnis zu den USA wichtig, aber genauso wichtig ist ein gutes Nachbarschaftsverhältnis mit Russland, und darum muss auch die EU bemüht sein. *Hans-Dieter Seul, Berlin-Lichterfelde*

Zum selben Artikel und auf der gleichen Seite „Spur der Gewalt“: Berlin zeigt nach Moskau und Moskau

zeigt nach Berlin, alles wie immer, trotz Corona! Einer behauptet etwas, der andere blockt ab oder stellt sich gar strohdumm, dann geht das Ganze wieder mit einem kalten Schulterzucken erstmal wieder zurück und dann hin und her und hin und her! Die Politik betreibt ein perfides, polemisches, abschreckendes Spielchen. Wo denn nun der Hund, beziehungsweise die Wahrheit bereits begraben liegen könnte, wissen wahrscheinlich nicht mal die Götter, oder die blocken sicherheitsshalber auch voll ab! *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

Zur Diskussion um eine Beschränkung des Demonstrationsrechts am 29. August 2020 in Berlin: In der Tat, ein notwendiger Tatbestand wegen steigender Fallzahlen in einer

schweren Krise. Die Wirtschaft befindet sich auch in der größten Rezession nach dem Zweiten Weltkrieg! Hier war klares Handeln mit Vernunft, Augenmaß und Besonnenheit angesagt. Danke! Im Falle dieser schweren Pandemie weltweit muss das Demonstrationsrecht ausgesetzt werden: Für mehr Mitmenschlichkeit, Solidarität, Respekt und Toleranz. Ich appelliere hier an die Vernunft eines jeden Menschen für mehr solidarische Souveränität! Man sollte einmal über den Tellerrand in unsere komplexe Welt blicken, wie streng dort oft die A-H-A-Regeln durchgesetzt und auch eingehalten werden – und wie hoch dort die Strafen gegen Leugner und Verschwörungstheoretiker sind: „Leben und leben lassen!“. Wir sind ein Rechtsstaat! *Ursula Reichert, Hanau*

SEITENBLICKE



... AUFNAHME VON FLÜCHTLINGEN?
VON MIR AUS KÖNNTEN SIE DIE ALLE HINTER DEN MOND SCHIEßEN.
... AUF DIE VENUS?
DA SOLL ES ABER AUCH NICHT BESSER SEIN, ALS AUF LESBOS...



PERSONALIA

**>Horst Jungmann
Bundestagsabgeordneter 1976-1994, SPD**

Am 24. September vollendet Horst Jungmann sein 80. Lebensjahr. Der Regierungsinspektor der Bundeswehrverwaltung aus Wittmoldt/Kreis Plön trat 1966 der SPD bei und war von 1970 bis 1976 Vorsitzender des Ortsvereins Ratensdorf-Wittmoldt. 1970/71 sowie von 1974 bis 1976 gehörte er dem Kreistag in Plön an. Im Bundestag arbeitete der langjährige Verteidigungsexperte seiner Fraktion überwiegend im Verteidigungsausschuss mit.

**>Klaus-Dieter Feige
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, Bündnis 90/Die Grünen**

Klaus-Dieter Feige wird am 30. September 70 Jahre alt. Der promovierte Mathematiker aus Parchim gehörte im November 1989 zum Gründerkreis der Grünen Partei in der DDR und war deren Landessprecher in Mecklenburg-Vorpommern. Von 1996 bis 1998 war er Mitglied des Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen. 2012 verließ er seine Partei. Von 2004 bis 2014 engagierte sich Feige kommunalpolitisch, unter anderem als Mitglied des Kreistags in Parchim-Ludwigslust. Im Bundestag wirkte der umweltpolitische Sprecher und von 1992 bis 1994 amtierende stellvertretende Vorsitzende seiner Bundestagsfraktion im Verkehrs- sowie im Umweltausschuss mit.

**>Hedi Wegener
Bundestagsabgeordnete 1998-2009, SPD**

Hedi Wegener begeht am 1. Oktober ihren 75. Geburtstag. Die Diplom-Sozialpädagogin aus Kirchgellersen/Kreis Lüneburg trat 1975 der SPD bei und war von 2007 bis 2009 Vorsitzende des dortigen SPD-Unterbezirks. Von 1995 bis 2007 gehörte sie dem niedersächsischen Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen und von 2000 bis 2007 dem Bundesvorstand an. Von 1986 bis 2002 war sie Ratsfrau der Samtgemeinde Gellersen und amtierte dort 1994 bis 1996 als Bürgermeisterin. Wegener engagierte sich im Bundestag im Rechts-, im Verteidigungs- sowie im EU-Ausschuss. Von 2006 bis 2009 gehörte sie der Parlamentarischen Versammlung der OSZE an.

**>Werner Dörflinger
Bundestagsabgeordneter 1980-1998, CDU**

Am 2. Oktober vollendet Werner Dörflinger sein 80. Lebensjahr. Der Redakteur aus Waldshut-Tiengen schloss sich 1961 der CDU an, war von 1967 bis 1991 stellvertretender Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Waldshut sowie von 1991 bis 1993 Vorsitzender. 2020 zog er sich aus der lokalen Parteiliste zurück. Dörflinger, von 1975 bis 1983 Erster Beigeordneter und Bürgermeister seiner Heimatstadt und dort seit 1965 auch kommunalpolitisch aktiv, war von 1989 bis 1994 zudem Mitglied des Waldshuter Kreistags und gehörte seit 1989 zudem der Regionalverbandsversammlung Hochrhein-Bodensee an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Waldshut arbeitete im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit, dessen Vorsitz er von 1992 bis 1998 inne hatte. Sein Sohn Thomas war von 1998 bis 2017 CDU-Bundestagsabgeordneter und vertrat gleichfalls den Wahlkreis Waldshut. *bmh*

Lammert-Porträt in Kunstgalerie

KUNST Die Gemäldegalerie mit Porträts einstiger Bundestagspräsidenten ist wieder komplett: Den jüngsten Neuzugang verzeichnete die Sammlung im Paul-Löbe-Haus des Bundestages vergangene Woche mit einem Porträt des ehemaligen Parlamentspräsidenten Norbert Lammert (CDU) aus der Hand des in Essen geborenen Künstlers Oliver Jordan. Er habe Lammert als „zugänglichen Politiker und Menschen“ darstellen wollen. *sto*



Norbert Lammert; Porträt von Oliver Jordan

len, „der für die Demokratie brennt, der auf Augenhöhe seinen Mitmenschen begegnen will“, sagte Jordan bei der Aufnahme des Gemäldes in die Galerie. Lammert, der von 2005 bis 2017 Präsident des Bundestages war, betonte, gute Fotos „zeigen einen Menschen, wie er aussieht, und gute Porträts zeigen ihn, wie er ist – jedenfalls, wie er wahrgenommen wird“ und „jedenfalls anders, als man das von einem Foto erwartet“. Sein Amtsnachfolger, der amtierende Parlamentspräsident Wolfgang Schäuble (CDU), unterstrich, nichts spiegele „besser die Persönlichkeit wider als ein Porträt“. Die Galerie umfasst Porträts aller zwölf früheren Bundestagspräsidentinnen und -präsidenten seit 1949. *sto*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 5. Oktober.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 28.9. – 2.10.2020

Einbringung Bundeshaushalt 2021 (Di), Generaldebatte (Mi), 30 Jahr Deutsche Einheit (Fr).

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Ralph Brinkhaus, CDU:

Es tut uns allen gut, auch ein wenig langfristiger zu denken



Ralph Brinkhaus (*1968)
Wahlkreis Gütersloh I

Es ist in der Tat eine ungewöhnliche Debatte, die wir jetzt führen. Es sind ungewöhnliche anderthalb Tage. Normalerweise sprechen wir, wenn wir hier sitzen, über Gesetze, über den Haushalt, manchmal auch über aktuelle Ereignisse. Aber dass wir uns jetzt vorgenommen haben, anderthalb Tage über die Zukunft, über die weite Zukunft zu sprechen, über Dinge zu sprechen, die uns selbst vielleicht gar nicht mehr betreffen, sondern kommende Generation betreffen, das ist mehr als bemerkenswert. Ich glaube, in einer Zeit des seriellen Alarmismus, wo man jede Woche ein Thema hat, dazu drei Talkshows, fünf Leitartikel und in der nächsten Woche wieder ein neues Thema, ist es gut und richtig, dass der Deutsche Bundestag auch einfach mal die langen Linien zieht. Und wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf: Ich glaube, wenn wir bei dem einen oder anderen Thema die langen Linien früher gezogen hätten, dann hätten wir jetzt nicht Alarmentscheidungen treffen müssen, egal ob im Bereich Migration oder Klima. Ich denke, es tut uns allen gut, auch einmal ein wenig langfristiger zu denken. Es wurde im Vorfeld der Debatte geschrieben: Ja, jetzt treffen die sich, und dann reden die dann einfach mal. Was soll das überhaupt? – Also, erstens ist das nicht richtig; darauf werde ich gleich noch kommen. Und zweitens: Wo, wenn nicht hier im freigeählten deutschen Parlament und im Deutschen Bundestag, ist denn eigentlich der Ort für langfristig

ausgerichtete gesellschaftliche Debatten? Natürlich müssen wir vor jeder demokratischen Entscheidung hier diskutieren und vielleicht auch mal fernab von konkreten Gesetzen diskutieren, meine Damen und Herren. Ich denke, das ist sehr, sehr wichtig. Deswegen ist es gut, dass wir diese langen Linien ziehen; deswegen ist es gut, dass wir jetzt über Nachhaltigkeit sprechen. Ich möchte das verbinden mit einem ganz dicken Dankeschön an unseren Koalitionspartner, Kollege Miersch. Wir haben uns ganz, ganz schnell geeinigt, dass das wichtig ist und wir das zusammen auf den Weg bringen wollen. Wir mussten da aber auch Überzeugungsarbeit leisten. Ich möchte mich aber auch ausdrücklich bei der Opposition bedanken; denn Sie haben das Thema wirklich angenommen. Sie haben eine Vielzahl von Anträgen gestellt. Sie werden verstehen, dass ich die notwendigerweise nicht alle gut finde. Aber das macht die Debatte ja aus, dass man intensiv versucht, mit Anträgen irgendwelche neuen Entwicklungen anzustoßen. Deswegen ganz, ganz herzlichen Dank an die Opposition und an unseren Koalitionspartner, dass es möglich ist, jetzt anderthalb Tage lang diese Debatte zu führen. Wir haben ganz bewusst das Thema Nachhaltigkeit gewählt, das weiter gegriffen ist – zumindest analog den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen – als das Thema Klima. Das soll das Thema Klima, liebe Kolleginnen und Kollegen, überhaupt nicht kleinmachen; denn ich glaube, es ist ein entscheidendes und wichtiges Thema. Ich glaube, wir haben dort mehr gemacht, als das manchmal in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Aber wir haben – und da beißt die Maus keinen Faden ab – auch noch nicht genug gemacht, und wir waren nicht schnell genug. Deswegen wird das Thema Klima natürlich eine zentrale Rolle spielen. Aber ich habe mal gesagt: Klimapolitik ist mehr als Dekarbonisierung, Umweltpolitik ist mehr als Klimapolitik, und Nachhaltig-

keitspolitik ist mehr als Umweltpolitik. Ich glaube, diesen breiten Fokus, den sollten wir auch haben, und wir sollten ganz klar sagen: Klar ist Dekarbonisierung wichtig. Überhaupt kein Widerspruch! Aber wenn wir über Klima reden, müssen wir auch über Resilienz reden, über neue städtebauliche Konzepte, über eine neue Wasserwirtschaft oder – wie wir das in dieser Woche sehr, sehr intensiv tun – über den Wald. Das heißt, da gibt es ganz, ganz viele Punkte. Wenn wir über Umweltpolitik reden, dann geht es natürlich nicht nur um Klima, sondern da geht es um Biodiversität, da geht es um Effizienz und Kreislaufwirtschaft und auch darum, was unsere Umwelt mit ihren Veränderungen für die Gesundheit des Menschen macht; denn der Mensch muss immer im Mittelpunkt unserer Politik stehen. Nachhaltigkeit sind so unendlich viel mehr Themen als Umwelt; das zeigen ja die Nachhaltigkeitsziele. Es geht um Armut, es geht um Gerechtigkeit, es geht um Teilhabe, es geht um Bildung, es geht um neue Technologien, ja, und es geht auch um finanzielle Solidität. Es hört nicht jeder so ganz gerne, dass das auch was mit Nachhaltigkeit zu tun hat; aber das ist in der Union unser entsprechender Ansatz auch in der Haushaltspolitik. Also: Nachhaltigkeit ist ein ganz, ganz weites Thema, ein ganz, ganz weites Feld. Wir haben politische Instrumente, mit denen wir dieses Feld bearbeiten können. Ich möchte das am Beispiel Klima deutlich machen. Wir haben natürlich Verbote und Regulierungen; gefällt uns als Union nicht ganz so gut. Wir wissen aber auch, dass es Situationen gibt, wo nur Verbote und Regulierungen helfen. Was wir als Partei der sozialen Marktwirtschaft viel, viel besser finden, sind natürlich Marktinstrumente, ist Wettbewerb; das ist richtig gut. Deswegen ha-

Wir haben politische Instrumente, mit denen wir dieses Feld bearbeiten können.

ben wir uns ja auch beim Klimapakete dafür eingesetzt, dass wir den Zertifikatehandel auf weitere Bereiche ausdehnen. Wir würden uns wirklich wünschen, dass die Europäische Union diesem Weg folgt, weil wir glauben: Markt ist das effizienteste Mittel, um hier etwas zu erreichen. Im Schlepptau des Marktes gibt es Technologie und Innovation. Ich glaube, gerade im Bereich „Kampf gegen den Klimawandel“ können wir unglaublich viel erreichen, wenn wir uns nicht einengen, sondern technologieoffen sind, wenn wir auch über Wasserstoff und viele, viele andere Sachen reden. Um die Debatte jetzt nicht alleine aufs Klima zu fokussieren: Technologie ist eine Lösung auch für viele Bildungsfragen. Wir haben jetzt in der Pandemie eins gelernt: dass Bildung digitaler werden muss. Das verschafft ganz neuen Schichten Zugang zu Bildung. Das gibt uns übrigens auch die Möglichkeit, dass wir viel individueller auf das einzelne Kind, auf den einzelnen Menschen eingehen können. Deswegen sollten wir weniger über Regulierung sprechen, sondern wir sollten mehr über Technologie und Innovation sprechen. Jetzt muss man aber in der ganzen Nachhaltigkeitspolitik natürlich eins im Blick behalten, und auch das möchte ich am Beispiel Klima erläutern: Wir müssen aufpassen, dass aus Nachhaltigkeit, dass aus Klimapolitik kein Elitenprojekt wird. Wir haben als Union den Anspruch, dass wir Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Klimapolitik machen, die genauso getragen wird vom Autoarbeiter im Saarland, der am Verbrennungsmotor arbeitet, wie vom Lehrer, der in Prenzlauer Berg wohnt. Das ist das Entscheidende: dass wir alle irgendwo mit einbinden, meine Damen und Herren. Warum ist das entscheidend? Das kann ich genau sagen: weil wir aufpassen müssen, dass wir über dieses Thema nicht Verlierer produzieren und die Gesellschaft spalten. Wir müssen aufpassen, dass wir über eine Spaltung der Gesellschaft nicht in eine Situation hineinfluten, wo bei eventuellen Regierungswechseln das Nachhaltigkeitskonzept, das langfristig ist, wieder komplett infrage gestellt wird. „Rein und raus“ funk-

tioniert bei Nachhaltigkeit nicht, meine Damen und Herren. Wir müssen da die lange Linie ziehen. Dafür brauchen wir eine gesellschaftliche Mehrheit. Und wir müssen vor allen Dingen auch auf eins achten: Nachhaltigkeit fängt nicht in der Politik an, sondern bei jedem Einzelnen. Das hat was mit Eigenverantwortung zu tun; im Englischen würde man sagen „ownership“. Aber dafür müssen wir die Breite der Bevölkerung mitnehmen. Wir können nicht sagen: Diejenigen, die das momentan nicht wollen, die sollen das mal irgendwann lernen, und wir werden es ihnen beibringen. – Deswegen sind wir als Union vielleicht manchmal etwas langsamer als andere. Aber wir sind sehr inklusiv bei der Sache. Wenn wir irgendwo einen Weg gehen, dann sehen wir zu, dass wir die meisten in der Bevölkerung hinter uns haben, meine Damen und Herren. Strich drunter. Was soll von diesen anderthalb Tagen bleiben? Abgesehen von den Anträgen, die wir gestellt haben – auch hier noch mal herzlichen Dank an unseren Koalitionspartner –, die Sie gestellt haben, abgesehen davon, dass wir viele, viele Anregungen mitnehmen für unsere Ausschussarbeit in den nächsten zwölf Monaten, ist mir wichtig, dass Folgendes bleibt: Erstens denke ich mal, dass wir auf Sicht – das werden wir nicht sofort schaffen – alle Gesetze daraufhin überprüfen sollten, welchen Nachhaltigkeitseffekt sie haben. Wir sollten diese Legislaturperiode dazu nutzen, die entsprechenden Verfahren festzulegen, und wir sollten in der nächsten Legislaturperiode damit anfangen, den Generationengerechtigkeitscheck für jedes Gesetz vorzunehmen, das wir auf den Weg bringen, meine Damen und Herren. Zweitens bin ich der Meinung, wir als Parlament müssen uns mehr als Controlling-Instanz verstehen, als das in der Vergangenheit viel-

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

leicht der Fall war. Wir haben Nachhaltigkeitsziele, und wir haben Gesetze auf den Weg gebracht; jetzt müssen wir auch überwachen, was aus diesen Nachhaltigkeitszielen wird. Deswegen möchten wir, dass die Bundesregierung mindestens einmal – besser wäre noch öfter – in einer Le-

gislaturperiode einen Bericht vorlegt, wie es um die Nachhaltigkeitsziele steht, wie weit wir gekommen sind, damit wir als Parlament dann auch entsprechend gegensteuern können.

Der dritte Wunsch ist: Wenn wir uns mit diesem Thema beschäftigen, sollten wir das nicht donners-

tagabends um 22.30 Uhr machen. Vielmehr sollten wir das wirklich ins Zentrum unserer Debatten stellen und versuchen, einen Mechanismus zu etablieren und analog zu den Haushaltswochen, für die wir uns zwei Wochen im Jahr Zeit nehmen, auch Nachhaltigkeitswochen hier im Deut-

schon Bundestag einzuführen. Jetzt sind es anderthalb Tage; das hat ein bisschen was mit der Pandemie zu tun, das hat ein bisschen was damit zu tun, dass wir noch am Anfang sind und lernen, wie so was geht. Aber ich möchte, dass aus diesem Lernen etwas Großes wird und dass für kommende Le-

gislaturperioden absolut klar ist: Einmal im Jahr beschäftigt sich der Deutsche Bundestag intensiv und nachhaltig mit Nachhaltigkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Carsten Träger [SPD])

Dr. Alice Weidel, AfD:

Sie ruinieren das Rückgrat unserer Volkswirtschaft



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Substanz betreiben. Deshalb ist Umwelt- und Naturschutz ein zutiefst konservatives Anliegen. Umso verhängnisvoller ist es, dass dieses Anliegen von grünen und linken Ökomarxisten gekapert und in sein Gegenteil verkehrt wurde und dass die Union einfach mitmacht.

Die Folge ist eine dialektische Umwertung und Begriffsverdre-

Nachhaltigkeit, das ist einer der am meisten missbrauchten Begriffe unserer Zeit. Nachhaltigkeit ist eine konservative Idee, die im Kern besagt: verantwortungsvoll handeln, in Generationen denken, Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen erhalten und keinen Raubbau an der

Grundlagen unseres Wohlstands, Lähmung produktiver wirtschaftlicher Kräfte, die für die Herausforderungen der Zukunft fehlen. Sie verschandeln unsere Wälder und Landschaften mit Windrädern, die unzählige Greifvögel und Insekten töten, und wissen doch nicht, wo in Zukunft sicherer und bezahlbarer Strom für Haushalte und Un-

ternehmen herkommen soll, vom enormen Zusatzbedarf für E-Mobilität ganz zu schweigen.

Sündenfall Nummer eins: Klimaschutz und Energiewende. Sie vergeuden Aber milliarden Euro für die Illusion, Deutschland könnte durch die Schleifung seines industriellen Kerns das Klima beeinflussen. Das Ergebnis ist eine gigantische Verschwendung und Fehlallokation von Ressourcen und die

Sie missbrauchen die Bilder aus Moria, um den eigenen Bürgern ein zweites 2015 aufzuzwingen.

Der zweite große ordnungspolitische Sündenfall: die Euro-Rettung und der Umgang mit der Coronakrise. Schuldenberge, Rettungspakete und Rekordsteuern sind das genaue Gegenteil von Nachhaltigkeit. Es sind Aber milliarden Euro, die Sie per Federstrich verschenken, die aber hierzulande fehlen. Der als Krisenbewältigung getarnte Geldsozialismus der EZB bedeutet die Verarmung von Mittelstand und Mittelschicht durch Inflation und finanzielle Repression, schleichende Verstaatlichung, vernichtete selbstständige Existenzen. Und Sie lernen nicht aus Ih-

ren Fehlern. Sie missbrauchen die Bilder aus Moria, um den eigenen Bürgern ein zweites 2015 aufzuzwingen.

Die Kosten der faktisch unbegrenzten Migration sprengen die Sozialsysteme und zerstören die Grundlage unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prosperität. Der damit verbundene Verlust von Meinungsfreiheit und Sicherheit unterhöhlt die Fundamente der demokratischen Republik. Eine hypermoralische Migrationspolitik, die Recht und Gesetz aushebelt und die Fakten und die Grenzen der Belastbarkeit ignoriert, spaltet die Gesellschaft, und sie spaltet Europa.

Wer unbegrenzt die Armut dieser Welt importiert, hilft den Armen nicht, sondern verarmt selbst und kann am Ende keinem mehr helfen. Nur ein Land, das seine eigenen Interessen kennt und vertritt, das seinen Wohlstand bewahrt und mehrt, kann seinen Platz in der Welt behaupten und Verantwortung für andere wahrnehmen. Sie aber tun das genaue Gegenteil, und das ist gerade nicht nachhaltig.

Die Kosten der faktisch unbegrenzten Migration sprengen die Sozialsysteme und zerstören die Grundlage unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prosperität. Der damit verbundene Verlust von Meinungsfreiheit und Sicherheit unterhöhlt die Fundamente der demokratischen Republik. Eine hypermoralische Migrationspolitik, die Recht und Gesetz aushebelt und die Fakten und die Grenzen der Belastbarkeit ignoriert, spaltet die Gesellschaft, und sie spaltet Europa.

Wer unbegrenzt die Armut dieser Welt importiert, hilft den Armen nicht, sondern verarmt selbst und kann am Ende keinem mehr helfen. Nur ein Land, das seine eigenen Interessen kennt und vertritt, das seinen Wohlstand bewahrt und mehrt, kann seinen Platz in der Welt behaupten und Verantwortung für andere wahrnehmen. Sie aber tun das genaue Gegenteil, und das ist gerade nicht nachhaltig.

Stand Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit haben, miteinander ringen müssen.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Matthias Miersch, SPD:

Nachhaltig kann alles und nichts sein



Matthias Miersch (*1968)
Wahlkreis Hannover-Land II

Beispiel dafür, wie es nicht geht. Sie sind diejenigen, die weiter auf Atomkraft setzen wollen, durch die wir 30 000 Generationen nach uns Müll hinterlassen. Alles andere als nachhaltig, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kollege Brinkhaus, ich bin Ihnen dankbar für die Initiative, die wir gemeinsam ergriffen haben. Ich finde, wir müssen lernen – da ich bin voll bei Ihnen; wir als Parlamentarier müssen das kontinuierlich machen; ich freue mich auch immer, das von Ihnen zu hören –, dass wir selbstbewusste Parlamentarier sind; deswegen will ich hier vielleicht etwas unangenehm für die Koalition werden. Ich finde, wir als frei gewählte Abgeordnete haben die volle Verantwortung, eine solche Debatte dann auch konkret zu führen.

Wir haben bei Nachhaltigkeit ein Problem: Nachhaltig kann alles und nichts sein. Die Frage, wie es konkret werden kann, ist eine, die im politischen Raum eigentlich die entscheidende ist. Selbst die globalen Nachhaltigkeitsziele – Stichwort „Bekämpfung des Hungers in der Welt“ – kann man locker unterschreiben. Die Frage ist: Wie komme ich da hin? Ich kann leidenschaftlich über Ziele 2030, 2040, 2050 streiten und damit den Versuch unternehmen, von meinen eigenen Unzulänglichkeiten abzulenken.

Deswegen ein paar sehr konkrete Punkte vonseiten der SPD-Bundestagsfraktion zum Auftakt dieser Debatte. Ich will Ihnen am Anfang sagen, dass ich merke, dass wir, CDU/CSU und SPD, bezüglich einer Gewichtung, welchen

Stand Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit haben, miteinander ringen müssen.

Wenn ich beispielsweise höre, dass die schnelle Inkraftsetzung der Schuldenbremse ein Hauptziel der nachhaltigen Entwicklung ist, dann sage ich: Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten definieren als Erstes: Was soll dieser Staat leisten? Wir brauchen in dieser Phase Investitionen in Digitalisierung, in Bildung, in Infrastruktur. Und dann können wir gerne darüber reden, wie wir die Einnahmeseite gestalten, ob Schulden notwendig sind, ja oder nein. Aber als Erstes brauchen wir einen starken, handlungsfähigen Staat.

Das ist sozialer Zusammenhalt, das ist nachhaltige Entwicklung auch für künftige Generationen.

Herr Kollege Brinkhaus, ich habe gelesen, wie Sie in der „Welt“ gesagt haben: Wenn wir eine richtige Nachhaltigkeitsprüfung ge-

habt hätten, dann wäre die Grundrente nicht gekommen.

– Ich habe mich darüber ehrlicherweise gefreut, weil wir daran ja gesehen haben, was das für eine Leistung war, dass wir es in dieser Großen Koalition geschafft haben, das auf den Weg zu bringen. Dazu sage ich Ihnen: Nachhaltigkeit hängt, glaube ich, ganz viel mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt zusammen, dass die Gemeinschaft, wenn es darum geht,

Wir haben beispielsweise noch nicht über Landwirtschaft, Nitratbelastung etc. geredet.

die Lebensleistung von jemandem anzuerkennen, der sein ganzes Leben gearbeitet hat, es aber trotzdem nicht zur Alterssicherung reicht, sagt: Wir sorgen für Würde. – Dann überlegen wir meinetwegen auch gemeinsam

noch mal, wie wir die Finanzierung sicherstellen; aber Nachhaltigkeit und Grundrente sind kein Widerspruch, sondern ein notwendiges Paar im Hinblick auf die wichtige Frage der Alterssicherung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn ich über die nationalen Nachhaltigkeitsziele rede, dann bin ich auch bei den globalen Fragen. Hier sehen wir doch: Der Markt ist nicht per se nachhaltig. Der Markt braucht Regeln. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn wir den Hunger, die Armut in der Welt bekämpfen wollen, dann haben verdammt noch mal auch deutsche und europäische Unternehmen eine Verantwortung. Wir brauchen ein Lieferkettengesetz noch in dieser Legislaturperiode!

Der Auftakt – das ist ja belächelt worden von einigen hier in diesem Haus – für die nächste Debatte ist mit Sicherheit das Klimaschutzgesetz; denn es enthält einen jährlichen Überprüfungsmechanismus, mit dem wir die Regierung kontrollieren können. Die Philosophie, man müsse eine Charta für Energie schaffen, ist

wieder so eine Nebelkerze von Peter Altmaier; leider ist er heute nicht da, ich hätte ihn gerne direkt darauf angesprochen. Vielleicht hat er es noch nicht ganz verinnerlicht, aber das Klimaschutzgesetz legt jährliche Ziele fest. Und da hat er zu liefern.

Wenn er jetzt vom Ausbau der erneuerbaren Energien spricht, dann sage ich: Wir haben im Kohleausstiegsgesetz einen Anteil von 65 Prozent an erneuerbaren Energien festgeschrieben. Und es war Peter Altmaier, der noch vor wenigen Wochen den Solardeckel forderte, also den Ausbau von Photovoltaikanlagen behindert hat. Ich hätte mir gewünscht, dass er statt in seine Charta etwas mehr Arbeitskraft in die wirklich wichtigen Felder gesteckt hätte. Jetzt muss er es jedenfalls tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine Überlegung für den Kanzleramtsminister – er spricht noch –: Wenn diese Debatte dazu genutzt werden soll, Nachhaltigkeit sichtbar zu machen, dann nehmen Sie mal den Vorschlag mit, ob wir vielleicht an jedem Ministerium eine große Tafel anbringen, die über das Jahr hinweg anzeigt, ob diese Häuser tatsächlich ihre CO₂-Minderungsziele erreichen. Das macht Druck. Dann kann ich nicht über 2030 philosophieren, sondern ich muss mich jetzt der Frage stellen, ob meine Maßnahmen tatsächlich wirken. Eine solche Tafel an jedem Haus anzubringen, fände ich ein gutes Signal, nachhaltige Entwicklung transparent zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich an einem weiteren Punkt die Regierung ansprechen. Wir haben das größte

Konjunkturprogramm in der Nachkriegsgeschichte auf den Weg gebracht: 130 Milliarden Euro. Das ist Geld, mit dem wir nachhaltige Entwicklung sehr schnell realisieren können. Aber wenn ich höre, dass beispielsweise bei dem großen Thema „Mobilität der Zukunft“ – Stichwort „Ausbau Ladeinfrastruktur“,

„ÖPNV“ – das Verkehrsministerium sagt: „Davon kann dieses Jahr noch nichts abfließen, weil wir erst an Förderrichtlinien arbeiten“, dann kann ich nur sagen: Das stellt mich als Abgeordneten des Bundestages nicht zufrieden. – Wir haben dieses Konjunkturpaket hier beschlossen, damit es einen konjunkturellen Anreiz schafft. Deswegen muss hier richtig Dampf drauf. Ich bitte die Regierung, wirklich im Sinne dieser Beschlüsse zu handeln und

nicht an neuen Plänen zu arbeiten. Unterm Strich muss man sagen: Ich glaube, dass das Thema nachhaltige Entwicklung immer wieder konkret auf die Tagespolitik zurückgeführt werden muss. Wir haben beispielsweise noch nicht über Landwirtschaft, Nitratbelastung etc. geredet. Das alles steht auch auf dieser Agenda. Wir müssen als Parlamentarier diese Debatten nutzen, um glaubwürdig darzulegen, dass wir auf Worte Taten folgen lassen. Dazu ist die Debatte heute ein guter Auftakt. Ich bin mir sehr sicher: Weitere Parlamente werden diesen Gedanken aufgreifen, um dieses Land in eine gute Zukunft zu führen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Christian Lindner, FDP:

Diese Politik treibt einen Keil zwischen die Generationen



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Der Vorredner sprach davon, man müsse Worten Taten folgen lassen. In dieser Debatte ist viel von Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit ökologischen Fragen des Klimaschutzes die Rede gewesen, und da ist jeder gefordert, seinen Beitrag zu leisten. Wir haben als Fraktion unseren bescheidenen Beitrag dazu geleistet, indem wir als erste Fraktion dieses Hauses klimaneutral sind.

Unser Fraktionsgeschäftsführer Marco Buschmann und ich selbst haben unsere privaten CO₂-Fußabdrücke durch die Löschung von CO₂-Zertifikaten neutralisiert. Wer von Nachhaltigkeit spricht, sollte eben auch bei sich selber anfangen. Ich fände gut, wenn diese Debatte hier für uns alle ein Anlass wäre, darüber nachzudenken, ob der Deutsche Bundestag insgesamt nicht das erste CO₂-neutrale Parlament der Welt sein sollte.

Lassen Sie uns bitte unterstreichen, dass Nachhaltigkeit nicht nur in ökologischer Hinsicht bedeutsam ist, sondern uns auch in ökonomischer Hinsicht in die Verantwortung nimmt. Um es plakativ in einem Satz zu sagen: Es schmelzen die Eisberge, und die Schuldenberge wachsen. Und beides müssen wir mit gleicher Aufmerksamkeit bekämpfen.

Lassen Sie mich bei der ökologischen Frage beginnen: Was ist eigentlich aus der Klimakanzlerin geworden? Was ist aus dem Klimakabinett geworden? Es gab die Bilder aus Grönland mit dem damaligen Umweltminister. Was ist daraus geworden? Nun legt Peter Altmaier den Finger in die Wunde und beschreibt, wir bräuchten einen nationalen Klimakonsens. Für mich ist das nichts anderes als das Eingeständnis, dass die bisherige Klimapolitik, die seit 2005 betrieben worden ist, offensichtlich nicht wirksam war. Das belegen ja auch die Demonstrationen der Fridays-for-Future-Bewegung. Sie demonstrieren ja nicht gegen uns oder gegen mich, weil sie Formulierungen blöd finden, sondern sie demonstrieren gegen Union und SPD, weil Sie offensichtlich keine Glaubwürdigkeit in der Klimafrage haben.

Die Denkfabrik Agora, die jetzt nicht regelmäßig von liberalen Politikern zitiert wird, hatte klar nachgewiesen, dass der CO₂-Zertifikatehandel unmittelbar dazu beigetragen hat, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Kollege Brinkhaus, von Ihnen hören wir zwar, es solle der Markt regeln, die operative Po-

litik im Tagesgeschäft hört sich aber eher nach Herrn Miersch an: Tafeln, die Auskunft geben über die jährlich erreichten CO₂-Einsparziele, an jedem Ministerium anzubringen. Diese Legion von Einzelmaßnahmen und Verboten, Geboten und Subventionen haben auch Sie als Unionsfraktion mit auf den Weg gebracht. Frau von der Leyen hat heute in ihrer Rede noch zusätzliche Einzelmaßnahmen angekündigt. Das wird uns nicht weiterbringen. Wenn Frau von der Leyen für die Europäische Union heute das Einsparziel 55 Prozent vorgibt, dann brauchen wir morgen auch bei der politischen Methodik eine Trendwende: Markt und Wettbewerb sind die besten Klimaschützer, und deshalb sollten wir auf sie systematisch vertrauen.

Im Übrigen wäre ein solcher Innovationswettbewerb für uns auch eine wirtschaftliche Chance, die Spitzentechnologien im Cleantech-Bereich hervorzubringen, die wir auf den Weltmärkten auch rentabel verkaufen können, ein doppelter Nutzen zur Sicherung unseres Wirtschaftsstandorts sowie ein Beitrag zur Überlebensfrage der Menschheit. Das scheint aber nicht überall angekommen zu sein, auch nicht im Umfeld der Bundesregierung. Wenn ich sehe, dass das Umweltbundesamt noch im November 2019 eine Studie

vorgelegt hat, nach der sozusagen der Goldstandard, um die Klimaneutralität 2050 zu erreichen, sei, dass wir uns ab 2030 – ich zitiere – vom Wirtschaftswachstum befreien, dann kann ich darin kein gangbares Szenario für die Industrialisierung Deutschland erkennen.

Im Gegenteil: Wenn das Umweltbundesamt davon spricht, dass wir uns vom Wirtschaftswachstum über einen Zeitraum von 20 Jahren, 2030 bis 2050, befreien sollten, dann kann ich das angesichts von Kurzarbeit und von Menschen, die um ihre wirtschaftliche Existenz in der Coronazeit fürchten, nur als blanken Zynismus begreifen.

Wir brauchen beides: ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit sowie eine prosperierende Wirtschaft. Denn, Herr Miersch, wie soll das eigentlich gehen? Wie funktioniert denn Ihr handlungsfähiger Staat, von dem Sie hier gesprochen haben, in einer alternden Gesellschaft, die aufgrund von Migration zusätzlich sozialen Integrationsbedarf hat? Wie soll das, wenn weniger Menschen erwerbstätig sind, anders gehen als dadurch, dass wir wirtschaftliche Prosperität haben? Schnellstmöglich müssen wir deshalb zur Politik der ausgeglichenen Haushalte, wie sie unser Land seit 2011 ja verfolgt, zurück.

Das macht jeder Kaufmann im Mittelstand: Während der Krise löst er Reserven und Rücklagen auf, nutzt das, was er an Eigenkapital hat, um über die Krise zu kommen. Aber wenn er einen Tag weniger lange solide wirtschaftet als notwendig, dann ist es die nächste Krise, die ihn aus der Kurve wirft und in die Leitplanke

führt.

Insofern: Natürlich müssen die öffentlichen Haushalte wiederresilient werden, und das gelingt durch die Haushaltsneutralität. Dann müssen wir hinsichtlich der Nachhaltigkeit fragen, wie und wofür wir öffentliche Aufwendungen eigentlich einsetzen.

Herr Brinkhaus, dass Sie hier allen Ernstes einen Generationencheck verlangen, ist doch nun wirklich angesichts der Politik der vergangenen Jahre, die Sie zu verantworten haben, Ausdruck von Humor. Sie haben ein Rentenpaket beschlossen, bei dem die Zuschüsse aus dem Bundshaushalt auf 80 Milliarden Euro anwachsen.

Die Sozialversicherungsbeiträge werden in den 20er-Jahren auf über 40 Prozent steigen. Da brauche ich keinen Generationencheck, um Ihnen zu sagen: Diese Politik treibt einen Keil zwischen die Generationen.

Deshalb: Verehrte Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Staat hatte im vergangenen Jahr 1 Billion Euro an Sozialausgaben – bei niedrigster Arbeitslosigkeit und höchstem Beschäftigungsstand erstmals mehr als 1 Billion Euro! –, und deshalb, Herr Miersch, ist die Frage nicht: Wie bekommen wir zusätzliches Geld ins System, über Schulden oder über Steuererhöhungen? Nein, das ist nicht die Alternativsituation; das ist eine Scheinalternative. Es muss die Frage gestellt werden, wie wir die bisherigen Staatsausgaben so neu verteilen, dass sie nicht nur in den Gegenwartsverbrauch gehen, sondern beispielsweise durch die Stärkung von Bildung, Forschung, Innovation und Infrastruktur auch künftigen Generationen zugutekommen. Das ist die entscheidende Frage.

(Beifall bei der FDP)

Wie bekommen wir zusätzliches Geld ins System, über Schulden oder über Steuererhöhungen?

Amira Mohamed Ali, Die Linke:

Echte Nachhaltigkeit braucht soziale Sicherheit



Amira Mohamed Ali (*1980)
Landesliste Niedersachsen

Ja, wir reden diese Woche über Nachhaltigkeit. Das Thema ist wirklich nicht neu. Seit Jahrzehnten wird darüber geredet – auch hier im Hause. Aber wie viel hat das bisher gebracht? Auf jeden Fall zu wenig! Denn trotz der vielen Debatten und Erklärungen geht die Entwicklung seit Jahrzehnten in die falsche Richtung. Das belegt auch der sogenannte Earth Overshoot Day. So bezeichnet man den Tag, an dem die innerhalb eines Jahres nachwachsenden natürlichen Ressourcen durch uns aufgebraucht sind. 1970 war das der 29. Dezember; in diesem Jahr war er bereits am 22. August – und das ist doch wirklich alarmierend.

Aber trotzdem sind das Einzige, was wirklich nachhaltig stattfindet, Sonntagsreden, in denen von Regierungsseite bekundet wird, man würde den Ernst der Lage erkennen und entschlossen handeln. Genau das passiert dann aber leider nicht. Dabei muss die Bundesregierung jetzt endlich das tun, was jahrzehntelang versäumt wurde: entschlossen die richtigen Weichen für unsere Zukunft stellen und nicht immer nur die falschen.

Wenn ich über falsche Weichenstellungen rede, muss ich an unseren Verkehrsminister denken. Wie sieht eigentlich die Nachhaltigkeitsbilanz von Andreas Scheuer aus? Die Maut in den Sand gesetzt, Abermillionen von Steuergeldern verpulvert, und die neuen Projekte schließen da an: der sogenannte Deutschlandtakt und der Schienenpakt; das reimt sich zwar, aber deswegen ist es nicht gut.

Das Ziel des Schienenpaktes hört sich zumindest erst mal gut an: Es sollen mehr Güter auf die Schiene. Das wäre in der Tat dringend notwendig, um Klimaziele zu erreichen. Wenn man sich aber die Pläne näher ansieht, dann ist

das doch sehr ernüchternd. Bis 2030 soll der Anteil von Gütern auf der Schiene von 19 auf gerade einmal 25 Prozent ansteigen. Herr Scheuer nennt das einen Masterplan; für mich ist das ein Minischritt; das sind Tropfen auf heiße Steine.

Das reicht wirklich nicht. Durch den sogenannten Deutschlandtakt sollen die großen Städte besser miteinander verbunden werden. Die Züge sollen zum Beispiel nicht mehr im Stunden, sondern im Halbstundentakt zwischen den großen Metropolen fahren. Die Idee ist ja schön, aber leider vollkommen unzureichend. Vor allem geht sie am wirklichen Problem vorbei. Das Problem besteht ja nicht darin, dass man so schlecht von Hamburg nach Berlin kommt. Das Problem ist, dass einige Regionen überhaupt keine Bahnbindung mehr haben. Wenn man zum Beispiel von der schönen Altmark nach Berlin fahren möchte, ist man auf einen Rufbus angewiesen, um zunächst nach Stendal zu kommen. Aber auch von dort fährt so gut wie kein ICE mehr.

In den letzten 25 Jahren hat die Deutsche Bahn 5 400 Kilometer Bahnstrecke aus Kostengründen stillgelegt. Ganze Regionen wurden abgehängt, und das wird mit Ihrem Deutschlandtakt nicht ansatzweise rückgängig gemacht. Aber genau hier muss man doch ansetzen, um die dringend notwendigen Alternativen zum Auto zu schaffen.

Und genau deshalb ist es eben nicht nachhaltig, Autofahren einfach teurer zu machen. Solange Menschen dringend auf das Auto angewiesen sind, werden sie es weiter nutzen. Es wird sie nur finanziell stärker belasten. Und das trifft insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen besonders hart. Die Verkehrswende muss aber so geschehen, dass sie nicht zulasten derjenigen geht, die ohnehin wenig haben.

Wir reden übrigens hier nicht nur über ein Problem auf dem Land. In meiner Heimatstadt Oldenburg, einer Stadt mit 170 000 Einwohnern, sagte mir kürzlich eine Krankenschwester, dass sie gerne den ÖPNV nutzen würde, um zur Arbeit zu fahren, dass aber, wenn sie morgens um sechs zur Frühschicht muss, noch kein Bus fährt. Ich meine, das ist genau die Klimapolitik, die Menschen nicht mitnimmt – in diesem Fall im doppelten Sinn.

Wo ist eigentlich die Strategie der Bundesregierung für den Individualverkehr? Man muss sagen: Deutschland hat den Umstieg auf Zukunftstechnologien hier vollkommen verschlafen. Das Ergebnis ist, dass heute Tausende Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie in Gefahr sind, jetzt noch verstärkt durch die aktuelle Coronakrise. Aber es geht nicht, dass die Beschäftigten die Zeche für die von Ihnen versäumten strategischen Entscheidungen zahlen.

Klimapolitik, die Menschen nicht mitnimmt, erleben wir auch in der Wohnungspolitik; denn dort werden die Kosten zum Beispiel für Wärmedämmung oder den Einbau energiesparender Heizungen wie selbstverständlich auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt. Aber es geht doch nicht, dass Menschen Angst haben müssen vor der energetischen Sanierung ihrer Wohnung, weil sie befürchten müssen, dass sie danach ihre Miete nicht mehr zahlen können. Das ist doch wirklich das Letzte.

Eine Sache ist doch wirklich klar: Wer heute Angst davor hat, morgen finanziell nicht mehr über die Runden zu kommen, der kann sich auch nicht um Nachhaltigkeit von übermorgen kümmern, Kolleginnen und Kollegen.

Und wir reden hier nicht von einer verschwindenden Minderheit.

Gerade musste die Bundesregierung auf unsere Nachfrage hin zugeben, dass 15 Millionen der jetzigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Alter arm sein werden. Das ist mehr als ein Drittel der heute Beschäftigten. Hier muss die Bundesregierung dringend gegensteuern; denn ohne soziale Sicherheit sind Nachhaltigkeit und Klimaschutz nicht zu erreichen.

Aber statt genau dafür zu sorgen, laden Sie die Verantwortung für ökologische Nachhaltigkeit gerne kurzerhand beim Verbraucher ab. Konsumkritik wird geübt. Fakt ist jedoch: Viele Menschen in unserem Land haben aus finanziellen Gründen gar nicht die Möglichkeit, nachhaltig zu konsumieren. Wenn ich am Tag nur wenige Euro für Essen und Trinken zur Verfügung habe, dann habe ich kaum die Möglichkeit, im Supermarkt die teureren ökologischen Produkte zu kaufen. Das Gleiche gilt für Kleidung und für andere Verbrauchsgüter.

Aber selbst wenn alle Menschen in diesem Land genug Geld hätten, wäre es trotzdem schwierig, nachhaltig zu konsumieren, weil dafür die Transparenz fehlt. Es gibt keine nachvollziehbare Produktkennzeichnung. Auch ein Biosiegel hilft da nicht weiter; denn ein Bioapfel aus Südafrika hat eine wesentlich schlechtere Ökobilanz als ein konventionell angebaute Apfel aus der Region. Insgesamt mangelt es nicht an Siegeln und Kennzeichnungen. Es fehlt aber an Übersichtlichkeit und vor allem an verbindlichen gesetzlichen Kriterien.

Oft genug – machen wir uns nichts vor – geht es bei den immer neuen Siegeln und Kennzeichnungen nicht um Nachhaltigkeit, son-

dern um Marketing. Und es geht eben nicht, dass man die Nachhaltigkeit von Produkten den Unternehmen überlässt. Die Bundesregierung muss sie in die Verantwortung nehmen. Sie muss verbindliche Regelungen aufstellen und deren Einhaltung auch kontrollieren. Denn Sie glauben doch nicht im Ernst, dass Unternehmen wie Nestlé oder Bayer/Monsanto die Gewinnmaximierung für ihre Aktionäre freiwillig an den Nagel hängen, um stattdessen ökologisch nachhaltige Produkte herzustellen. Nestlé zum Beispiel ist ein Konzern, der in Südafrika Wasserrechte kauft und auch in schwersten Dürrezeiten die lebenswichtigen Wasserreserven dort leerpumpt, um dann dieses Wasser in Plastikflaschen weltweit teuer zu verkaufen.

Oder denken Sie an Bayer/Monsanto, die Milliardenumsätze zum Beispiel mit dem krebserregenden Glyphosat machen, die auf skrupellose Art und Weise Landwirte im globalen Süden in die Abhängigkeit von ihrem Saatgut und ihren Pflanzengiften treiben und damit Ökosysteme zerstören und die Menschen in der Region krank machen. Sie erwarten hier nicht ernsthaft freiwilliges moralisches Verhalten. Das kann wirklich nicht Ihr Ernst sein.

Wer an diesen Zuständen etwas ändern will, der braucht den Mut und den Willen, sich mit den mächtigen Konzernen anzulegen, mit den Konzernen, die von diesem umwelt- und klimaschädlichen System hemmungslos profitieren. Aber an diesem Mut und diesem Willen mangelt es der Bundesregierung. Frau Ministerin Klöckner dreht lieber Werbevideos mit Nestlé-Managern. Statt die EU-Ratspräsidentschaft dafür zu nutzen, die dringend notwendige Agrarwende einzuleiten und endlich konsequent nachhaltige Landwirtschaft zu fördern, treibt die Bundesregierung lieber das Freihandelsabkommen mit dem Mercosur voran. Das wird unter anderem dazu führen, dass noch mehr Futtermittel aus Südamerika für die furchtbare industrielle Massentierhaltung importiert wird. Dafür wird dann zum Beispiel in Brasilien noch mehr Regenwald gerodet, und die grüne Lunge der Welt wird weiter vernichtet. Das muss ein Ende haben.

Ich fasse zusammen: Echte Nachhaltigkeit braucht soziale Sicherheit. Und es braucht eine Regierung, die den Mut hat, sich gegen die Profitinteressen der Konzernlobbyisten zu stellen, um Klimaschutz, die Rettung der Artenvielfalt und den Erhalt unserer Ökosysteme durchzusetzen. Für beides kämpft Die Linke.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer an diesen Zuständen etwas ändern will, der braucht den Mut und den Willen.



Windkraft gilt als eine der Schlüsseltechnologien für eine nachhaltige Energiewende.

© picture alliance / Westend61

Dr. Anton Hofreiter, Bündnis 90/ Die Grünen:

Die Klimakrise ist eine Riesenherausforderung



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

Der Himmel über San Francisco war die letzten Tage öfters orangefarben, und das nicht morgens oder abends, sondern zur Mittagszeit. Was aussah wie aus einem apokalyptischen Film geschnitten, war die Realität und kein Science-Fiction.

Aber nicht nur in Kalifornien sind die Auswirkungen der Klimakrise inzwischen deutlich sichtbar. In Sibirien gibt es eine Hitzewelle, wie sie seit Menschengedenken nicht bekannt war; die Tundra brennt. In Australien – es ist erst wenige Monate her – sind im Südsommer Tausende und Abertausende von Quadratkilometern Land abgebrannt. Auch bei uns in Deutschland haben wir in vielen

Regionen inzwischen den dritten Dürresommer in Folge. Ich war die letzten Wochen öfters in NRW unterwegs und muss sagen: Ich kannte es theoretisch, aber ich war wirklich verblüfft, zu sehen, wie flächendeckend da inzwischen die Wälder anfangen abzusterben, wie du in manchen Regionen keine einzige lebende Fichte mehr findest. Die Klimakrise ist keine Fiktion mehr. Sie ist jetzt in Deutschland angekommen.

Wir müssen schnell handeln, um das Ganze noch in den Griff zu kriegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen Koalition, ich will Ihnen nicht vorwerfen, dass Sie nichts gemacht haben. Manchmal haben Sie sogar was Richtiges gemacht. Aber Sie haben die existenzielle Bedrohung durch diese ökologischen Krisen, durch die Klimakrise und die drohende sechste Aussterbekatastrophe, niemals in ihrer Bedeutung anerkannt oder verstanden. Sie haben die Klimakrise nicht als die Krise behandelt, die sie ist, und Sie haben leider auch die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen nicht so ernst genommen, wie es notwendig gewesen wäre.

Das Klimapakete vom letzten Jahr – das sagen Ihnen Ihre eigenen Gutachter – reicht nicht aus,

um die Ziele zu erreichen. Der Ausbau von Windkraft an Land liegt am Boden. Das neue EEG droht durch komplizierte bürokratische Ausschreibungsregelungen jetzt auch noch den Ausbau der Photovoltaik zu erschweren. Mit Technik- und Innovationsfeindlichkeit haben Sie mit dazu beigetragen, die Autoindustrie in die Krise zu führen. Dort sind jetzt Tausende von Arbeitsplätzen bedroht.

Der Bundeswirtschaftsminister hat ja recht, wenn er sagt, dass Sie damit das Vertrauen vieler Menschen und weiter Teile der jungen Generation enttäuscht und verloren haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, lieber Herr Kollege Brinkhaus, es ist ja schön, wenn wir hier schöne Reden halten. Es ist auch schön, wenn der Wirtschaftsminister dafür sorgen will, dass parteiübergreifend die Realität der Klimakrise anerkannt wird, dass es einen Konsens gibt, wie wir Klimaneutralität erreichen wollen. Zwar ist der Zeitpunkt interessant, aber besser spät als nie. Wenn Sie bereit sind, wirklich über Maßnahmen zu sprechen,

sind wir jederzeit bereit, mit Ihnen über diese Maßnahmen zu sprechen.

Aber damit das Ganze mehr wird als ein PR-Coup, brauchen wir, ehrlich gesagt, keine Debatte, wo das Haus der Energiewende hinkommt, sondern dafür brauchen wir endlich ein EEG, und zwar ganz konkret als Gesetz, das dafür sorgt, dass der Ausbau von Wind und Sonne wieder richtig anspringt.

Wissen Sie, wir müssen uns auch nicht lang darüber unterhalten, dass es eine Klimaschutzagentur auf EU-Ebene gibt, sondern wir bräuchten eine Bundesregierung, die sich richtig für ambitionierte Klimaschutzziele einsetzt und vor allem ihre Blockade gegen ambitionierte Flottengrenzwerte bei der Autoindustrie endlich aufgibt. Das wäre notwendig.

Ich habe auch, ehrlich gesagt, überhaupt nichts dagegen, wenn es weitere Stiftungen gibt. Wir haben zwar schon viele, aber mein Gott. Aber was wir vor allem bräuchten, damit das Ganze ernst gemeint wirkt, das sind Maßnahmen. Wir brauchen einen schnelleren Kohleausstieg. Wir brauchen einen Abbau von umweltschädlichen Subventionen. Wir brauchen endlich einen wirksamen CO₂-Preis. Wir brauchen eine ganze Reihe von Maßnahmen, damit endlich die Verkehrswende vorangeht, nachdem im Verkehr seit 2005 der CO₂-Ausstoß de facto

nicht gesunken ist. Wenn Sie bereit sind, über diese konkreten Maßnahmen zu sprechen, die wirklich helfen, dann lassen Sie uns sprechen, dann lassen Sie uns keine Zeit mehr verlieren!

Wir müssen auch intensiv darüber reden, wie wir Klimaneutralität mit Erhalt unseres Wohlstands verbinden, damit das Ganze so gestaltet ist, dass es eine Vorbildfunktion hat, dass es Sogkraft entwickelt, dass andere Länder Lust haben, es nachzuahmen. Wenn Sie darüber mit der Industrie sprechen, dann stellen Sie fest: Selbst Industrien wie die Stahlindustrie, bei denen man früher als Grüner dachte: „Das wird nicht einfach“, sind deutlich weiter als die Bundesregierung. Diese Stahlindustrie sagt einem, sie wollen kein Handlungskonzept Stahl, sondern sie wollen endlich Handlungen. Sie wollen endlich einen Contract for Difference, damit sie endlich Stahlwerke bauen können, die auf Grünem Wasserstoff beruhen, und damit über 90 Prozent CO₂ einsparen.

Lassen Sie uns das endlich gemeinsam auf den Weg bringen! Lassen Sie uns darüber reden, dass es beim Kampf gegen die Klimakrise wirklich gerecht zugeht! Deswegen brauchen wir eine sozial-ökologische Transformation. Deswegen brauchen wir Unterstützung für die Beschäftigten. Deshalb: Lassen Sie uns keine Zeit mehr verschwenden! Die Klimakrise ist eine Riesenherausforderung. Handeln wir jetzt; denn noch ist es nicht zu spät.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie uns das endlich gemeinsam auf den Weg bringen!

Prof. Dr. Helge Braun, CDU, Bundesminister für besondere Aufgaben:

Schulterschluss zeigen angesichts der großen Herausforderung



Helge Braun (*1972)
Bundesminister

Diese erste Runde der Debatte will ich einmal positiv so zusammenfassen: Alle sind dafür, dass Deutschland Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit ist. Und dann fangen wir an, uns über die verschiedenen Facetten

dieses Themas zu streiten. Ich will Sie alle ganz herzlich einladen: Wir sollten im Deutschen Bundestag angesichts der Größe der Herausforderung, die vor uns steht, den Schulterschluss zeigen und das Thema Nachhaltigkeit gemeinsam angehen; denn die Aufgabe hat eine Dimension, die vieles von dem sprengt, was sich manche vorstellen.

Ich habe 1992 das Buch „Das Ende der Geschichte“ von Francis Fukuyama gelesen. Ich fand die Vorstellung total faszinierend, dass in der Welt Demokratie und soziale Marktwirtschaft das so überragende und gut funktionierende Gesellschaftssystem werden, dass sich die ganze Welt dieses Systems annimmt und in der Folge internationale Konflikte überhaupt nicht mehr auftreten.

Im Jahr 2015 haben wir die Nachhaltigkeitsziele gemeinsam beschlossen. Wenn wir uns anschauen, wie sich die Welt seitdem verändert hat, dass Wertungswidersprüche weltpolitisch aufgetreten sind und wie diese Rückwirkungen auf unser Leben hier in Deutschland haben, dann stellen wir sehr deutlich fest, dass das Nachhaltigkeitsziel 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ momentan so stark unter Druck geraten ist, wie ich es mir zu Beginn meiner politischen Arbeit nie hätte vorstellen können. Deshalb ist es eine große gemeinsame Aufgabe, dass Deutschland geschlossen dasteht. Deshalb hat die Bundesregierung stets die Stimme für das internationale Recht, für den Multilateralismus erhoben und hat in den letzten

Jahren so viel Geld für die Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben wie in keiner Periode zuvor. Das kommt in der Welt auch an. Das sieht man zum Beispiel an der Studie, die vom Pew Research Center veröffentlicht worden ist, die deutlich gemacht hat: Die Menschen weltweit vertrauen keinem Regierungschef so sehr wie Angela Merkel aus Deutschland. Das ist ein gutes Zeichen für unsere internationale Reputation.

Oft ist gesagt worden: Wir müssen bei Nachhaltigkeit ehrgeizig sein. Nachdem ich in der Bundesregierung die Verantwortung über die Nachhaltigkeitsstrategie übernommen habe, habe ich als Erstes darum gebeten, dass wir einmal aufschreiben, wo wir schlecht sind. Herr Miersch, Sie wissen, seit 2009 hängt an jedem öffentlichen Gebäude sichtbar ein Energieausweis. Also, der erste Teil ist erfüllt. Das Zweite ist, dass wir gemein-

sam – Frau Schulze und ich – beim Klimaschutzprogramm 2030 beschlossen haben, dass wir verbindlich bis 2030 alle öffentlichen Gebäude des Bundes nach dem Standard EH 55 sanieren. Also auch da sind wir auf dem Weg, gehen als Bund voran. Nur: 16 Bundesministerien zu sanieren, ist keine große Strategie, die die Nachhaltigkeit voranbringt. Was wir allerdings noch gemacht haben, ist, dass wir bei jedem Ziel

der Nachhaltigkeitsstrategie genau geschaut haben, wo wir einen sogenannten Off-Track-Indikator haben. Wo sind wir hinter unseren Zielen? Dann habe ich das mit jedem einzelnen Minister abgeglichen, und wir haben gefragt: Was müssen wir tun, um da besser zu werden? Das ist sozusagen nicht der populäre Teil: „Was macht die Bundesregierung selber?“, sondern das ist die Frage: Nehmen wir unsere politische Verantwortung wahr? Wir haben auf

Oft ist gesagt worden: Wir müssen bei Nachhaltigkeit ehrgeizig sein.

jeden dieser Off-Track-Indikatoren reagiert und haben überall Maßnahmen eingeleitet, um besser zu werden. Darauf kommt es im Kern wirklich an.

Der Indikator – über ihn wird hier gerade am meisten geredet –, bei dem wir den größten Rückstand haben, ist natürlich das große Thema, dass wir als Industrienation einen sehr hohen Primärenergiebedarf haben und dass wir ihn sehr stark aus fossilen Energien decken. Aber auch bei der Frage, ob es jetzt sinnvoll ist, dass wir eine Debatte darüber führen, ob wir nicht ehrgeizig genug sind, müssen wir uns einmal eines überlegen: Wir haben in dieser Legislaturperiode die Kommission

„Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ eingesetzt, die unter Einbindung aller NGOs, der deutschen Wirtschaft und der Regionen, die das hauptsächlich betrifft, in harten, langen Verhandlungen einen Konsens zu der Frage, wie der Kohleausstieg aussehen soll, erarbeitet hat. Und ich finde, wenn man sich den gesellschaftlichen

Konsens über Nachhaltigkeitsziele wünscht, dann muss man das Ergebnis einer solchen Kommission erst einmal anerkennen und kann

nicht, wenn es einem in einer Richtung nicht passt, sagen: Das ist zu wenig ehrgeizig.

Für den gesellschaftlichen Konsens sollten wir genau das tun, was dort beschlossen worden ist. Und, damit Sie sich nicht so aufregen, auch Herr Lindner: Ich finde übrigens auch marktwirtschaftliche Methoden hervorragend. Aber genau deshalb hat doch die Bundesregierung beschlossen, jetzt auch in den nationalen Brennstoffemissionshandel einzusteigen. Und deshalb haben wir

Deutschland hat den Weg einer grünen Wirtschaft eingeschlagen.

Dr. Rainer Kraft, AfD:

Hören Sie auf, die Bürger dieses Landes zurückzulassen



Rainer Kraft (*1974)
Landesliste Bayern

In 2015 hat die UN-Versammlung die Agenda 2030 zur nachhaltigen Entwicklung mit den 17 dazugehörigen Zielen angenommen. Die Agenda stellt dabei in ihrer Präambel unmissverständlich klar, dass die Hauptaufgabe der Agenda und der 17 Ziele die Bekämpfung der Armut in der Welt ist.

Diese Vision einer Welt, in der jeder Einzelne seine eigenen Grundbedürfnisse und die seiner Familie durch eigene Leistung decken kann, ist eine gute Vision. Im Jahr 2017 hat dann die UN messbare und quantifizierbare Indikatoren eingeführt, um den nationalen, kontinentalen oder globalen Fortschritt bei der Erreichung der 17 Ziele erfassen zu können. Diese Indikatoren sind gut gemeint, aber in vielen Punkten kontraproduktiv. Etliche der Indikatoren bieten darüber hinaus Fehlanreize, bei denen eine Erfüllung der Kriterien entweder keine oder sogar eine gegenteilige Wirkung auf das dazugehörige Ziel entfaltet.

Indikator 1.b.1 bemisst zum Beispiel die Höhe der öffentlichen Sozialausgaben im Kampf gegen

die Armut. Dies bedeutet, wenn es keine Armut mehr gäbe und es keine öffentlichen Ausgaben zur Bekämpfung von Armut bräuchte, dann wäre man auf einem schlechten Weg, die Armut zu bekämpfen. Meine Damen und Herren, so ein Indikator ist widersinnig. Wir sind nicht dann auf einem guten Weg, die Armut zu bekämpfen, wenn wir Unsummen zur Bekämpfung von Armut aufbringen müssen. Wir sind dann auf einem guten Weg, die Armut zu bekämpfen, wenn wir keine Sozialprogramme mehr brauchen.

Eine Gesellschaft, in der sich jeder von seiner Hände Arbeit sein eigenes Dach über dem Kopf leisten kann, ist besser als jedes Programm zum sozialen Wohnungsbau.

Einen weiteren Fehlindikator finden wir zum Nachhaltigkeitsziel 12: Reduzierung der Menge

an weggeworfener Nahrung. Das klingt gut, aber schauen wir genauer hin: Welche Gesellschaften sind es, in denen keine Nahrungsmittel weggeworfen werden? Es sind diejenigen, in denen man hungert. Die Gesellschaften, in denen vor Hunger auch bis zur Gesundheitsgefährdung verdorbene Nahrungsmittel verzehrt werden müssen, sind die Gesellschaften, die diesen Indikator tatsächlich am besten erfüllen, weil sie nichts wegschmeißen. Ist da erstrebenswert? Nein, meine Damen und Herren, wenn wir wirklich den Hunger auf der Welt zurückdrängen wollen und wollen, dass die Menschen nicht nur Nahrung haben, sondern auch ausgewogene Nahrung, dann müssen wir diesen Menschen auch diese Auswahlmöglichkeiten auf den Teller legen; dann bleibt am Ende des Tages auch einmal etwas übrig. Um

auch da eine grundlegende Veränderung unseres Wirtschaftens im Hinblick auf die CO₂-Armut der Zukunft.

Zur Wasserstoffstrategie – ich glaube, sie ist auch noch nicht jedem ganz klar –: Wir werden in Zukunft aus völlig anderen Weltregionen möglicherweise unsere Primärenergie, die dann Grüner Wasserstoff ist, decken als heute.

Das hat globale Veränderungen zur Folge. Das ist eine riesige Chance. Auch da können wir in Zusammenarbeit mit anderen Weltregionen Wohlstand schaffen – für uns, aber auch Wohlstand für andere – und mit dem Schaffen von Wohlstand gleichzeitig unsere Klimaziele erfüllen.

dies zu erreichen, muss nicht mehr rationiert werden, es muss einfach mehr produziert werden.

Die beiden gerade genannten Beispiele zeigen eine Form von Indikatorblindheit auf, die zu einer Pervertierung der Nachhaltigkeitsziele beiträgt. Der Weg wird zum Ziel. Man hat den Indikator im Blick, nicht mehr das Nachhaltigkeitsziel.

Komplett die Nachhaltigkeit aus dem Fokus verloren hat die Bundesregierung aber bei der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Während die Vereinten Nationen in der Landwirtschaft eine höhere Produktivität und gesteigerte Erträge an Nahrungsmitteln fordern, um damit den Hunger zu bekämpfen, lässt die Bundesregierung Windräder und Solarzellen auf unseren fruchtbaren Böden errichten. Während man im Süden händeringend um jeden Flecken Ackerland kämpft, um damit Menschen zu ernähren, wird in Deutschland auf über 900 000 Hektar Mais angebaut, der nie-

Wissen Sie, vor zehn Jahren hat Kofi Annan einmal gesagt: Wir müssen „die Mär von der Wahl zwischen Wohlstand und Nachhaltigkeit entlarven“. Und er hat uns damals das Zeugnis ausgestellt:

Deutschland hat den Weg einer grünen Wirtschaft, die auf sauberen, erneuerbaren Energien gründet, eingeschlagen und beweist damit, dass Wohlstand und Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen können. Und das muss unser Ziel sein, danach handelt die Bundesregierung. Ich bitte Sie alle, daran mitzuwirken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

manden ernährt, sondern den man für Biogas verrotten lässt.

Das, meine Damen und Herren, ist keine nachhaltige Politik. Das ist eine Verschwendung von landwirtschaftlicher Anbaufläche und eine eklatante Verletzung des globalen Nachhaltigkeitszieles 2: Beendigung des Hungers.

Nachhaltigkeitsziel 7 der Vereinten Nationen fordert eine bezahlbare, zuverlässige, nachhaltige und moderne Energieversorgung für alle. Die Bundesregierung und die in dieser Frage nur pseudooppositionellen Fraktionen der Grünen, der Ex-SED und der FDP leiten daraus ab, dass man die teuerste und „dümmste Energiepolitik der Welt“

installiert, wie das „Wall Street Journal“ diese Politik in 2019 bezeichnet hat. Das Attribut „verlässlich“ taucht nur noch als Lippenbekenntnis auf, während „bezahlbar“ in den Diskussionen gar keine Rolle mehr spielt. Damit ist die Energiepolitik Deutschlands nur mehr eine Karikatur von Ziel Nummer 7.

Wenn man sich Ihre Energiepolitik anschaut, ist das auch überhaupt kein Wunder. Seit 20 Jahren betreibt die Bundesregierung – sowohl Rot-Grün als auch Schwarz-Gelb und Schwarz-Rot – eine Politik, die Strom und Energie in Deutschland immer teurer und immer unzuverlässiger macht. Seit 20 Jahren verfehlte Politik, seit 20 Jahren nicht nachhaltig und seit 20 Jahren durchideologisiert gegen die Interessen des eigenen Volkes!

Kernkraft ist nachhaltig. Die Haltung der Vereinten Nationen ist in dieser Frage eindeutig. Wenn die Fraktionen von Grünen und Linken sowie der Herr Miersch hier also antinukleare Anträge im Rahmen der Nachhaltigkeitswoche präsentieren, so ist dies nur

Ihre Wirtschaftspolitik gefährdet Hunderttausende von Arbeitsplätzen und zerstört Existenzen.



Vattenfall will das Kohlekraftwerk Moorburg in Hamburg stilllegen.

© picture alliance / Daniel Reinhardt

ein weiterer Beweis für die Ideologie, mit der in Deutschland mit dem Thema Nachhaltigkeit umgegangen wird. Sollten also auch Sie dieser Verschwörungstheorie der Nichtnachhaltigkeit der nuklearen Energieerzeugung anhängen, dann können Sie sich an einige Kollegen wenden; die können Ihnen ein kleines Aluhütchen basteln.

Glauben Sie denn ernsthaft, dass Sie die alten Visionen der Menschheit – eine Welt ohne Hunger, ohne Armut, mit begrüntem Wüsten – damit Wirklichkeit werden lassen, dass Sie ein Energiesystem fördern, das mit maxi-

malem Material- und maximalem Flächenaufwand für eine unzuverlässige, dem Zufall unterworfenen sporadischen Energieerzeugung sorgt? Das Gegenteil ist der Fall. Der von Ihnen aufgezeigte Weg der sozialistischen Mangel- und Verzichtswirtschaft ist ein Irrweg.

Für die Umsetzung der positiven Visionen der Menschheit ist es unerlässlich, dass wir mehr Energie erzeugen – viel mehr. Wir sollten damit beginnen, immense Mengen an preiswerter Energie zu erzeugen, um diese in den Dienst dieser Ziele zu stellen. Folgt man dem Nachhaltigkeitsziel Nummer 7, so ist es die Kernkraft, die zur

preiswertesten, verlässlichsten, nachhaltigsten und modernsten Form der Energieerzeugung führt, auch wenn Ihnen das nicht gefällt.

Und zuletzt: Motto der Agenda 2030 ist „Leaving no one behind“ – Niemanden zurücklassen! Wann, liebe Bundesregierung, haben Sie diesem Vorsatz eigentlich abgeschworen? Oder haben Sie ihn eigentlich nie angenommen und akzeptiert? Ihre Politik lässt massiv Menschen zurück, und zwar unsere Bürger.

Ihre Währungspolitik vernichtet die Altersersparnisse der Rentner; sie werden der Armut überlassen. Energie ist in Deutschland teuer

geworden. Viele können sich diese nicht leisten und frieren im Winter. Ihre Wirtschaftspolitik gefährdet Hunderttausende von Arbeitsplätzen und zerstört Existenzen. Und Ihre Vision eines Totalumbaus der nationalen Wirtschaft ist ein geradezu großwahnhaftes Gesellschaftsexperiment ohne Netz und doppelten Boden. Jetzt, in der von Ihnen verstärkten Lockdown-Krise, ist nicht die Zeit, eine sozialistische Planwirtschaft einzuführen. Jetzt ist die Zeit, uns Nachhaltigkeitsziel Nummer 8 ins Bewusstsein zu rufen: Vorantreiben eines anhaltenden, umfassenden und nachhaltigen Wirtschafts-

wachstums, volle und wertschöpfende Arbeit und annehmbare Beschäftigung. Dies müsste jetzt, in genau dieser Zeit, im Zentrum Ihrer Wirtschaftsbemühungen stehen – nicht Ihre einseitig klimaidelogisierte Einmischung zum Beispiel in die Luftfahrt oder in den Automobilssektor.

Hören Sie auf, die Bürger dieses Landes zurückzulassen! Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht, und beenden Sie Ihre deutschlandfeindliche Wirtschaftspolitik! Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Katja Mast, SPD:

Die SPD steht für diesen Sozialstaat ein



Katja Mast (*1971)
Landesliste Baden-Württemberg

Die Debatte über Nachhaltigkeit ist nicht nur eine Zieldebatte, sondern auch eine Handlungsdebatte. Nachhaltigkeit muss man auch definieren. Bei aufmerksamem Zuhören heute wurde klar, dass sie sehr unterschiedlich definiert wird. Deshalb will ich für mich und für die SPD-Bundestagsfraktion noch mal definieren, was Nachhaltigkeit ist. Sie bedeutet nicht, wie Herr Lindner suggeriert, nur Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen; sie bedeutet, Ökonomie, Ökologie und Soziales in Einklang zu bringen. Mit diesem In-Einklang-Bringen meine ich dauerhaftes In-Einklang-Bringen.

Deshalb, lieber Toni Hofreiter, bin ich froh, dass wir es in dieser Legislatur nicht nur geschafft haben, beim Ausstieg aus der Atomenergie zu bleiben, sondern dass wir

auch aus der Kohle aussteigen. Das ist nämlich das größte ökologische Ziel dieser gemeinsamen Regierung, und ich finde, beim Thema Ökologie haben wir geliefert. Ich spreche hier aber auch zur sozialen Säule der Nachhaltigkeit, weil sie in der Debatte bisher eine

untergeordnete Rolle gespielt hat.

Der Sozialstaat hält unser Land zusammen. Sogar in unserer Verfassung steht: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“. Der Sozialstaat ist der Kitt. Er bedeutet Zusammenhalt, zum Beispiel in Form von Nachbarschaftshilfe, aber auch die Absicherung über soziale Sicherungssysteme, und der Sozialstaat – und deshalb ist es mir so wichtig, dass wir nicht nur bei Ökonomie und Ökologie stehen bleiben – ist der Garant für Wohlstand und Wachstum in unserem Land. Auch das gehört zum Sozialstaat dazu.

Unsere Handschrift als SPD vor Corona, während Corona und nach Corona ist, dass wir den Sozialstaat in der Bundesrepublik Deutschland ausbauen, weil er den Menschen Sicherheit gibt.

Der Sozialstaat bzw. soziale Sicherheit heißt erstens, dass wir würdevolle Arbeit heute und in

Zukunft organisieren, garantieren und mitgestalten, indem wir für Schutz und Chancen im Wandel sorgen. Das haben wir heute im Kabinett mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes gemacht.

Wir machen das, wenn wir endlich dazu kommen, Werkverträge und Leiharbeit in der deutschen Fleischindustrie zu verbieten, und wir machen es, wenn wir hoffentlich zusammenkommen bei einem Lieferkettengesetz, das nicht nur den deutschen Arbeitsmarkt in den Blick nimmt oder nur bis zu den Grenzen Europas wirkt, sondern international, weltweit dafür sorgt, dass Anstand und Respekt überall dort gelten, wo deutsche Unternehmen produzieren und Handel betreiben. Das ist

würdevolle Arbeit.

Zweitens geht es beim Sozialstaat um Sicherheit. Es geht darum, Lebensrisiken abzusichern. Es geht darum, Vorsorge zu treffen und zu unterstützen, wenn Menschen sich nicht selbst helfen können. Das haben wir an vielen Punkten gemacht, zum Beispiel beim Rentenpakt. Das tun wir aber auch mit dem Kinderzuschlag, den seit Corona dreimal so viele Leute in unserer Republik bekommen.

Sozialstaat bedeutet drittens soziale Gerechtigkeit. Ja, soziale Gerechtigkeit ist mehr als Generationengerechtigkeit. Natürlich ist Generationengerechtigkeit wichtig; das ist der Inbegriff von Nachhaltigkeit, aus der Forstwirtschaft kommend. Es geht aber um mehr: Es geht um Verteilungsgerechtigkeit, es geht um Leistungsgerechtigkeit, es geht um Chancengerechtigkeit, es geht um Geschlechtergerechtigkeit, und es geht um Teilhabegerechtigkeit. Das mag sich für viele – bei der FDP gibt es jetzt Lachen – wie eine Aufzählung anhören, dahinter stecken aber ganz kon-

krete Maßnahmen, wie der soziale Arbeitsmarkt, der Teilhabegerechtigkeit ermöglicht. Bei dem Ziel, mehr Frauen in die Führungspositionen der Wirtschaft zu bekommen – auch in die Vorstände von börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen –, geht es um Geschlechtergerechtigkeit.

Herr Brinkhaus – mein Kollege Miersch hat Sie schon angesprochen –, ich habe mich richtig geärgert über Ihr Zitat in der „Welt“ am Wochenende. Dass Sie behaupten, die Grundrente sei nicht nachhaltig, das ist haushalterisch betrachtet, hat aber nichts mit Leistungsgerechtigkeit zu tun; es hat nichts damit zu tun, dass wir die Rentenversicherung damit stabilisieren und die Anerkennung steigern. Da haben wir eine fundamental unterschiedliche Haltung zum Thema Nachhaltigkeit.

Die SPD steht für diesen Sozialstaat ein. Wir wissen, er muss sich weiterentwickeln, weil Digitalisierung, Globalisierung und demografischer Wandel den Sozialstaat vor neue Herausforderungen stellen. Für uns ist aber klar, dass es darum geht, dass die Menschen nicht Bittstellerinnen und Bittsteller im Sozialstaat sind, sondern dass sie im Sozialstaat auf Augenhöhe behandelt werden, dass der Sozialstaat ihr Partner ist. Dafür haben wir ein Konzept; wir wissen, wie wir das weiterentwickeln wollen. Deshalb ist für uns klar: Wir stärken das Soziale und bringen es in Einklang mit Ökonomie und Ökologie. Damit handeln wir nachhaltig und mit Weitblick.

(Beifall bei der SPD)

Wir stärken das Soziale und bringen es in Einklang mit Ökonomie und Ökologie.



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) 2015 auf dem UN-Nachhaltigkeitsgipfel

© picture alliance/Photoshot

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Dr. Lukas Köhler (FDP), Dr. Bettina Hoffmann (Bündnis 90/ Die Grünen), Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU), Michael Thews (SPD), Dr. Katja Leikert (CDU/CSU), Kai Whittaker (CDU/CSU).

Debatte zur Mobilität der Zukunft / 175. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 16. September 2020

Felix Schreiner, CDU:

Wir müssen eine nachhaltige Mobilität der Zukunft schaffen



Felix Schreiner (*1986)
Wahlkreis Waldshut

Wir diskutieren im Rahmen der Nachhaltigkeitstage im Deutschen Bundestag in dieser Woche über wichtige Themen. Wir diskutieren vor allem über Themen, die alle Politikbereiche betreffen; das zeigen auch die Debatten am heutigen Tag. Jetzt geht es insbesondere um die Mobilität der Zukunft, und es ist wichtig, dass wir dieses Thema an den Beginn dieser Nachhaltigkeitstage setzen.

Gerade als junger Abgeordneter möchte ich sagen: Beim Thema Nachhaltigkeit geht es auch um Generationengerechtigkeit. Es darf uns nicht egal sein, ob es morgen noch genügend Ressourcen oder genügend Lebensqualität auf der Erde gibt, wenn wir dem Begriff gerecht werden wollen. Gerade die Coronapandemie hat uns vor Augen geführt, was Mobilität von morgen für uns alle konkret heißt, beispielsweise wenn der öffentliche Nahverkehr zum Erliegen kommt oder Lieferketten plötzlich neu organisiert werden müssen. Uns wird klar, dass wir einen Weg finden müssen, mit den wirtschaftlichen Verwerfungen infolge der Coronakrise umzugehen.

Ich stelle diesen Aspekt ganz bewusst an den Beginn meiner Rede. Ich komme aus Baden-Württemberg. Bei uns gibt es Hunderttausende Arbeitsplätze, die direkt oder indirekt vom Automobil abhängen. Bei mir zu Hause im Schwarzwald gibt es kleine Automobilzulieferer, deren Bänder derzeit quasi stillstehen, deren Mitarbeiter in Kurzarbeit sind und die sich düstere Zukunftsfragen stellen. Deshalb ist Nachhaltigkeit keine Floskel in Sonntagsreden. Es gibt auch keine schnellen Antworten.

Unser Anspruch als Union ist, dass wir die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes mit dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen vereinen. Unser Anspruch als Union ist es, dass wir Technologieoffenheit garantieren, dass wir Innovationen fördern und dass wir intelligente Verkehrssysteme vernetzen, weil wir es am Ende nur so schaffen werden, Tausende Arbeitsplätze zu sichern und den notwendigen Transformationsprozess zu gewährleisten.

Uns ist allen klar: Der Verkehrssektor muss einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der globalen Klimaschutzziele leisten. Das erreichen wir aber nur durch Innovation und nicht durch Verbote, wie es uns heute schon wieder in dem einen oder anderen Antrag der Grünen vorgeschlagen wurde. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich die Nationale Plattform „Zukunft der Mobilität“ erwähnen. Unser Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer hat ein Gremium unter der Leitung von Professor Dr. Kagermann ins Leben gerufen, in dem Experten aus der Wirtschaft, aus der Forschung, auch aus der Politik, Vorschläge zur Lösung dieser Fragen erarbeiten. Ich kann uns allen nur empfehlen, dass wir uns die Handlungsempfehlungen der NPM zu Herzen nehmen.

Am Ende werden sich nämlich nicht die Technologien durchsetzen, die wir hier im Bundestag beschließen, sondern die Technologien, die vom Bürger gekauft werden können und die auch bezahlbar sind. Bei allem Respekt: Die wirtschaftliche Stärke unseres Landes hängt nicht von Debatten im Deutschen Bundestag ab. Die wirtschaftliche Stärke unseres Landes wird bestimmt durch einen starken Mittelstand, durch familiengeführte Unternehmen, die jeden Tag aufs Neue ihre Innovationskraft unter Beweis stellen, sich aber auch auf dem Weltmarkt beweisen müssen.

Ich möchte, dass wir in dieser Debatte auf ein paar Punkte eingehen, die wir auf den Weg gebracht haben: Wir bauen zum Beispiel den schienengebundenen ÖPNV aus, unterstützen aber auch neue Konzepte wie Ridesharing. Wir haben die GVFG-Mittel erhöht, ab 2025 auf 2 Milliarden

Euro. Wir investieren bis 2030 86 Milliarden Euro in die Schieneinfrastruktur, in die Digitalisierung; das kann sich wirklich sehen lassen und ist die richtige Antwort auf die Fragen, die wir uns in diesen Tagen stellen. Wir treiben die technologieoffenen Entwicklungen und die Erzeugung von regenerativen

Kraftstoffen und Antrieben voran. Die erst kürzlich beschlossene Nationale Wasserstoffstrategie und die industriepolitische Initiative zum Ausbau einer leistungs-

fähigen E-Fuel-Versorgung sorgen für die entsprechenden Rahmenbedingungen. Es braucht zudem eine Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur. Dazu gehören der Ausbau von Radwegen an Bundesstraßen und die Beschleunigung von Planungs- und Baumaßnahmen.

Jeder von Ihnen kennt Maßnahmen in seinem Wahlkreis, über die man schon seit Generationen diskutiert. Das dauert alles viel zu lange. Aber wie ist es, wenn es konkret wird? Ich habe mich darüber gewundert, dass heute die Grüne Jugend einen sofortigen Stopp aller Bundesautobahnprojekte gefordert hat. Herzlichen Glückwunsch, kann ich da nur sagen! Wie weit muss man sich dafür eigentlich von der Lebenswirklichkeit der Bevölkerung entfernt haben?

Machen wir uns nichts vor: Gerade in dieser Coronazeit schaut die Welt auf unser Land.

Die CO₂-Bepreisung kommt. Ab 2021 wird klimaschädliches Autofahren teurer gemacht. Es werden Anreize für klimaschonende Technologien gesetzt. Ich glaube, es ist ganz entscheidend, dass „Nachhaltigkeit“ keine leere Floskel ist, sondern wir jetzt an morgen denken, Beschlüsse fassen, jetzt das Richtige tun. Machen wir uns nichts vor: Gerade in dieser Coronazeit schaut die Welt auf unser Land. Die Frage ist, ob wir beides schaffen, ob wir unsere wirtschaftliche Stärke erhalten und gleichzeitig mit Innovationen eine nachhaltige Mobilität der Zukunft schaffen, ob wir die Weichen für eine Mobilität von morgen so stellen können, dass die Menschen in ganz Deutschland, vor allem im ländlichen Raum, erreicht werden. Darauf kommt es in diesen Tagen an.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wolfgang Wiehle, AfD:

Die Verkehrspolitik der Zukunft muss eine freiheitliche sein



Wolfgang Wiehle (*1964)
Landesliste Bayern

Die Mobilität der Zukunft wird sie geprägt sein von der freien Wahl des Verkehrsmittels, oder wird sie geprägt sein von Gängelung, Verboten und immer neuen Steuern? Jeder Antrieb braucht Energie, und das wird zur zentralen Frage. Der Ausstieg aus der CO₂-freien Kernenergie gleichzeitig mit den radikalen CO₂-Reduktionszielen macht Energie knapp und teuer, mit schweren Auswirkungen auf den Verkehr.

Der Fortschrittsbericht 2019 der Nationalen Plattform „Zukunft der Mobilität“ redet hier an wichtigen Problemen vorbei. Jeder Verkehrsträger, Straße, Schiene, Was-

ser und Luft, hat seine Stärken. Das Auto ist unschlagbar in der Erschließung der Fläche, die Bahn bei der Bündelung großer Verkehrsströme. Wer das nicht erkennt oder nicht erkennen will und einen Verkehrsträger in die Ecke drängt, wird Hunderte von Milliarden verschwenden.

Deutschland braucht leistungsfähige Straßen und weniger Staus und nicht mehr, wie es die Linken gerne hätten, die die Streichung von Mitteln für die Fernstraßen fordern. Das Straßennetz ist das Rückgrat der Mobilität in Deutschland und muss dem Bedarf entsprechend wachsen. Deutschland braucht schnelle Bahnstrecken, damit man von Großstadt zu Großstadt maximal vier Stunden braucht. Die Verbindung München-Berlin beweist den Erfolg. Deutschland braucht leise und leistungsfähige Güterbahnen, um so viele Transit-Lkws wie möglich von der Straße zu holen.

Wenn das von sich aus gut

funktioniert, braucht man keinen staatlichen Dirigismus. Ich warne aber vor planwirtschaftlichen Vorgaben, wie zum Beispiel der Verdoppelung der Fahrgastzahlen der Bahn bis 2030, wie das in Ihrem

Zehnjahresplan steht. Was, wenn sich die Bürger nicht an den Plan halten? Dann kommt die staatliche Gängelung.

Wer den Verkehr bis in jedes Dorf auf die Bahn verlagern will, verschwendet Steuergeld. Wer

weit fortgeschrittene Projekte stoppen will, tut das auch. Das gilt für Die Linke mit Stuttgart 21 – bei allen Problemen und Risiken dieses Vorhabens – und auch für die Grünen mit der A 49, gegen die Sie gerade einen Antrag gestellt haben. Rot-grüne ideologische Ladenhüter wie ein allgemeines Tempolimit auf den Autobahnen kosten allein durch den Zeitverlust jedes Jahr Milliarden; das hat das Institut für Weltwirtschaft gerade vorgerechnet. Überall Tempo 30 in den Städten – auch das steht im Antrag der Grünen – hebt die Verkehrsberuhigung wieder

Wer den Verkehr bis in jedes Dorf auf die Bahn verlagern will, verschwendet Steuergeld

auf und schadet sogar der Verkehrssicherheit.

Die Städte sollten Verkehrsverbote nicht übertreiben. Es gibt ja Alternativen: Viele kaufen im Internet ein und arbeiten von zu Hause. Wer mit Citymaut ab-

kassiert oder die Autos gleich ganz aussperrt, verwandelt am Ende die Innenstädte in Biotope von Subkulturen, weil Bürger und Unternehmen ins Umland auswandern. Natürlich ist es richtig, mit modernster Technik

Energie zu sparen. Veränderungen brauchen aber ihre Zeit. Bundesregierung und EU überspannen hier den Bogen mit ihren immer härteren CO₂-Vorgaben. Damit zerstören sie Strukturen, vernichten sie Arbeitsplät-

ze und vergeuden sie das Geld der Steuerzahler.

Auch und gerade im Verkehrssektor gilt: Freiheit braucht bezahlbare Energie. Einer sozialistischen Mangelwirtschaft, einer ideologischen Steuerung von

oben wird die AfD niemals zustimmen. Die Verkehrspolitik der Zukunft muss eine freiheitliche Verkehrspolitik sein.

(Beifall bei der AfD)

Arno Klare, SPD:

Die großen Räder drehen, aber die kleinen nicht vernachlässigen



Arno Klare (*1952)
Wahlkreis Mülheim-Essen I

Neunzehnhundertsechundachtzig hat mich ein Bericht sehr beeindruckt; das war der Brundtland-Bericht. Ich will den jetzt nicht erklären; wenn Sie nicht wissen, was das ist, bitte googeln. Im Brundtland-Bericht ist eine Definition von Nach-

haltigkeit enthalten, die da lautet – ich zitiere –: Nachhaltig ist eine Entwicklung, „die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“. Diese Definition hat übrigens dank Volker Hauff Eingang in den Brundtland-Bericht gefunden. Für die etwas Jüngeren unter uns: Das war ein Sozialdemokrat, der in zwei Ressorts Minister war; er war Verkehrsminister und davor für Wissenschaft zuständig.

Die Frage, die wir Verkehrsleute uns zu stellen haben, lautet: Kriegen wir das für den Verkehr hin, für die Mobilität? Ein Pkw fährt im Jahr durchschnittlich 13 500 Kilometer. Angenommen, er verbraucht 6 Liter auf 100 Kilometer, dann emittiert er 2 Tonnen CO₂ im Jahr. 34 Prozent dieser Ver-

kehrsleistung sind Freizeitverkehr, laut MiD, Mobilität in Deutschland. Darf man das noch?

Ein anderes Beispiel: In Deutschland werden 10,5 Millionen Tonnen Kerosin vertankt. Das war im Jahr 2019. In diesem Jahr wird – aus meiner Sicht, Verkehrspolitik – leider gar nichts mehr vertankt. 1 Liter Kerosin entsprechen 3,15 Kilogramm CO₂, also eine gewaltige Menge. Die Grundfrage habe ich gerade schon gestellt, und ich möchte sie noch konkretisieren: Ist so etwas möglich – das müssen wir ja schaffen, wenn wir nachhaltig sein wollen – wie klimaneutrales Fliegen? Ja, das bekommen wir

hin; das kann man schaffen. Wir müssen das bisherige fossile Kerosin ersetzen durch synthetische Fuels. Damit reduzieren wir übrigens auch die Kondensstreifenbildung, und diese Nicht-CO₂-Emissionen machen nach neuester Studie 66 Prozent des Klima-Impacts des Flugverkehrs aus, weil die Partikelwirkung kleiner wird. Wir müssen mehr investieren in bessere Triebwerke. Auch das geschieht bereits.

Das ist ein ganz großes Rad, das wir drehen: die Wasserstofftechnologie. Es gibt aber auch ganz kleine Räder. Wenn es gelänge, den cw-Wert eines Lkws, der derzeit zwischen 0,6 und 0,8 liegt – das ist ungefähr der cw-Wert einer Schrankwand –, um 30 Prozent zu senken, also von 0,7 auf 0,5, dann bedeutete das 10 Prozent weniger Treibstoff.

Bei 30,1 Milliarden Kilometer, die die Lkws pro Jahr in Deutschland fahren, und einem Verbrauch von ungefähr 30 Liter pro 100 Kilometer möge sich jeder ausrechnen, was ungefähr dabei rauskommt. Das ist ein ganz, ganz kleines Rad, das man da drehen kann. Aber wir müssen es tun. In all den Nachhaltigkeitsdebatten habe ich manchmal das Gefühl, dass wir nur immer auf die ganz

großen Räder schauen, aber nicht auf die ganz kleinen, die wir auch bedienen müssen. Dazu gehört zum Beispiel THG-sensitive Navigation. Dazu gehört auch, dass bei Lkws der Reifendruck kontinuierlich automatisch nachgesteuert wird; die fahren nämlich zu 35 Prozent mit zu wenig Druck.

Das heißt, wir müssen beides tun: die ganz großen Räder drehen – das tun wir, und zwar erfolgreich –, aber die kleinen nicht vernachlässigen. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe. Da geht es sehr ins Detail, und manches ist für den einen oder anderen gar nicht mehr verständlich, weil es sehr technisch wird. Aber wir müssen uns diesen Themen widmen, und das tun wir auch.

Die Nachhaltigkeit und damit die intergenerative Gerechtigkeit – das steckt in dieser Definition – entstehen durch das Drehen der großen und der kleinen Räder. Jetzt habe ich endlich mal einen Vorteil davon, dass ich Germanistik studiert habe. Es gibt dazu ein fantastisches Zitat aus „Wilhelm Meister“ von Goethe. Da steht:

Die Höhe reizt uns, nicht die Stufen; den Gipfel im Auge wandeln wir gern auf der Ebene.

Genau das dürfen wir nicht; wir müssen jede Stufe nehmen. Ich habe das mit den kleinen und großen Rädern beschrieben.

(Beifall bei der SPD)

Oliver Luksic, FDP:

Der Patient Fahrzeugbau liegt derzeit auf der Intensivstation



Oliver Luksic, (*1979)
Landesliste Saarland

Wir haben es bei der Mobilität der Zukunft mit zwei großen Herausforderungen zu tun: Das eine ist Digitalisierung und Vernetzung, und das andere ist die Dekarbonisierung. Die Frage lautet: Wie macht man das? Im Antrag der FDP-Fraktion beschreiben wir unseren Weg, der sich fundamental von dem der

Regierung unterscheidet. Wir setzen auf die Kraft von Wettbewerb, Innovation, Technologieoffenheit und Technologiemix. Das ist aber nicht das, was wir gerade erleben. Gerade im Bereich Fahrzeugbau erleben wir, dass viele Vorgaben von Herrn Altmaier oder von der EU-Kommission völlig überzogen sind. Das ist der falsche Weg. Wir brauchen Technologieoffenheit und machbare Ziele. Das ist unser Ansatz.

Wir wollen CO₂ bepreisen und dann den Ingenieuren und den Kunden überlassen, welche Technologie sich am Markt durchsetzt. Derzeit erleben wir jedoch eine große Verunsicherung, sowohl aufseiten der Hersteller als auch bei den Kunden. Ganz gleich, ob bei den Pkws oder bei den Nutzfahrzeugen: Reden Sie mal mit den Spediteuren, mit den Busunternehmern. Die stehen jetzt unter totem Kostendruck und können

sich gar keine neuen Fahrzeuge leisten.

Jetzt wird aber von politischer Seite das Fahren mit Diesel-Lkw und Dieselbus noch verteuert. Die Alternativen sind auch sehr teuer, und die Ladeinfrastruktur ist nicht da; deswegen haben wir die Krise im Fahrzeugbau. Wir sind nicht technologieoffen, weil sämtliche Flottengrenzwerte ganz einseitig auf die batteriegetriebene E-Mobilität setzen.

Ich unterstütze die Ziele der Nationalen Wasserstoffstrategie ausdrücklich; aber wir müssen feststellen: Sie kommt spät, und sie ist in vielem unkonkret. Ja, Kollege Klare, wir brauchen E-Fuels, aber Ihre eigene Umweltministerin – ob das den Care-Diesel oder die Anrechnung bei den Flottengrenzwerten betrifft – steht da

Das ist ein ganz großes Rad, das wir drehen: die Wasserstofftechnologie-



Für manche ein Versprechen urbaner Mobilität, für andere eine ärgerliche Stolperfalle: E-scooter
© picture alliance / Geisler-Fotopress

Fortsetzung auf nächster Seite

auf der Bremse. Wir brauchen das im Luftverkehr, wir brauchen es im Schiffsverkehr, übrigens auch im Bestand bei Fahrzeugen, aber da darf die Bundesregierung nicht auf der Bremse stehen.

Es ist schwer erklärlich, warum wir bei der Industrie nicht einen einheitlichen CO₂-Preis haben. Der europaweite Zertifikatehandel funktioniert gut; da haben wir eine Reduktion, und da sind Wachstum und CO₂ entkoppelt. Derzeit liegt der Preis bei knapp 25 Euro pro Tonne. Wir müssen aber feststellen, dass bei den Flottengrenzwerten die Strafzahlungen von 95 Euro pro Gramm Grenzwertüber-

schreitung hochgerechnet einen CO₂-Preis von knapp 475 Euro pro Tonne ergeben. Warum das bei Fahrzeugen so viel schädlicher und so viel teurer ist, das kann man mir schwer erklären.

Jetzt will die EU-Kommission das noch weiter verschärfen. Man muss sich schon fragen: Ist das die Timmermans-Kommission, oder hat Frau von der Leyen nichts mehr mit dem deutschen Fahr-

zeugbau zu tun? Lieber Felix Schreiner, das sind ja nicht die Grünen, sondern Ihre EU-Kommissarin prüft ein Verbot von Verbrennungsmotoren und will jetzt 50 Prozent Reduktion. Die Reaktion der Gewerkschaften und der Industrie ist ganz klar. Unsere Industrie kann Transformation; was hier aber droht, ist der Strukturbruch.

Wir sind Weltmeister im Fahrzeugbau. Das sind doch keine

Zombie-Unternehmen, sondern das sind Hochleistungsunternehmen, die bis 2019 alle hochprofitabel waren. Ob es die Hersteller sind, die vielen großen Zulieferer, die vielen kleinen und mittleren Unternehmen – die sind jetzt alle gleichzeitig in der Krise, einerseits wegen Corona, andererseits aber auch wegen der Flottengrenzwerte. Diese Grenzwerte in dieser Lage jetzt noch mal zu verschärfen, – wie kann man nur auf diese Idee kommen?

Wir müssen feststellen: Der Patient Fahrzeugbau liegt derzeit auf der Intensivstation. Wenn der Patient auf der Intensivstation ist,

dann zieht man nicht den Stecker. Dass das den Grünen egal ist, verstehe ich; aber dass Peter Altmaier und auch die EU-Kommissionspräsidentin die wirtschaftliche Lage völlig ignorieren, das leuchtet mir nicht ein. Das ist der falsche Weg. Wir wollen die Arbeitsplätze und die Wertschöpfungsketten erhalten. Fahrzeugbau, Maschinenbau, Chemieindustrie – das macht Deutschland stark. Das wird derzeit gefährdet, und da brauchen wir dringend einen anderen Weg.

(Beifall bei der FDP)

**Fahrzeugbau,
Maschinenbau,
Chemieindustrie
– das macht
Deutschland
stark**

Sabine Leidig, Die Linke:

Die Mehrheit der Bevölkerung will mehr nachhaltige Mobilität



Sabine Leidig (*1961)
Landesliste Hessen

Zum Auftakt unserer Debatte über die deutsche Nachhaltigkeitspolitik hat das Forum Umwelt und Entwicklung uns alle angeschrieben: 145 Nichtregierungsorganisationen, vom Arbeiter-Samariter-Bund über den Deutschen Kulturrat, von der Gepa über die GEW, von Greenpeace bis Brot für die Welt – alle sind sich einig, dass die Politik der Bundesregierung – ich zitiere – „abgrundtiefe Lücken in der Nachhaltigkeit“ zeigt. Sogar die Ziele der eigenen schwachen Nachhaltigkeitsstrategie werden verfehlt.

Beim Thema Mobilität sind die Verfehlungen eklatant. Noch immer wachsen Lkw- und Autoverkehr, noch immer werden fossile Verkehre jedes Jahr mit zig Milliarden Euro subventioniert, noch immer steigen der Flächenverbrauch und der Ressourcenverbrauch, noch immer befeuert der Bund den Aus- und Neubau von Autobahnen. Wenigstens damit muss mal Schluss sein! Allerdings ist die Lage nicht so hoffnungslos, wie es aussieht; denn wir sehen, dass die soziale und ökologische Verkehrswende in gesellschaftlichen Bewegungen an Fahrt gewinnt. Darüber

möchte ich gerne reden, zuallererst über das neue Bündnis, in dem sich die Gewerkschaft Verdi und Fridays for Future zusammengetan haben. Gemeinsam mit dem BUND, der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft und anderen fordern sie eine konsequente Verkehrswende und ein langfristiges Konjunktur- und Investitionspaket, das die Bedürfnisse der Menschen und nicht den Autoverkehr zum Mittelpunkt macht.

Im Zentrum stehen die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr. Dort ist unter Wettbewerbsdruck vor 20 Jahren in den Kommunen auf Sparkurs umgestellt worden. Die Folge sind Personalabbau, Flexibilisierungen der Arbeitszeit, Arbeitsverdichtung, Belastung und Stress vor allem bei den Fahrerinnen und Fahrern von Bussen, U-Bahnen und Straßenbahnen. 15 000 Vollzeitstellen fehlen heute schon, und durch den jahrelangen Einstellungsstopp wird in den nächsten zehn Jahren fast die

Hälfte der Beschäftigten in Rente gehen.

100 000 Neueinstellungen stehen hier an. Mindestens 2 Milliarden Euro mehr sind pro Jahr nötig, damit es gute Arbeit für motivierte Menschen gibt, die uns in Bus und Bahn fahren und begleiten. Und ohne sie gibt es keine nachhaltige Mobilität. An dieser Stelle: Danke an alle, die das so zuverlässig unter allen widrigen Bedingungen getan haben und weiter tun. Wir stehen als Linke an der Seite dieser Kolleginnen und Kollegen, wir stehen auch an der Seite der Allianz zwischen Gewerkschaft und Klimabewegung. Das ist eine nachhaltige Perspektive. Dazu liegt auch ein Antrag von uns an den Bundestag vor.

Insgesamt werden jedes Jahr mindestens 10 Milliarden Euro

mehr gebraucht, damit die Angebote im öffentlichen Nahverkehr verdoppelt werden können und alle Menschen nachhaltig mobil sein können. Vor diesem Hintergrund ist es wirklich widersinnig, dass jetzt – in meinem Heimatland Hessen – noch mehr Autobahnkilometer für Milliarden Euro gebaut werden sollen. Es ist gut, dass das Aktionsbündnis „Keine A49“ die jahrelange Arbeit der Bürgerinitiativen vor Ort – für Wasserschutz, für nachhaltige Alternativen – mit den tatkräftigen Baumbesetzungen zusammenbringt, unter dem Motto „Wald statt Asphalt“. Am vergangenen Sonntag haben sich Hunderte interessierte Bürger vor Ort die Lage angesehen: Der Wald steht noch, und es sind viel Solidarität und öffentliche Aufmerksamkeit erwachsen.

Die Grünen fordern jetzt hier vom Bundesverkehrsminister ein Moratorium für den geplanten Ausbau. Dem stimmen wir natürlich zu; denn für nachhaltige Verkehrswege muss gelten: Eisenbahn statt Autobahn. Allerdings ist natürlich völlig klar, dass, obwohl wir mehr Bahninfrastruktur brau-

chen, nicht jedes Projekt, das viele Milliarden Euro kostet, sinnvoll ist, und deshalb fordern wir auch für Stuttgart 21 ein Moratorium, damit die interessanten Vorschläge für eine bessere und nachhaltige Nutzung geprüft werden können, bevor noch mehr Milliarden in diese Baugrube versenkt werden.

Es ist schon verrückt, dass dort der öffentliche Verkehr über Jahre stark beeinträchtigt wird, während der Auto- und Lkw-Verkehr weiter sechsspurig durch die Stadt rauscht. Es gibt noch eine ganze Menge weiterer Initiativen von unten, die nachhaltige Mobilität vorantreiben. Ich erinnere an die Initiative der Betriebsräte, die kreativ und bündnisstark den Kampf für den Erhalt der Nachtzüge angeführt haben. Wir haben das von Anfang an unterstützt. Das Hohe Haus hat in seiner Mehrheit befunden, dass das Schnee von gestern ist. Inzwischen erleben die Nachtzüge eine Renaissance, leider nicht bei der Deutschen Bahn. Auch das ist verfehlte Politik und überhaupt nicht nachhaltig.

Nicht zuletzt sind die Fahrradvolksentscheide große Räder, die von den Bürgerinnen und Bürgern selbst in Bewegung gebracht werden. 35 Städte sind auf dem Weg, sich mehr gute Fahrradinfrastruktur zu erobern, unterstützt von Changing Cities, und die Wiege dafür ist der Fahrradvolksentscheid in Berlin mit glasklar begründeten Forderungen, konkret für eine fahrradfreundliche Infrastruktur. Hier gibt es auch das erste Mobilitätsgesetz, das gerechte Verkehrsverhältnisse zum Ziel hat. Da ist ein großer Schritt im Wechselspiel mit einer Regierung gelungen, die bereit ist, demokratische Impulse für Nachhaltigkeit aufzunehmen, und daran sollten sich alle hier ein Beispiel nehmen. Die Mehrheit der Bevölkerung will mehr nachhaltige Mobilität und kein Weiter-so. Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Inzwischen erleben die Nachtzüge eine Renaissance, leider nicht bei der Deutschen Bahn.



Die Zukunft der Bahn gehört zu den Dauerthemen der Verkehrspolitik.

©picture alliance / Fotostand

Daniela Wagner, Bündnis 90/ Die Grünen:

Wir brauchen eine Verkehrswende



Daniela Wagner (*1972)
Landesliste Bayern

Wir sprechen in dieser Plenarwoche über Nachhaltigkeit, Klima, Schutz natürlicher Lebensgrundlagen und über zukunftsfähige Mobilität. Meine Damen und Herren, für all das steht die A 49 definitiv nicht. Aber sie steht exemplarisch für zahlreiche Verkehrsprojekte des Bundesverkehrswegeplans, die ebensolche Fossilien der Verkehrspolitik sind, wo für eine Idee von vor 40 Jahren hektarweise gesunde, intakte Mischwälder gerodet werden – auf die kommt es in den nächsten Jahren an –, wo Asphalt-schneisen durch wertvolle FFH-, Natur- und Wasserschutzgebiete geschlagen werden, und das nach drei Hitze- und Dürresommern in Folge, Sommern, die ahnen lassen, was uns bevorsteht, wenn wir nicht schnell und entschlossen umsteuern.

Und noch ein Fossil der Verkehrspolitik gehört in diese Kategorie: rasen und rasen dürfen. Wir sind das letzte Land in Europa, das sich die Gefährdung, den Lärm, den Spritverbrauch,

die Emission, den Feinstaub unbegrenzter Raserei noch leistet. Der Verkehrssektor muss endlich einen substanziellen Beitrag zum Erreichen der Klimaabkommen von Paris leisten. Wir brauchen eine umfassende Verkehrswende mit mehr Schiene, weniger Straßen, kleineren Fahrzeugen, weniger Raserei und weniger Verkehrslärm.

Wann fangen wir endlich an, den zahlreichen Presseverlautbarungen ein geändertes Handeln folgen zu lassen? Ich zitiere Matthias Miersch: „Wir erwarten Gesetze und nicht bloß schöne Worte.“ Andreas Jung äußerte: Die Treibhausemissionen müssen kraftvoll gebremst werden. Andreas Jung nochmals: „Wir dürfen nicht auf Kosten kommender Generationen leben.“ Oder Jochen Vogel selig hat gesagt: „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten.“

Meine Damen und Herren, Sie können direkt mit dem heutigen Tag beginnen. Überarbeiten und modernisieren Sie den Bundesverkehrswegeplan und die Bedarfsplanung. Senken Sie das Tempo auf Autobahnen, Bundesstraßen und in Städten. Begrenzen Sie den Treibstoffverbrauch und die Emissionen endlich wirksam durch beherzte und richtig wirkungsvolle Flottengrenzwerte. Die vielzitierten und gerne bemühten folgenden Generationen werden es Ihnen danken

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andreas Scheuer, CSU, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur:

Man sieht die Nachhaltigkeit der getroffenen Entscheidungen



Andreas Scheuer (*1974)
Bundesminister

Eines ist klar: Nachhaltigkeit definiert jeder für sich ein bisschen anders, aber was uns eint, ist, dass wir in unseren Fraktionen und Parteien politische Entscheidungen treffen, die – das spreche ich keinem ab – die Zukunft im Ziel und im Blick haben. Im Ziel haben wir sie deswegen, weil wir ausloten, was über alle Verkehrsträger hinweg der beste Weg in der Verkehrspolitik ist und welche Investitionen oder Förderungen oder Innovationen für die Zukunft das Beste sind. Jeder, der hier sitzt, hat Verantwortung nicht nur für seine Heimatregion, für seinen Wahlkreis, sondern auch für die zukünftigen Generationen.

Deswegen freue ich mich, dass wir heute beispielsweise bei einem deutschen Automobilhersteller eine Weltpremiere mit einem Lkw mit Wasserstoff-Brennstoffzelle erlebt haben. Das heißt, er hat in der Produktpalette nicht nur einen vollelektrischen Lkw, auch in den Lieferdiensten, sondern einen Wasserstoff-Lkw. Vielleicht mag der eine oder andere sagen: „Viel zu spät, nur ein Prototyp“, aber es tut sich was.

Zu dem, was Felix Schreiner angesprochen hat: Vieles von dem, was im Klimaschutzpaket der Bundesregierung beschlossen wurde, stammt aus der Nationalen Plattform „Zukunft der Mobilität“, wo sich 240 Experten in mehreren Arbeitsgruppen Gedanken über Zukunft machen, aber nicht nur über Zukunft, sondern auch über Fortschritt und Wohlstand. Ich finde es nicht nachhaltig, wenn aufgrund politischer Entscheidungen Tau-

sende, vielleicht Hunderttausende von Arbeitsplätzen abgebaut werden und damit nachhaltig Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik nicht positiv gestaltet werden können, sondern in einer Weise, dass die zukünftigen Generationen eben nicht mehr Chancen haben und wir dann nachhaltig echte Fehler machen würden. Deswegen bemühen wir uns im Verkehrsministerium natürlich, die Infrastruktur immer wieder zu erneuern, zu sanieren, ja, und auch neu auszubauen.

Ich war diese Woche bei der A14 nördlich von Magdeburg, einem Neubau einer Autobahn. Ich muss Ihnen sagen: Da standen rund 500 Bürgerinnen und Bürger vor mir und haben dieses neue Teilstück empfunden als den neuen Anschluss an eine wichtige Magistrale, an die ostdeutschen Häfen beispielsweise oder an Berlin, Hannover, Hamburg. Also: sehr positiv.

Und natürlich hat diese Koalition wie nie zuvor Investitionsmittel für den Ausbau und die Sanierung der Schiene zur Verfügung gestellt. Auch hier kommen nachhaltig strukturelle Entscheidungen dazu, wenn ich alleine das Strukturstärkungsgesetz anschau, Stichwort „Kohleausstieg“. Dort wird auch die Schiene profitieren, um durch den Anschluss an die Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger und für die nachfolgenden Generationen Chancen zu garantieren. Eine Topbotschaft: Nicht nur 86 Milliarden Euro mit der neuen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung, sondern ein ordentlicher Schub für den öffentlichen Personennahverkehr und auch für Neubaustrecken.

Ich bin auch gespannt, wenn es konkret wird, wenn man vor Ort kommt und dann einer da steht und sagt: Genau an dieser Stelle ist die Neuinvestition und der Neuausbau eben nicht nachhaltig; bitte bau woanders! – Das erlebst du als Verkehrsminister sehr oft. Ich freue mich, dass wir vor ein paar Tagen eine Green-

Shipping-Konferenz in Hamburg gehabt haben. Wir haben es vor Jahren alle zusammen, auch durch europäische Vorgaben, geschafft, dass Nord- und Ostsee die saubersten Meere sind. Wir haben eine Schwefelreduzierung um 95 Prozent, weil wir es kontrollieren, weil wir es pönalisieren, und vor allem, weil wir daraus Erfahrungen schöpfen für den alternativen Antrieb bei den Schiffen. Wir haben LNG. Wir diskutieren schon über Wasserstoff. Wir wollen noch höhere Standards, auch fürs Mittelmeer und für die internationalen Meere. Wir wollen in internationalen Gremien die Umsetzung hinkommen, mit deutscher und europäischer Technologie. Eine Topbotschaft: Damals Entscheidungen getroffen; heute sieht man die Nachhaltigkeit der Entscheidungen.

Wir wollen noch höhere Standards, auch fürs Mittelmeer und für die internationalen Meere.

Keinem hier, der sich in seiner Fraktion, in seiner Partei Gedanken über die Zukunft, über die nachfolgenden Generationen macht, dem spreche ich seinen Weg dorthin ab. Jeder hat aber die Erlaubnis, andere politische Schwerpunkte und politische Ansätze zu haben. Natürlich haben auch wir viel dazugelernt: Zum ersten Mal investieren wir über 1,4 Milliarden Euro in den Radverkehr. Ja, in den letzten Jahren, in den letzten Jahrzehnten wurde zu wenig in den Radverkehr investiert. Und jetzt sehen wir durch Innovation im Radverkehr, auch durch Elektromobilität, dass die Bürgerinnen und Bürger genau diese Bedürfnisse, die so oft zitiert werden, auch in der Infrastruktur und Stadtplanung umgesetzt sehen wollen, und das machen wir.

Herr Präsident, abschließend zum Flugverkehr. Wir hatten vor Monaten einen Luftverkehrsgipfel, bei dem wir natürlich auch über synthetische Kraftstoffe wie bei allen anderen Verkehrsträgern geredet haben. Die Strategie geht auf: Mobil und digital verzahnen; technologieoffen, verkehrsmittel- und verkehrsträgerübergreifend und damit so nachhaltig zu sein, dass es uns die nachfolgenden Generationen danken. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)



Über den Ausbau von Autobahnen wird im Bundestag rege und häufig diskutiert.

© picture-alliance/dpa

Dr. Dirk Spaniel, AfD:

Wir kämpfen um den Erhalt der Arbeitsplätze in Autokonzernen



Dirk Spaniel (*1971)
Landesliste Baden-Württemberg

In so gut wie jeder Sitzung des Verkehrsausschusses wird von Sozialwissenschaftlern besserwisserisch behauptet, dass der Verbrennungsmotor durch Elektromobilität ersetzt wird. Auch wenn Sie das jeden Abend vor dem Schlafengehen wiederholen und mittlerweile offensichtlich selber glauben: Das ist eine Fiktion, bestehend aus drei Teilen, die ich Ihnen jetzt erklären werde:

Erste Fiktion. Sie behaupten, die Elektromobilität ist kurzfristig umsetzbar. Für die Umsetzung Ihrer Pläne zur CO₂-Reduktion

brauchen Sie bis 2030 circa 10 Millionen Elektrofahrzeuge in Deutschland. Diese Autos müssen erst einmal von den Kunden in Deutschland gekauft werden, und dafür braucht man eine Verteilernetzstruktur, Trafohäuschen und Leitungen. Wie langsam wir in Deutschland Kabel verlegen können, kann jeder daran ermesen, wie schlecht das mit der Glasfaserinfrastruktur funktioniert.

Wenn also fast niemand in diesem Land diese Autos kauft, weil der Betrieb eine Zumutung ist, wie soll die Anzahl der Fahrzeuge im Bestand erhöht werden? Sollen die Hersteller ihre Autos verschenken? Was wollen Sie machen?

Zweite Fiktion. Sie sagen: Elektromobilität trägt zur CO₂-Reduktion bei. Der nationale Strommix ist deutlich kohlestromlastig. Der CO₂-Ausstoß pro Kilowattstunde wird durch die Abschaltung der Kernkraftwerke nächstes Jahr noch

weiter zunehmen. Bereits heute ist der CO₂-Ausstoß eines Elektrofahrzeugs bei dem Strommix, den wir haben, in etwa vergleichbar mit dem eines modernen Diesels. Rechnerisch senken Sie mit Elektromobilität die CO₂-Emissionen im Verkehrssektor; aber dafür erzeugen Sie CO₂-Emissionen im Energiesektor. Das ist eine Beleidigung für jeden Naturwissenschaftler! Es ist unfassbar, dass Sie damit in der Öffentlichkeit durchkommen.

Die dritte Fiktion von Ihnen ist, dass durch Elektromobilität die Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden. Das ist, mit Verlaub, eine dreiste Falschbehauptung von Ihnen. 95 Prozent der Arbeitsplätze in einem Autokonzern hängen am Verbrennungsmotor. Arbeitsplätze, die durch das Ende des Verbrennungsmotors verloren gehen, sind dauerhaft weg. Punkt! Ja, wir von der AfD sehen allein im Erhalt der Arbeitsplätze einen

**Erste Fiktion:
Sie behaupten,
die Elektromobilität ist
kurzfristig
umsetzbar**



Die Förderung des Radverkehrs haben sich viele in der Politik auf die Fahnen geschrieben. © picture-alliance/dpa

wesentlichen Punkt, warum wir für den Verbrennungsmotor kämpfen.

Synthetische Kraftstoffe bzw. Biokraftstoffe, wie in unserem Antrag formuliert, sind die einzige Lösung zum Erhalt des Verbrennungsmotors bei dieser EU-Gesetzgebung. Wer das nachher ablehnt, der hat keine Ausreden, wenn der Arbeitsplatzabbau in der

Automobilindustrie so weitergeht. Wir bitten deshalb um Ihre Unterstützung für unseren Antrag. Ich freue mich, wenn Sie die synthetischen Kraftstoffe unterstützen. Dann können Sie nachher diesem Antrag zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Mathias Stein, SPD:

Wir Abgeordnete können auch selber Vorbild sein



Mathias Stein (*1970)
Wahlkreis Kiel

Mit der heutigen Debatte um die Frage der Nachhaltigkeit als Richtschnur unserer Politik geht es auch um die Kernfragen sozialdemokratischer Politik. Wir wollen eine Welt ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, eine Welt ohne Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, in der jeder und jede frei von Not

und Angst leben kann. Dazu gehört es auch, dass die Menschen sich frei bewegen können, sei es mit dem Auto, mit dem Bus, mit der Bahn, mit dem Fahrrad oder auch zu Fuß.

In den vergangenen Jahrzehnten sind alle Verkehre in Deutschland dramatisch gestiegen. Die Folge ist: Jede fünfte Tonne des klimaschädlichen CO₂ kommt aus dem Bereich Verkehr. Dabei spielt der Straßenverkehr zu 96 Prozent die zentrale Rolle. Wenn wir zu einer nachhaltigen und solidarischen Verkehrspolitik kommen wollen, muss dieser Verkehr nicht nur sauberer, sondern auch effizienter und zum Teil auch weniger werden. Und – das ist uns als Sozialdemokraten besonders wichtig –:

Alle Menschen haben ein Recht auf gute, sichere und klimafreundliche Mobilität, unabhängig davon, wie dick das Konto ist. Es kann sich nicht jeder ein Brennstoffzellenauto leisten.

Deshalb brauchen wir nicht nur eine ökologische Verkehrswende, sondern eine solidarische Verkehrswende. Besonders das Fahrradfahren hat aus meiner Sicht dort eine zentrale Bedeutung. Viele Wege, gerade in der Stadt und auch im ländlichen Bereich, sind unter 5 Kilometer lang und lassen sich ohne Zweifel schneller und auch gesünder mit dem Fahrrad zurücklegen. Ich bin stolz und froh, dass der Fahrradverkehr in den vergangenen Jahren schon in vielen Städten angenommen hat. Diese Bundesre-

**Tun wir etwas
für das Klima,
die eigene
Gesundheit und
auch für die
Mitmenschen!**

gierung hat dafür gesorgt, dass auch viele andere Städte noch diese Chance bekommen.

Gemeinsam mit der Union haben wir Geld für Radverkehrsprojekte, für Radfahrschnellwege, für Radwege an Bundesstraßen zur Verfügung gestellt. Und es war die Koalition von Union und SPD, die das Fahrrad aus seinem Nischendasein in der Bundespolitik herausgeführt hat, und das auch noch mit einer starken sozialdemokratischen Handschrift.

Einem anderen Bereich der Verkehrspolitik, der leider nicht den Weg in diesen Antrag gefunden hat, muss mit unserer sozialdemokratischen Handschrift noch ein bisschen mehr Gewicht verliehen werden. Es handelt sich um ein Verkehrselement, das zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien besteht, nämlich den Fußverkehr. Wer mit offenen Augen durch die Straßen und Wege geht – ich tue das oft, auch in Berlin –, der sieht, dass dort einiges zu tun ist. Mal engen parkende Autos auf Gehwegen die Bewegungsfreiheit ein, mal rasen Fahrradfahrende regelwidrig auf dem Fußweg, oder Gehwege sind von vornherein so geplant, dass der Coronaabstand von 1,50 Metern eine völlige Illusion ist. Zu einer nachhaltigen

und solidarischen Mobilität gehört eine Verkehrspolitik, die gerade die Menschen in den Mittelpunkt nimmt, die zu Fuß unterwegs sind und sich nachhaltig verhalten.

Als Abgeordnete können wir hier nicht nur Mittel bereitstellen oder fußgängerfreundliche Regeln schaffen – sie sind überfällig –, sondern wir können auch selber Vorbild sein; denn viele kurze Wege haben auch wir Abgeordnete. Tun wir etwas für das Klima, die eigene Gesundheit und auch für die Mitmenschen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Daniela Kluckert (FDP), Stefan Gelbhaar (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Christoph Ploß (CDU/CSU), Detlef Müller (SPD), Alois Rainer (CDU/CSU),

leicht
erklärt!

Ziele für eine bessere Welt

Was ist die Agenda 2030?



Letzte Woche haben die Politiker vom Bundestag darüber gesprochen, wie unsere Welt besser werden kann.

Zum Beispiel, wie man die Umwelt schützen kann.

Oder wie Länder auf der Welt besser zusammenarbeiten können.

Um solche Ziele zu erreichen, müssen alle Länder auf der Welt mitmachen.

Vor 5 Jahren haben deshalb viele Länder ein gemeinsames Projekt gestartet.

Sie haben 17 Ziele für eine bessere Welt aufgeschrieben.

Im folgenden Text steht mehr dazu.

Die Vereinten Nationen



Es gibt eine Gruppe, in der sich fast alle Länder auf der Welt zusammengetan haben.

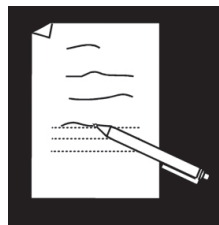
Der Name von dieser Gruppe ist: Vereinte Nationen.



Zu den Vereinten Nationen gehören heute 193 Länder.

Sie wollen Probleme, die die gesamte Welt betreffen, gemeinsam lösen.

Die 17 Ziele der Vereinten Nationen



Die Vereinten Nationen haben 17 Ziele für eine bessere Welt aufgeschrieben.

Diese Ziele haben den Namen: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Das Wort „Agenda“ bedeutet auch: Programm oder Plan.

Die Zahl 2030 meint das Jahr, bis zu dem die Ziele erreicht sein sollen.

Das Wort „nachhaltig“ bedeutet zum Beispiel:

- Dass man die Umwelt schützt.
- Dass man an die Zukunft denkt.

Die Agenda 2030 ist also so etwas wie ein Plan für eine bessere Welt.



Für wen gelten die 17 Ziele?

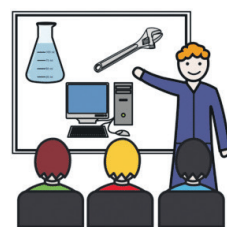
Die 17 Ziele sollen auf der ganzen Welt gelten.

Alle Länder auf der Welt sollen versuchen, sie zu erreichen.

Und alle Menschen auf der Welt sollen dadurch ein besseres Leben bekommen.

Die Welt soll durch sie gerechter werden.

Heute und in der Zukunft.



Das bedeutet:

Alle Menschen sollen lernen können Egal, wie alt sie sind.

Alle Menschen sollen zur Schule gehen können.

Alle Menschen sollen eine Berufs-Ausbildung machen können.

Die Bildung muss gut sein.

Die Bildung muss gerecht sein.

Die Bildung muss für alle möglich sein.



Das sind die 17 Ziele

Im Folgenden werden die 17 Ziele etwas genauer beschrieben.

Ziel 1: Genug Geld



Alle Menschen sollen genug Geld zum Leben haben.

Das Geld soll zwischen den Menschen gerechter verteilt werden.



Ziel 5: Gleichheit zwischen Mann und Frau

Männer und Frauen sollen gleich behandelt werden.

Das bedeutet:

Sie sollen die gleichen Rechte haben.

Sie sollen die gleichen Chancen bekommen.

Sie sollen die gleiche Macht haben.

Frauen sollen selbst über sich bestimmen können.

Zum Beispiel, wie sie leben wollen.

Ziel 2: Genug zu essen



Alle Menschen sollen genug zu essen haben.

Es soll gutes und gesundes Essen sein.

Bei der Herstellung vom Essen sollen Tiere, Pflanzen und die Umwelt möglichst wenig Schaden nehmen.



Ziel 6: Sauberes Wasser

Alle Menschen sollen sauberes Wasser haben.

Zum Trinken und zum Waschen.

Alle Menschen sollen Räume haben, wo sie sich waschen oder aufs Klo gehen können.

Ziel 3: Gesundheit



Alle Menschen sollen gesund sein.

Und sie sollen sich wohlfühlen.

Egal wie alt sie sind.



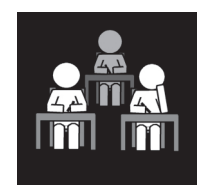
Ziel 7: Strom

Alle Menschen sollen genug Strom haben.

Der Strom soll wenig Geld kosten.

Und bei seiner Herstellung soll die Umwelt möglichst wenig Schaden nehmen.

Ziel 4: Bildung



Alle Menschen sollen Bildung bekommen.

Ziel 8: Gute Arbeit



Alle Menschen sollen eine gute Arbeit haben.

Gute Arbeit bedeutet zum Beispiel:

- Die Menschen sollen durch die Arbeit genug Geld verdienen.
- Die Menschen sollen auf der Arbeit gut behandelt werden.
- Die Menschen sollen bei der Arbeit gesund bleiben.

Ziel 9: Gute Versorgung



Alle Menschen sollen alle Dinge haben, die sie zum Leben brauchen.

Zum Beispiel:

- Straßen, Züge und Busse
- Schulen und Museen
- Ärzte und Kranken-Häuser
- Polizei und Feuer-Wehr
- Zeitung und Internet
- Firmen und Fabriken

Es sollen auch neue Ideen unterstützt werden, wie man die Welt besser machen kann.

Ziel 10: Gleichheit von allen Menschen



Allen Menschen und allen Ländern soll es gleich gut gehen.

Im Moment gibt es Menschen und Länder, denen es sehr schlecht geht.

Und es gibt Menschen und Länder, denen es sehr gut geht.

Das ist ungerecht und soll sich ändern.

Ziel 11: Gute Städte und Dörfer



Städte und Dörfer sollen gut für die Menschen sein.

Die Menschen sollen dort gut und sicher leben können.

Städte und Dörfer sollen der Umwelt so wenig wie möglich schaden.

Ziel 12: Gute Produkte



Die Menschen sollen mehr gute Produkte kaufen. Und die Firmen sollen mehr gute Produkte herstellen.

Gute Produkte sind zum Beispiel Produkte, die nicht weit geliefert werden müssen.

Oder Produkte, die man ohne zu großen Schaden für die Umwelt herstellen kann.

Ziel 13: Klima-Schutz



Das Klima soll geschützt werden.

Zum Beispiel sollen Autos und Fabriken die Luft weniger verschmutzen.

Denn das kann den Klima-Wandel verstärken.

Ziel 14: Schutz der Meere



Die Meere sollen geschützt werden.

Und die Tiere und Pflanzen in den Meeren sollen geschützt werden.

Zum Beispiel soll kein Müll in die Meere kommen.

Oder es sollen weniger Fische gefangen werden.

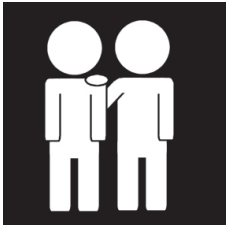
Ziel 15: Schutz vom Leben an Land



Das Land soll geschützt werden.

Zum Beispiel: Böden, Land-Flächen und Wälder.

Ziel 16: Gutes Zusammen-Leben



Die Menschen sollen gut zusammen leben.

Es soll friedlich sein.
Es soll gerecht sein.
Ämter sollen ordentlich arbeiten.

Ziel 17: Partnerschaft zwischen den Ländern



Um die 17 Ziele zu erreichen, müssen alle Länder auf der Welt mithelfen.

Deswegen soll die Zusammenarbeit zwischen den Ländern verbessert werden.

Reiche Länder sollen arme Länder unterstützen.

Wie sollen die 17 Ziele erreicht werden?



Die 17 Ziele sind schwer zu erreichen.

Denn sie betreffen die ganze Welt, alle Länder und alle Menschen.

Beim Erreichen der Ziele gibt es darum ganz unterschiedliche Probleme.

Hier ein paar Beispiele:

Viel Arbeit für einzelne Länder



Jedes einzelne Land muss die Ziele für sich selbst umsetzen.

Die Länder müssen dafür viele Dinge verändern.

Zum Beispiel ihre Gesetze.

Das dauert lange und macht viel Arbeit.

Ziele kosten Geld



Es kostet Geld, die Ziele zu erreichen.

Nicht alle Länder haben aber dieses Geld.

Ziele sind nur freiwillig



Die 17 Ziele sind für die Länder keine Pflicht.

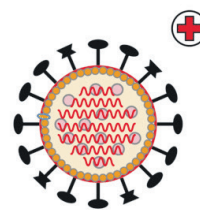
Die Länder können selbst entscheiden, wie sehr sie sich um die Ziele kümmern.

Es wird zwar kontrolliert, ob sie sich um die Ziele kümmern.

Aber es gibt keine Strafen, wenn sie das nicht tun.

Deswegen machen manche Länder bei den Zielen nicht richtig mit.

Probleme durch Corona



Im Moment ist auch Corona ein Problem.

Zum einen erschwert Corona viele Probleme.

Zum Beispiel im Bereich Gesundheit. Oder den Besuch von Schulen.

Außerdem müssen sich viele Länder um Corona kümmern.

Darum haben sie weniger Zeit und Geld, um die Ziele der Vereinten Nationen zu erreichen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten
Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / Sergey Nivens/Shotshop. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 39-40/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 5. Oktober 2020.